

# Niedersächsischer Landtag

## Stenographischer Bericht

### 1. Sitzung

Hannover, den 23. Juni 1994

#### Inhalt:

<b>Eröffnung der Sitzung durch den Alterspräsidenten</b> .....	1	trag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs 13/10 – Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drs 13/11 .....	10
Alterspräsident von Bredow .....	1	Trittin (GRÜNE) .....	10
<b>Feststellung der Beschlußfähigkeit durch den Alterspräsidenten</b> .....	4	Wulff (Osnabrück) (CDU) .....	11
<b>Mitteilung über die Bildung der Fraktionen</b> .....	5	Bartling (SPD) .....	12
<b>Genehmigung der Tagesordnung</b> .....	5	Eveslage (CDU) .....	13
Eveslage (CDU) .....	6	Stock (CDU) .....	13
Bartling (SPD) .....	7	<b>Wahl der Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten sowie der Schriftführerinnen und Schriftführer</b> .....	15
Dr. Roske (GRÜNE) .....	7	<b>Feststellung der Konstituierung des Landtages der 13. Wahlperiode</b> .....	17
<b>Wahl des Landtagspräsidenten</b> .....	8	<b>Wahl des Ministerpräsidenten</b> .....	17
<b>Amtsübernahme durch den gewählten Landtagspräsidenten</b> .....	8	Schröder, Ministerpräsident .....	20
Präsident Milde .....	8	<b>Bestätigung der Landesregierung</b> .....	20
<b>Entwurf einer Geschäftsordnung für den Landtag der 13. Wahlperiode – Drs 13/1 – Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs 13/8 – Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU – Drs 13/9 – Änderungsan-</b>		<b>Vereidigung der Landesregierung</b> .....	20
		Schröder, Ministerpräsident .....	20
		Glogowski, Innenminister .....	21
		Swieter, Finanzminister .....	21
		Hiller, Sozialminister .....	21
		Wernstedt, Kultusminister .....	21

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr .....	21
Funke, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten .....	21
Alm-Merk, Justizministerin .....	21
Schuchardt, Ministerin für Wissenschaft und Kultur .....	21
Griefahn, Umweltministerin .....	22
Bührmann, Frauenministerin .....	22
Waike, Minister .....	22
<b>Abgabe der Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten .....</b>	<b>22</b>
Schröder, Ministerpräsident .....	22
Nächste Sitzung .....	46

**Vom Präsidium:**

Präsident	Milde (SPD)
Vizepräsidentin	Goede (SPD)
Vizepräsidentin	Hammelstein (SPD)
Vizepräsident	Gansäuer (CDU)
Vizepräsident	Jahn (CDU)
Vizepräsident	Jordan (GRÜNE)
Schriftführer	Biel (SPD)
Schriftführer	Collmann (SPD)
Schriftführer	Lanclée (SPD)
Schriftführerin	Lau (SPD)
Schriftführer	Mientus (SPD)
Schriftführerin	Schliepack (CDU)
Schriftführer	Thümmler (CDU)
Schriftführerin	Vogelsang (CDU)
Schriftführer	Dr. Stratmann (CDU)

**Auf der Regierungsbank:**

Nach der Bestätigung der Landesregierung

Ministerpräsident  
Schröder (SPD)

Innenminister  
Glogowski (SPD)

Finanzminister  
Swieter (SPD)

Sozialminister  
Hiller (SPD)

Kultusminister  
Wernstedt (SPD)

Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr  
Dr. Fischer (SPD)

Minister für Ernährung, Landwirtschaft  
und Forsten  
Funke (SPD)

Justizministerin  
Alm-Merk (SPD)

Ministerin für Wissenschaft und Kultur  
Schuchardt

Umweltministerin  
Griefahn (SPD)

Frauenministerin  
Bührmann (SPD)

Minister  
Waike (SPD)

Staatssekretär Schapper,  
Niedersächsisches Innenministerium

Staatssekretär Neuber,  
Niedersächsisches Finanzministerium

Staatssekretärin Gantz-Rathmann,  
Niedersächsisches Sozialministerium

Staatssekretärin Jürgens-Pieper,  
Niedersächsisches Kultusministerium

Staatssekretär Bartels,  
Niedersächsisches Ministerium für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten

Staatssekretär Henze,  
Niedersächsisches Justizministerium

Staatssekretär Ebisch,  
Niedersächsisches Ministerium für Bundes- und  
Europaangelegenheiten

Staatssekretär Dr. Reinhardt,  
Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft  
und Kultur

Staatssekretär Horn,  
Niedersächsisches Umweltministerium



Beginn: 11.01 Uhr.

### Eröffnung der Sitzung durch den Alterspräsidenten

#### Alterspräsident von Bredow:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zur heutigen konstituierenden Sitzung des Niedersächsischen Landtages der 13. Wahlperiode heiße ich Sie alle sehr herzlich willkommen. Das ist ein wichtiger und schöner Tag im politischen Leben unseres Landes. Ich begrüße Sie alle sehr herzlich.

Ich möchte mit einigen Regularien beginnen. Sehen Sie mir das bitte nach.

Ich fange bei mir selber an. Ich sitze hier oben, weil nach parlamentarischem Brauch der älteste Abgeordnete die erste Sitzung des neugewählten Landtages bis zur Wahl des Präsidenten leitet. Man hat mir gesagt, daß ich der älteste Abgeordnete sei. Ich bin Christoph von Bredow aus Hannover. Ich bin gewählt über den Landeswahlvorschlag der CDU und wurde am 11. März 1930 geboren. Ich frage vorsichtshalber: Gibt es jemand, der älter ist? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Daß Sie hier einen etwas jüngeren Alterspräsidenten haben, ist eigentlich ein gutes Zeichen für die jugendliche Verfassung dieses Parlaments.

(Beifall.)

Meine Damen und Herren, ich eröffne damit offiziell die erste Parlamentssitzung des neugewählten Landtages und begrüße sehr herzlich die große Zahl von Gästen, die unsere Sitzung heute begleiten. Unter unseren Gästen sind viele wichtige und verdiente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Man möge mir nachsehen, daß ich sie nicht persönlich und namentlich erwähne. Ich glaube, ich würde Schwierigkeiten mit dem Protokoll bekommen, wenn ich den Versuch unternähme.

Sehr herzlich begrüße ich auch die Medien: Presse, Fernsehen und Funk. Berichten Sie wie immer über uns, berichten Sie kritisch über uns,

(Lindhorst [CDU]: Und wahrheitsgerecht!)

und halten Sie uns auch in Zukunft da, wo es nötig ist, den Spiegel vor, wie es sich gehört.

Meine Damen und Herren, nun einige wesentliche Verfahrensfragen. Die Geschäftsordnung des vorhergehenden Landtages ist nicht mehr in Kraft. Bis zur Entscheidung über die Geschäftsordnung für den Landtag der 13. Wahlperiode ist unser Verfahren daher noch unregelt, soweit die Verfassung nicht entsprechende Vorschriften bereithält. Es hat

sich aber für die vor der Entscheidung über die Geschäftsordnung liegenden Punkte der Tagesordnung durch die Praxis ein parlamentarisches Gewohnheitsrecht gebildet, das auch Niederschlag in der Geschäftsordnung des vorigen Landtages gefunden hat. Wenn sich kein Widerspruch ergibt, werden wir für diese Punkte die entsprechenden Vorschriften der Geschäftsordnung des Landtages der 12. Wahlperiode anwenden. Das sind die §§ 2, 68 und 79. Der § 2 betrifft die Fraktionen, der § 68 den Alterspräsidenten und der § 79 die Beschlußfähigkeit. Ich meine, diese Punkte brauchen wir. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann kann danach verfahren werden.

Im übrigen gilt Artikel 21 Abs. 4 Satz 1 der Niedersächsischen Verfassung, wonach der Landtag mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen beschließt, sofern die Verfassung nichts anderes festlegt.

Zur Komplettierung des Interimspräsidiums ist es notwendig, aus der Mitte des Hauses zwei Abgeordnete aufzurufen, die bis zur Wahl des Präsidiums mit mir gemeinsam den Sitzungsvorstand bilden. Als vorläufige Schriftführer werden üblicherweise die jüngste und der jüngste Abgeordnete benannt. Dies sind die Abgeordnete Frau Birgit Meyn-Horeis von der SPD, geboren am 25. Januar 1962, und der Abgeordnete Bernd Althusmann von der CDU, geboren am 3. Dezember 1966. Ich frage beide, ob sie bereit sind, dieses vorläufige Amt zu übernehmen. Frau Meyn-Horeis?

(Frau Meyn-Horeis [SPD]: Ja!)

Herr Althusmann?

(Althusmann [CDU]: Ja!)

Dann bitte ich Sie, Ihre Plätze hier bei mir einzunehmen.

(Die beiden Schriftführer nehmen ihre Plätze am Präsidententisch ein.)

Ich danke Ihnen beiden, daß Sie dieses vorübergehende Amt angenommen haben. Der Sitzungsvorstand ist damit komplett.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir noch einige persönliche Anmerkungen. Ich hatte vor, abweichend von dem, was ich eben zu unseren Gästen sagte, einen liebgewordenen Gast in dieser Runde besonders zu begrüßen. Ich dachte an den Präsidenten des Landtages von Sachsen-Anhalt, Herrn Dr. Keitel, der zugesagt hatte, heute bei uns zu sein. Herr Dr. Keitel ist nun plötzlich doch verhindert. So sind wir gezwungen, den Gruß auf andere Weise nach Magdeburg zu übermitteln. Ich meine aber, es ist wichtig, das anzusprechen. Herr Dr. Keitel ist uns durch viele Besuche, durch viele Begegnungen ein guter und treuer Begleiter geworden. Er hat vor etwa einem Jahr vor diesem Hause gesprochen.

Alterspräsident von Bredow

Seine Rede haben wir noch in guter und nachhaltiger Erinnerung.

Die Anwesenheit von Herrn Dr. Keitel sollte auch offensichtlicher Beweis sein für die gute und freundschaftliche Zusammenarbeit und für das gute Verhältnis, das sich zwischen den Parlamenten, den Regierungen und den Bürgern unserer benachbarten Bundesländer seit der Wiedervereinigung Deutschlands entwickelt hat. Es sollte uns ein wichtiges Anliegen sein – lassen Sie mich das so deutlich sagen –, dieses gute Miteinander auch in Zukunft besonders zu pflegen und weiterzuentwickeln.

(Beifall.)

Unser Anliegen ist es aber auch, mit Sachsen-Anhalt und mit anderen Bürgern aus dem Osten weiter gemeinsam für das Zusammenwachsen und eine positive Zukunft der Menschen in den alten und neuen Bundesländern einzutreten. Bedenken wir – es ist mir ein persönliches Anliegen, das zum Ausdruck zu bringen –, welches Leid und Unrecht den Menschen in den langen Jahrzehnten unterschiedlicher totalitärer Herrschaft im Osten zugefügt wurde. Wir wissen um die Bedrohung an Leib und Leben, wir wissen um Vertreibung und Enteignung, um Unterdrückung und – für mich das Schlimmste – den Verlust an persönlicher Perspektive und persönlicher Entwicklungsmöglichkeit der Menschen im Osten. Auch wir hier in Hannover sind in besonderem Maße aufgerufen, zum Neubeginn, zum Ausgleich und zum Heilen der Wunden in unserem Lande beizutragen.

Lassen Sie uns an dieser Stelle auch daran denken, daß wir in wenigen Wochen den 50. Jahrestag des 20. Juli erleben werden.

Und wir haben gerade vor wenigen Tagen den Jahrestag des 17. Juni erlebt. Meine Damen und Herren, wir gedenken dann bzw. gedachten am 17. Juni derjenigen Männer und Frauen unseres Volkes, die sich ohne Rücksicht auf ihr eigenes Schicksal und ohne Rücksicht auf ihre Familien mutig und nur ihrem Glauben und ihrer Überzeugung folgend aus dem Inneren des Systems, aus dem Inneren des Landes unter permanenter Gefahr, durch die Staatsgewalt inhaftiert oder bedroht zu werden, gegen das totalitäre und verbrecherische System in unserem Lande aufgelehnt haben. Ihr selbstloses Handeln, ihr Einsatz für die Gemeinschaft sollte uns und unseren Nachkommen unverändert Vorbild sein und bleiben.

Meine Damen und Herren, der Dank des Hauses und unser herzlicher Gruß gilt heute den Mitgliedern der 12. Wahlperiode, die in diesem Hause vier Jahre lang engagiert und zum Nutzen unseres Landes gewirkt haben. Diejenigen, die ausgeschieden sind und nun nicht mehr bei uns sind, begleiten

unsere besten Wünsche. Hierunter sind viele altgediente Kolleginnen und Kollegen, die die Geschichte dieses Hauses und des Landes Niedersachsen über einen sehr langen Zeitraum bestimmt haben. Lassen Sie mich namentlich nur einige von ihnen erwähnen. Die Zahl ist zu groß, um alle zu nennen.

Ich denke an Herrn Johann Bruns. Er war seit der 7. Wahlperiode, d. h. seit 1970, im Niedersächsischen Landtag.

(Beifall.)

Ich denke an Herrn Minister a. D. Wilfried Hasselmann. Er war seit der 5. Wahlperiode, d. h. seit 1963, hier in diesem Hause.

(Beifall.)

Ich erwähne ferner Herrn Minister a. D. und den früheren Landtagsvizepräsidenten Heinrich Jürgens. Er war seit der 8. Wahlperiode hier.

(Beifall.)

Um das Bild zu runden, erwähne ich natürlich Frau Dr. Dückert. Frau Dr. Thea Dückert war seit der 11. Wahlperiode in diesem Hause.

(Beifall.)

Meine Damen und Herren! Wir danken Ihnen für Ihr Engagement. Wir haben aber auch für die langjährige gute und kollegiale Zusammenarbeit, für den oft wertvollen Rat der erfahrenen Altgedienten und, last but not least, auch für viel persönliche Freundschaft zu danken, die sich im Laufe der Jahre entwickelt hat.

Unser Dank gilt auch dem bisherigen Präsidium, insbesondere Ihnen, Herr Präsident Milde. Sie haben es in der nun zu Ende gegangenen Wahlperiode verstanden, dieses Haus meisterhaft zu leiten,

(Beifall)

und Sie haben es nach innen und außen sehr sorgsam vertreten.

Unser Dank gilt natürlich auch der Landesregierung. Aber er gilt in besonderem Maße – das liegt mir sehr am Herzen – unseren Zuhörern und der Presse, die uns regelmäßig und notfalls auch kritisch begleitet haben.

Besonderer Dank gilt den Mitarbeitern dieses Hauses und den Mitarbeitern in den Fraktionen, die uns in allen Situationen der letzten vier Jahre begleitet und erstklassig unterstützt haben. Ich möchte sagen: Die Mitarbeiter haben unsere Arbeit eigentlich erst ermöglicht.

(Beifall.)

Meine Damen und Herren, dankbar können wir alten Kollegen an die konstituierende Sitzung von vor

vier Jahren zurückdenken. Das war damals die Zeit der deutschen Einheit. Wir erlebten eine Entwicklungsphase unseres Vaterlandes, für die wir immer dankbar sein dürfen. Ich betrachte es für mich persönlich als ein einmaliges und großes Geschenk, diese Zeit aktiv miterlebt haben zu dürfen.

Der Beginn in diesem Hause vor vier Jahren geschah aber auch nicht ganz ohne Überraschungen. Wir erlebten seinerzeit den Regierungswechsel. In der Folge waren einige der damaligen Kolleginnen und Kollegen von heute auf morgen vor die Situation gestellt, Regierungsverantwortung übernehmen zu müssen. Sie hatten sich nun mit dem Problem zu befassen, ihre Wahlversprechen auch tatsächlich in die Praxis umzusetzen. Andere Kollegen fanden sich unerwartet auf der harten Oppositionsbank wieder. Auch ich gehöre dazu. Das war eine nicht ganz einfache Umstellung nach langen Jahren der Regierungstätigkeit, der Regierungsverantwortung.

Allen gemeinsam sei herzlich gedankt für die Arbeit im Interesse unseres Landes.

Meine Damen und Herren, am 13. März dieses Jahres haben die Bürger Niedersachsens den neuen Landtag gewählt. Sie haben mit ihrer Stimme ein eindrucksvolles Votum für die demokratischen Parteien, für die demokratische Verfassung unseres Landes und für eine demokratische und freiheitliche Zukunft abgegeben. Für uns, für die neugewählten Mitglieder dieser 13. Legislaturperiode, ist dies in hohem Maße Verpflichtung und Auftrag.

Wir beginnen unsere Arbeit in einer zugegebenermaßen nicht leichten Zeit unter schwierigen Umständen. Wir alle wissen, daß die öffentlichen Kassen leer sind. Gleichzeitig stehen wir vor vielen ernsthaften und dringenden Aufgaben. Dies soll uns aber nicht vergessen lassen – das möchte ich besonders betonen –, daß es eine großartige Aufgabe ist, für unser schönes Niedersachsen zu arbeiten. Es ist ein blühendes und gesundes Land. Es liegt im Herzen Deutschlands und hat große Chancen für eine positive Zukunft. Es liegt an uns, die Weichen für die Zukunft so zu stellen, daß diese Erwartungen für unser Land auch in Erfüllung gehen.

Heute finden wir uns im Kreise vieler neuer und junger Kolleginnen und Kollegen wieder. Dieser Landtag hat sich damit in einem bisher nicht bekannten Ausmaß verjüngt. Ich stelle dies mit Freude fest. Diese Entwicklung ist wirklich mit allem Nachdruck zu begrüßen. Sicherlich wird hieraus auch eine Vielzahl – da bin ich sicher – an neuen Impulsen und auch neuen Inhalten für die zukünftige Arbeit des Hauses resultieren.

Am Beginn unserer Arbeit liegt es an uns, daß wir uns auf den Auftrag unserer Wähler besinnen. Für diese sind wir hier. Für sie und für unser Land las-

sen Sie uns gemeinsam arbeiten! Wir werden zwar nur im Auftrag und in Vertretung des Volkes, des Souveräns, verantwortlich handeln. Aber der Souverän ist – wir haben das heute schon einmal gehört – nach altem preußischen Grundsatz auch nur erster Diener seines Staates oder, wie wir heute sagen würden, des Landes und seiner Bürger. Für uns sollte dieser altbewährte Grundsatz Anspruch und Verpflichtung zugleich bedeuten.

Es ist nicht schwer, festzustellen, meine Damen und Herren, was die Bürgerinnen und Bürger eigentlich von unserer Arbeit erwarten. Sie wollen, daß wir uns tatkräftig ihrer Probleme annehmen und diese entschlossen lösen. In erster Linie erwarten sie, daß wir ihnen Sicherheit, Ordnung und auch Perspektiven im persönlichen Bereich und im öffentlichen Umfeld geben. Das beinhaltet selbstverständlich den Schutz des Rechtes in allen Bereichen. Das reicht aber bis hin zu den Fragen der Arbeit und der Umwelt sowie zur sozialen Sicherheit und Fürsorge, die wir unseren Mitbürgern schuldig sind.

Zwei Dinge möchte ich gern noch anfügen, meine Damen und Herren.

Der erste Punkt. Die Aufgaben und Herausforderungen unserer Zeit sind groß. Ich sagte das eben schon. Es ist nicht einfach, alles zu lösen. In dieser Situation appelliere ich ausdrücklich an Sie, ich appelliere an Ihre Bereitschaft, die nötigen Problemlösungen gemeinsam und auch einmal fraktionsübergreifend zu erarbeiten und zu tragen. Es liegt an uns, im richtigen Umfang Gemeinsamkeit zu demonstrieren, ohne dabei die erforderlichen und wichtigen Konturen der Parteien und Fraktionen zu verwischen. Unsere Wähler werden es uns danken, wenn wir sachbezogen arbeiten und mit unserer Zusammenarbeit ein positives Beispiel abgeben.

Der zweite Punkt, den ich gern anfügen möchte: Lassen Sie mich hier an dieser Stelle auch den Umgang innerhalb des Hauses, unseren Umgang miteinander, ansprechen. Ich weiß aus eigener Erfahrung sehr wohl, wie leicht in der Hitze des Gefechtes mündlich oder sogar auch einmal schriftlich – auch das passiert – härtere Worte fallen, als es, nüchtern und mit zeitlichem Abstand betrachtet, nötig und angebracht wäre. Lassen Sie uns gemeinsam darauf hinwirken, daß wir die Spielregeln menschlichen Umgangs und gegenseitiger Wertschätzung trotz aller hitzigen Auseinandersetzung einhalten. Mit angemessenem, menschlich ansprechendem Niveau und manchmal auch mit freundschaftlichem Brückenschlag – daran liegt mir sehr – sollten wir den Ton dieses Hauses bestimmen. Wir sollten damit gleichzeitig allen extremen Positionen eine nachdrückliche und eindeutige Absage erteilen.

Alterspräsident von Bredow

Damit wünsche ich uns, meine Damen und Herren, wünsche ich Ihnen einen guten Beginn und eine erfolgreiche und positive Arbeit während der nächsten vier Jahre.

(Beifall.)

Wir kommen nun zur

**Feststellung der Beschlußfähigkeit durch den Alterspräsidenten**

Ich darf Sie bitten, Frau Meyn-Horeis, die Namen der Abgeordneten des Landtages der 13. Wahlperiode aufzurufen. Ich schlage Ihnen vor, meine Damen und Herren – damit wir uns schneller kennenlernen –, daß die jeweils Aufgerufenen aufstehen und mit „hier“ antworten. – Bitte, Frau Kollegin!

(Schriftführerin Frau Meyn-Horeis verliest die Namen der Abgeordneten:)

Adam  
Aller  
Frau Alm-Merk  
Althusmann  
Bachmann  
Bartling  
Beckmann  
Behr  
Biallas  
Biel  
Biermann  
Biestmann  
Dr. Block  
Boekhoff  
Bontjer  
von Borstel  
Graf von Bothmer  
Brauns  
von Bredow  
Brinkmann  
Buchheister  
Frau Bührmann  
Busemann  
Buß  
Dr. Cassens  
Coenen  
Collmann  
Decker  
Dierkes  
Dinkla  
Dr. Domröse  
Dorka  
Ehlen  
Dr. Eilers  
Frau Elsner-Solar  
Endlein  
Eppers

Eveslage  
Fasold  
Dr. Fischer  
Fischer  
Funke  
Gabriel  
Gansäuer  
Glogowski  
Frau Goede  
Golibrzuch  
Frau Griefahn  
Groth  
Gruber  
Frau Grundmann  
Frau Hammelstein  
Hampe  
Frau Hansen  
Harden  
Frau Harms  
Frau Hartwig  
Haselbacher  
von der Heide  
Heineking  
Heinemann  
von Hofe  
Hogrefe  
Frau Hoops  
Horrmann  
Inselmann  
Jahn  
Frau Jahn  
Jansen  
Jordan  
Jüttner  
Kethorn  
Klare  
Koch  
Frau Körtner  
Kopischke  
Frau Kruse  
Kuhlmann  
Lanclée  
Frau Lau  
Frau Leuschner  
Lindhorst  
Frau Lippmann-Kasten  
Frau Litfin  
Frau Lübben  
Frau Meyn-Horeis  
Mientus  
Milde  
Möhrmann  
Möllring  
Mühe  
Frau Mundlos  
Nolting  
Oestmann

Ontijd  
Oppermann  
Frau Ortgies  
Frau Pawelski  
Peters  
Plau  
Pörtner  
Frau Pothmer  
Frau Pruin  
Rabe  
Räke  
Frau Rasinski  
Reckmann  
Rippich  
Rolfes  
Dr. Roske  
Frau Rühl  
Frau Saalman  
Schack  
Schirmbeck  
Frau Schliepack  
Schlüterbusch  
Schmalstieg  
Dr. Schneider  
Schneider  
Schröder  
Schünemann  
Dr. Schultze  
Schurreit  
Schwarz  
Schwarzenholz  
Frau Seeler  
Sehrt  
Senff  
Frau Somfleth  
Frau Stiller  
Stock  
Frau Stokar von Neuform  
Stolze  
Dr. Stratmann  
Stratmann  
Dr. Stumpf  
Swieter  
Theilen  
Thielke  
Thümmler  
Frau Tinius  
Trittin  
Viereck  
Frau Vockert  
Frau Vogelsang  
Voigtländer  
Wallraff  
Dr. Weber  
Wegner  
Wendhausen  
Wernstedt

Wiesensee  
Wilken  
Dr. Winn  
Frau Wörmer-Zimmermann  
Wojahn  
Frau Wolf  
Wolf  
Wulf (Oldenburg)  
Wulff (Osnabrück)  
Frau Zachow

Vielen Dank, Frau Kollegin.

Es sind 161 Abgeordnete in den Niedersächsischen Landtag der 13. Wahlperiode gewählt worden. Durch Namensaufruf wurde festgestellt, daß auch alle 161 Abgeordneten anwesend sind. Der Landtag ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Abgeordneten anwesend ist. Das ist der Fall. Ich stelle damit ausdrücklich die Beschlußfähigkeit des Hauses fest.

#### **Mitteilung über die Bildung der Fraktionen**

Meine Damen und Herren! Im Landtag der 13. Wahlperiode haben sich drei Fraktionen konstituiert: die SPD-Fraktion mit 81 Mitgliedern, die CDU-Fraktion mit 67 Mitgliedern und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit 13 Mitgliedern.

#### **Genehmigung der Tagesordnung**

Meine Damen und Herren! Der Präsident des Landtags der 12. Wahlperiode hat einen Vorschlag für die Tagesordnung dieses ersten Tagungsabschnitts der 13. Wahlperiode aufgestellt. Dieser ist Ihnen mit der Einladung zugegangen. Die Tagesordnung liegt Ihnen also gedruckt vor. Inzwischen sind einige neue Vorlagen eingereicht worden:

In der Drucksache 13/13 liegt ein gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Einsetzung einer Enquete-Kommission „Verwaltungsreform“ vor. Beide Fraktionen sind damit einverstanden, daß dieser Antrag im Juli-Tagungsabschnitt behandelt wird.

Die CDU-Fraktion hat ferner einen Gesetzentwurf zur Änderung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes vorgelegt. Dieser wird im Vorwege an die Ausschüsse überwiesen werden.

Die CDU-Fraktion hat schließlich einen Entschließungsantrag „Klarheit und Wahrheit zur Finanzkrise der Schröder-Regierung“ in der Drucksache 13/14 vorgelegt, der noch in diesem Tagungsabschnitt behandelt werden soll. Um diesen Punkt müßte die Tagesordnung also erweitert werden. – Bevor ich darüber abstimmen lasse, frage ich, ob

Alterspräsident von Bredow

das Wort gewünscht wird. Herr Abgeordneter Eveslage!

**Eveslage (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat einen Antrag mit dem Titel „Klarheit und Wahrheit zur Finanzkrise der Schröder-Regierung“ vorgelegt. Wir beantragen, diesen Entschließungsantrag noch im jetzigen Tagungsabschnitt, und zwar morgen nachmittag, zu behandeln.

Lassen Sie mich zur Begründung, weswegen wir diesen Antrag jetzt behandelt wissen wollen, einiges ausführen.

Der Finanzminister hat mit seiner umfassenden Haushaltssperre die besorgniserregende Finanzkrise des Landes Niedersachsen eingestanden. Diese Haushaltssperre hat weitreichende negative Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte, auf soziale Einrichtungen und Betriebe. Vielerorts herrscht zur Zeit Stillstand bei neuen Förderungen, Investitionen und Zuschüssen. Nichts geht mehr in Niedersachsen.

Die Auswirkungen dieser Haushaltssperre sind überall spürbar. Es herrscht Verunsicherung und Planungsunsicherheit. Niemand weiß heute, welche für dieses Jahr vorgesehenen Projekte noch genehmigt werden können.

Mit dieser umfassenden Haushaltssperre, die seit Mai dieses Jahres besteht, wird massiv in die Haushaltsrechte des Parlaments eingegriffen, das ja einen Haushalt für das gesamte Jahr beschlossen hat. Die Haushaltshoheit des Parlaments wird mißachtet. Deshalb wird die CDU-Fraktion morgen nachmittag auch die sofortige Abstimmung über diesen Antrag, der Ihnen in der Drucksache 14 vorliegt, beantragen. Wir wollen die sofortige Abstimmung, weil die Zielrichtung dieses Antrags dem Landtag die Gelegenheit gibt, noch in dieser Woche die Landesregierung aufzufordern, dem Parlament unverzüglich einen Nachtragshaushalt 1994 zur Beratung vorzulegen, damit die Beschlußfassung über den Nachtragshaushalt 1994 bereits im nächsten Tagungsabschnitt, also in der Juli-Sitzung des Landtags, erfolgen kann. Dieser Beschluß ist Voraussetzung dafür, daß die Haushaltssperren, die mit Schnellbrief vom 27. Mai verfügt worden sind, zurückgenommen werden können.

Außerdem halten wir es für dringend geboten, daß die Landesregierung den Haushaltsplanentwurf des nächsten Jahres schon im September dieses Jahres vorlegt, damit er noch im Dezember 1994 vom Landtag verabschiedet werden kann.

Meine Damen und Herren, Sie erkennen also erstens, daß über unseren Antrag im jetzigen Tagungsabschnitt beschlossen werden muß, zweitens, daß wir unseren Antrag nicht der Diskussion wegen stellen – – –

(Lachen bei der SPD.)

**Alterspräsident von Bredow:**

Herr Kollege Eveslage, bitte nicht zur Sache. Dazu haben Sie morgen Gelegenheit.

**Eveslage (CDU):**

Wir stellen ihn nicht einmal, damit Sie sich darüber lustig machen können, meine Damen und Herren.

Sie erkennen also, daß wir ihn nicht der Diskussion wegen stellen, sondern weil wir einen unaufschiebbaren Beschluß dieses Landtages herbeiführen wollen. Nur diskutieren können und werden wir die von Schröder verursachte Finanzkrise des Landes Niedersachsen in diesen beiden Tagen allemal. Aber Reden allein reicht nicht. Wir müssen durch den Beschluß des Landtages die Landesregierung zum Handeln zwingen.

(Beifall bei der CDU.)

Wenn die SPD-Fraktion die Erweiterung der Tagesordnung um diesen Punkt ablehnt, stellt sie damit klar: Erstens. Sie will keine zügige Beratung des Nachtragshaushalts noch im Juli dieses Jahres. Zweitens. Sie begrüßt die langandauernde Haushaltssperre und übernimmt die alleinige Verantwortung für die negativen Auswirkungen dieser Notbremse auf Menschen, Betriebe, Institutionen und Kommunen im Lande Niedersachsen. Sie ist drittens nicht bereit, die Haushaltsrechte des Parlaments unverzüglich einzufordern.

(Unruhe bei der SPD.)

– Meine Damen und Herren, uns unterscheidet eines: Ich habe hier das Mikrofon.

(Senff [SPD]: Aber das ist auch alles!)

Viertens. Die SPD-Fraktion würde mit der Ablehnung unseres Antrags klarstellen, daß sie gegen eine rechtzeitige Aufstellung des Haushaltes 1995 mit all den damit verbundenen negativen Folgen für unser Land ist.

Meine Damen und Herren, wir bitten Sie deswegen eindringlich: Stimmen Sie im Interesse des Wohles unseres Landes Niedersachsen der Erweiterung der Tagesordnung um die Beratung und Beschlußfassung des Antrags morgen nachmittag zu.

(Beifall bei der CDU.)

**Alterspräsident von Bredow:**

Jetzt hat sich der Kollege Bartling zu Wort gemeldet. Bitte, Herr Bartling!

**Bartling (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Eveslage, Sie haben es der Großzügigkeit des Präsidenten zu verdanken, daß Sie hier so lange über etwas reden konnten, was mit der Tagesordnung überhaupt nichts zu tun hat.

(Beifall bei der SPD.)

Die SPD-Fraktion beabsichtigt nicht, diese Showveranstaltung noch länger mitzumachen. Wir werden Ihren Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung ablehnen, und zwar nicht aus Angst, sondern deshalb, weil wir hier gerade vor 14 Tagen über dasselbe Thema ausführlich diskutiert haben.

(Beifall bei der SPD.)

Im übrigen, Herr Eveslage, werden Sie Gelegenheit haben, sich mit diesem Thema noch im Rahmen der Diskussion über die Regierungserklärung auseinanderzusetzen.

Lassen Sie sich nun noch eines in der Sache sagen: Der Finanzminister hat im Ausschuß für Haushalt und Finanzen einen Terminplan und einen Fahrplan für all die Dinge, die Sie eben gefordert haben, vorgelegt. Insofern ist Ihr Antrag völlig überflüssig. Das ist eine reine Showveranstaltung. Diese lehnen wir ab.

(Beifall bei der SPD.)

**Alterspräsident von Bredow:**

Jetzt hat sich der Kollege Dr. Roske gemeldet. Bitte!

**Dr. Roske (GRÜNE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich begrüße es, daß die CDU-Fraktion dazu übergegangen ist, die Protokolle der letzten Landtagssitzungen sehr gründlich zu lesen und daraus auch die entsprechenden Schlußfolgerungen zu ziehen. Sie haben offenbar sehr genau verfolgt, was ich in der letzten Sitzung gesagt habe.

(Beifall bei den GRÜNEN.)

Ich habe dort sehr genau und sehr präzise – so hat es bisher noch niemand gemacht – auf die Finanzierungslücken im Haushalt 1994 und auch im Haushalt 1995 hingewiesen.

(Stock [CDU]: Die Reden von Herrn Roske gehören seit neuestem zur Pflichtlektüre! –

Möllring [CDU]: Lesen Sie Ihre Rede doch noch einmal vor!)

Das Loch, das im Haushalt 1994, zunächst unabsichtlich, entstanden ist – Sie meinten, es sei absehbar und auf die letzte Regierung zurückzuführen –, ist von erheblicher Größe. Jetzt müssen – ganz gleich, wie groß die Meinungsunterschiede zwischen uns bezüglich der Frage, wie diese Finanzierungslücke entstanden ist, auch sind – die nötigen Konsequenzen daraus gezogen werden. Insofern, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, unterstützen wir Ihren Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU.  
– Lachen bei der SPD.)

Wir unterstützen Ihren Antrag, weil auch wir dagegen sind, daß dem Parlament wesentliche Rechte – vielleicht sogar das wesentlichste Recht, nämlich das Haushaltsrecht – dadurch entzogen werden, daß mit Haushaltsführungserlassen und anderem gearbeitet wird, so daß das Parlament nicht mehr in der Lage ist, selbst zu bestimmen, wieviel an welcher Stelle eingespart werden soll.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU.)

Sie haben mit Ihrer Feststellung völlig recht: Wenn der Haushalt 1995 erst im Dezember dieses Jahres eingebracht wird, dann wäre dies – da die Verabschiedung erst im März möglich wäre – wiederum eine Art Haushaltsführungserlaß, der dem Parlament die Rechte der Haushaltsplanung entziehen würde. Das entspricht nicht der Haushaltswahrheit und der Haushaltsklarheit, die von der Regierung unbedingt einzufordern ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU.)

Wir sind deshalb der Meinung, daß die neue Landesregierung verpflichtet ist, die Fakten wirklich auf den Tisch zu legen. Ich habe dazu auch unangenehme Fragen gestellt. Sie betrafen insbesondere den Haushalt 1993, mit dem bekanntlich ein Überschuß erwirtschaftet werden muß, damit der Haushalt 1994 gedeckt werden kann. Ich möchte jetzt genau wissen, ob dieser Überschuß tatsächlich erwirtschaftet worden ist. Diese Zahlen brauchen wir möglichst schnell. Deshalb brauchen wir auch möglichst früh einen Nachtragshaushalt. Wir können deshalb die Forderung danach unterstützen, daß der Nachtragshaushalt im Juli eingebracht wird. Dann kann der Haushalt 1995 auch im Dezember beschlossen werden. Anders geht es einfach nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU.)

Alterspräsident von Bredow

**Alterspräsident von Bredow:**

Vielen Dank, Herr Dr. Roske. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor.

Ich lasse jetzt über den Antrag der CDU-Fraktion auf Erweiterung der Tagesordnung abstimmen. Wer ist für die Erweiterung der Tagesordnung? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Meine Damen und Herren, die Gegenstimmen waren die Mehrheit. Der Antrag der CDU-Fraktion wird also nicht zusätzlich auf die Tagesordnung gesetzt.

Meine Damen und Herren! Ich lasse jetzt über die Tagesordnung in der vorgelegten Form abstimmen. Wer stimmt ihr zu? – Gegenstimmen! – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Auch nicht. – Die Tagesordnung ist damit angenommen worden. Herzlichen Dank.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur

### **Wahl des Landtagspräsidenten**

Nach Artikel 18 Abs. 1 der Niedersächsischen Verfassung wählt der Landtag seine Präsidentin oder seinen Präsidenten. Nach Parlamentsbrauch ist die stärkste Fraktion dieses Hauses vorschlagsbrechtigt. Das ist die SPD-Fraktion. Sie hat den Abgeordneten Horst Milde vorgeschlagen.

Die Wahl kann durch Handzeichen vorgenommen werden, wenn kein Abgeordneter widerspricht. Ich frage Sie, ob sich gegen die Wahl per Handzeichen Widerspruch erhebt. – Das ist nicht der Fall. Dann können wir so verfahren.

Ich bitte diejenigen, die den Abgeordneten Horst Milde zum Präsidenten wählen wollen, um ein Handzeichen. – Gegenstimmen! – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Drei Enthaltungen. Vielen Dank.

(Starker Beifall im ganzen Hause. – Zahlreiche Abgeordnete beglückwünschten den neugewählten Präsidenten.)

Ich stelle fest, meine Damen und Herren, daß der Abgeordnete Horst Milde mit großer Mehrheit zum Präsidenten gewählt wurde.

Herr Abgeordneter, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

(Präsident Milde: Ich nehme die Wahl an.)

Sehr verehrter Herr Präsident, ich spreche Ihnen zu Ihrer Wiederwahl die Glückwünsche des Hauses aus. Wir wünschen und hoffen, daß Sie wie bisher ein gerechter und fürsorglicher Präsident sein werden, der mit glücklicher Hand die Geschicke dieses Hauses leitet und sein Amt zum Wohle des Landes wahrnimmt.

Ich bitte Sie nunmehr, Ihren angestammten Platz einzunehmen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU. – Präsident Milde übernimmt den Vorsitz.)

### **Amtsübernahme durch den gewählten Landtagspräsidenten**

**Präsident Milde:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für das Vertrauen, das Sie mir mit der – erneuten – Wahl zum Präsidenten des Niedersächsischen Landtages ausgesprochen haben, danke ich Ihnen sehr. Ihr Votum wird mir Ansporn und Verpflichtung zugleich sein, dieses Amt gerecht und unparteiisch zu führen und mich nach allen Kräften zu bemühen, die Würde dieses Hauses zu wahren.

Dem Alterspräsidenten, Herrn von Bredow, danke ich für die bisherige Leitung dieser Sitzung.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU.)

Dem Dank, den Sie den Abgeordneten der 12. Wahlperiode, die diesem Landtag nicht wieder angehören, ausgesprochen haben, schließe ich mich an. Ich wünsche allen ehemaligen Kolleginnen und Kollegen, die aus dem Parlament ausgeschieden sind, alles erdenklich Gute für die weitere persönliche und berufliche Zukunft.

Allen „Neuen“ in diesem Hause gilt mein herzlicher Willkommensgruß. Wir „Alten“ – wenn ich das so sagen darf – freuen uns auf den Schwung und die Anregungen, mit denen Sie die parlamentarische Arbeit sicherlich bereichern werden.

Mit Genugtuung kann ich feststellen, daß die Zusammensetzung dieses Landtages auf einer Wahl beruht, die – entgegen anderweitigen Befürchtungen – durch eine vergleichsweise hohe Wahlbeteiligung gekennzeichnet war. Mit der gleichen Genugtuung möchte ich hervorheben, daß die Wählerinnen und Wähler in Niedersachsen – auch dies entgegen bestimmten Voraussagen – extremen und demokratiefeindlichen Kräften, gleich welcher Herkunft, eine deutliche Absage erteilt haben.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, wir alle sind gewählt, um zum Wohle der in unserem Lande lebenden Menschen zu arbeiten. Wie selten zuvor stehen wir dabei in den nächsten Jahren globalen Herausforderungen – wie der Schaffung von Arbeit – gegenüber. Deshalb darf der für unsere Zeit typische Pluralismus der Interessen, Meinungen und Lebensstile zu keiner Gestaltungsschwäche der Politik führen. Eine bloße „Demoskopiedemokratie“ löst

unsere Probleme nicht. Und bei einer reinen Gefälligkeitspolitik bleibt das Gemeinwohl auf der Strecke.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU.)

Es gibt in meinen Augen heute viel zu viele Menschen, die eine Verdrossenheitskultur pflegen und von Orientierungsverlust, Perspektivlosigkeit und Werteverfall sprechen. Aber es gibt zu wenige, die Orientierung vermitteln, Perspektiven formulieren und Werte vorleben.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU.)

Eben weil es so scheint, als sei unsere Gesellschaft von Gleichgültigkeit gegenüber den Mitmenschen bestimmt, brauchen wir gerade jetzt auch in der Politik ein Mehr an Mitmenschlichkeit, an Hilfsbereitschaft und Rücksichtnahme sowie einen angemessenen Ausgleich zwischen Selbstverwirklichung und Solidarität. Auch wenn Idealismus und Engagement es zunehmend schwerer haben und sich in einer Ellenbogengesellschaft nicht auszuzahlen scheinen, sollten wir hier öffentlich bekunden und vorleben, wie wichtig es ist, Verantwortung zu übernehmen, und daß Hinsehen besser ist als Wegsehen, Zupacken besser ist als Zuwarten.

Sicherlich gibt es in Teilen der Bevölkerung eine zu große, unrealistische Erwartungshaltung gegenüber den Parteien und unserem Staat. Statt den Irrglauben an die schier unbegrenzte Allmacht des Staates und der Politik zu stützen, müssen wir mit Nüchternheit und Wirklichkeitssinn sagen, was tatsächlich machbar ist und was nicht. Aufgabe auch dieses Parlaments gegenüber unserer Bevölkerung ist es daher, Vertrauen und Zutrauen in seine wirkliche Problemlösungskompetenz zu gewinnen.

Entscheidend für die Beurteilung von Leistung und Glaubwürdigkeit parlamentarischer Vertretungen sind deren Nähe zu den aktuellen Problemlagen der Bevölkerung, ihr Gespür für die Veränderungen dieser Probleme und die Fähigkeit, Politik nicht primär als parteipolitisches Wettbewerbsspiel, sondern als problemorientiertes Handeln darzustellen. Denn wir werden hier in erster Linie an der Qualität unserer Arbeit gemessen. Deshalb muß dieses Parlament – und nicht irgendwelche anderen Gremien – Zentrum der politischen Gestaltung und Willensbildung sein, wo um die besten Ideen, um die überzeugendsten Lösungen, um den richtigen Weg gerungen wird.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU.)

Der Landtag ist und bleibt die oberste Willensbildungs- und Kontrollinstanz in unserem Lande. Das rufe ich allen in Erinnerung, die etwa glauben, sich dieses Parlaments bei ihren Denkspielen und Ent-

scheidungen in unberufener Weise bemächtigen zu dürfen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU.)

Die Parteien und die Fraktionen sind als Antriebskräfte für die Zukunftsgestaltung unseres Landes und für die Bündelung der divergierenden politischen Ansichten unverzichtbar. Aber sie müssen bei ihren politischen Auseinandersetzungen gleichzeitig beachten, daß sich das Parlament als Ganzes seinem Status als oberstes Verfassungsorgan stets als würdig erweist.

Die Reaktionen von Zuschauern nach dem Besuch einer Plenarsitzung, die ich im Verlauf meiner letzten Amtszeit in Form von entsprechenden Briefen erfahren habe, waren – offen gesagt – häufig genug wenig schmeichelhaft. Der Alterspräsident, Herr von Bredow, hat bereits in seinen Ausführungen zu Recht nachdrücklich angemahnt, daß wir alle die Spielregeln menschlichen Umgangs und gegenseitiger Wertschätzung trotz aller vielleicht auch einmal hitzigen Auseinandersetzungen unbedingt einhalten müssen. Diesem Appell möchte ich mich ausdrücklich anschließen. Der Umgang, den wir hier an diesem Ort miteinander pflegen, ist nicht nur stillbildend, sondern ein wichtiger Beitrag dafür, daß bei den Menschen unseres Landes das Bewußtsein für die Würde des Parlaments und für den Wert unserer parlamentarischen Demokratie erhalten bleibt. Wir müssen wieder lernen, einander mehr zuzuhören. Eine Diskussion ist nur sinnvoll und lohnend für jemanden, der nicht von vornherein vorgibt, im Besitz der absoluten Wahrheit zu sein.

Meine Damen und Herren! Was die wesentlichen parlamentarischen Aufgaben dieser Wahlperiode im einzelnen betrifft, so zeigt sich immer deutlicher, daß der Niedersächsische Landtag – nachdem immer mehr Grenzen weggefallen sind und Deutschland vereint ist – in seine Arbeit die internationalen Entwicklungen stärker als bisher einbeziehen muß. Wir sind vor allem gefordert, die Vorteile des gemeinsamen Europas zu sichern und künftige Fehlentwicklungen zu vermeiden oder bereits eingetretene zu korrigieren. Wir müssen unseren parlamentarischen Beitrag dazu leisten, daß sich die Europäische Union nicht weiter zu einer Super-Bürokratie entwickelt, die sich in jede Kleinigkeit – auch unseres Landes – einmischt.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD und bei der CDU.)

– Diesen Beifall möchte ich gern im Protokoll vermerkt haben!

Der in der letzten Legislaturperiode neu gebildete Ausschuß für Bundes- und Europaangelegenheiten

Präsident Milde

wird deshalb in Zukunft eine größere Bedeutung in unserer parlamentarischen Arbeit als bisher haben müssen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU.)

Nur ein starkes und leistungsfähiges Europa kann im übrigen seinen notwendigen Beitrag zur politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung unserer östlichen Nachbarvölker leisten. Zu dieser Arbeit gehört auch unser Wille, daß in Europa nationalistische Tendenzen nie wieder bestimmend und daß machtpolitische Rivalitäten nie wieder unkontrolliert ausgetragen werden.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU.)

Weltoffenheit und Toleranz müssen uns eine Selbstverständlichkeit sein. Jedem Ansatz von Ausländerfeindlichkeit müssen wir entschlossen entgegenwirken – in Niedersachsen und überall! Sie ist ethisch verwerflich und schlicht unmenschlich.

(Beifall bei allen Fraktionen.)

Eine weitere wichtige Aufgabe in der 13. Wahlperiode wird es sein, darauf zu achten, daß kein weiterer Kompetenzverlust der Landesparlamente eintritt, sondern daß uns ein genügender Aufgabenbestand, der unsere Staatlichkeit gewährleistet, verbleibt. Nur so kann der föderative Charakter unserer Bundesrepublik stabil bleiben. Die Rechts- und Wirtschaftseinheit des Bundes ist eine wichtige Sache; die „Demokratie von unten“ ist es aber erst recht! Wer „Subsidiarität“ ernst meint, muß sich ständig die Frage stellen, ob nicht Möglichkeiten einer Rückverlagerung wesentlicher Kompetenzen auf die Länder und ihre Parlamente bestehen.

Eine dritte wesentliche parlamentarische Aufgabe der 13. Wahlperiode wird die Neugestaltung des Kommunalverfassungsrechts sein. Nachdem die Enquete-Kommission in der vergangenen Legislaturperiode ihren Bericht erstattet hat, ist zu hoffen, daß der jetzt gebildete Landtag eine übersichtliche und der Praxis gerecht werdende Gemeinde- und Landkreisordnung beschließt. Die Kommunalgesetze, meine Damen und Herren, „gehören“ keiner Partei und auch nicht der Regierung allein.

Kommunale Selbstverwaltung ist die „Einübung“ der Demokratie vor Ort. Darum muß sich vor allem unser Parlament als Ganzes um diese Frage kümmern. Insofern würde es uns in der Tat auszeichnen, wenn wir mit breiter Mehrheit, wie wir es bei der Verabschiedung unserer Verfassung im letzten Jahr getan haben, eine für möglichst jeden Bürger auch verständliche Gemeinde- und Landkreisordnung innerhalb dieser Legislaturperiode verabschieden würden.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einem Wort des großen französischen Staatsdenkers

de Tocqueville schließen, das nach meinem Dafürhalten als Motto über der Arbeit dieses Landtages in der neuen Legislaturperiode stehen könnte. Er sagte einmal:

„Um die politische Freiheit zu verlieren, genügt es, sie nicht festzuhalten, und sie entflieht.“

Ich sage daher: Lassen wir sie nicht entfliehen, halten wir sie fest – unsere politische Freiheit. – Danke schön.

(Lebhafter Beifall im ganzen Haus.)

Mein Damen und Herren! Wir beraten nun die Geschäftsordnung für den Niedersächsischen Landtag der 13. Wahlperiode:

**Entwurf einer Geschäftsordnung für den Landtag der 13. Wahlperiode** – Drs 13/1 – Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs 13/8 – Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU – Drs 13/9 – Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs 13/10 – Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drs 13/11

Als Beratungsgrundlage ist an Sie die Landtagsdrucksache 13/1 verteilt worden, Entwurf einer Vorläufigen Geschäftsordnung für den Niedersächsischen Landtag der 13. Wahlperiode. Dieser Entwurf entspricht wörtlich der Geschäftsordnung des Landtages der 12. Wahlperiode. Redaktionell sind nur die Verweisungen auf die Fassung der neuen Niedersächsischen Verfassung angepaßt worden.

Mir ist signalisiert worden, daß das Wort gewünscht wird. Ich erteile es dem Abgeordneten Trittin.

**Trittin (GRÜNE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei den Dingen, die wir in der Geschäftsordnung heute zu regeln haben, sollten wir uns auf das beschränken, was unbedingt notwendig ist. Weitergehende Forderungen sollten wir im Zuge einer normalen Beratung der Geschäftsordnung unter Zuhilfenahme des Ausschusses erörtern.

Ich möchte nun bei einigen Themen Differenzen von unserer Seite deutlich machen und darum werben, eine Mehrheit für andere Vorstellungen zu bekommen, die sich von dem unterscheiden, was wir zum Teil interfraktionell vorgeschlagen haben.

Der erste Punkt betrifft den § 5, in dem es darum geht, wie sich das Präsidium des Landtages zusammensetzt. Nach unserer Auffassung ist es guter

Brauch, daß die stärkste Fraktion den Präsidenten stellt. Wir sind auch der Auffassung, daß sichergestellt sein muß, daß in der Leitung der Sitzung und in der Repräsentanz des Parlaments alle im Hause vertretenen Fraktionen vertreten sind. Wir sind aber der Auffassung, daß, wenn dies geschieht, eine Person in Gestalt der Vizepräsidentin/des Vizepräsidenten völlig hinreichend ist. Wir schlagen Ihnen also vor, eine Regelung zu treffen, wonach jede Fraktion eine Vizepräsidentin/einen Vizepräsidenten vorschlägt, sie oder er gewählt wird, und damit hat es sich. Die Einführung von Mehrheitsverhältnissen unter den Vizepräsidenten – nicht im Präsidium; dort ist es selbstverständlich – halten wir für entbehrlich und für nicht notwendig.

Zweitens. Wir können angesichts der Diskussionen der letzten Jahre, angesichts der Tendenzen, Niedersachsen zum Atomklo nicht nur der Bundesrepublik, sondern Europas zu machen, angesichts der Auseinandersetzungen etwa um die Frage, ob es sich bei dem Schacht in Gorleben um ein Endlager oder lediglich um ein Feuchtbiotop handelt, — — —

#### **Präsident Milde:**

Herr Abgeordneter Trittin, ich bitte Sie, sich streng an die Regelungen in der Geschäftsordnung zu halten.

#### **Trittin (GRÜNE):**

— — — nicht nachvollziehen, daß wir keine Regelungen hinsichtlich dessen haben, wer für die Fragen der nuklearen Sicherheit zuständig ist. Wir schlagen also vor, die Aufgabenstellung des Unterausschusses „Grubensicherheit“ um die Aufgabenstellung, die „nukleare Sicherheit“ heißt, zu erweitern. Wir halten es gerade in Niedersachsen für notwendig, daß sich das Parlament in einem besonderen Unterausschuß mit dieser Frage befaßt.

Über den weiteren Punkt besteht, wenn ich die Antragslage richtig beurteile, kein Dissens, was das Problem angeht. Alle Fraktionen sind der Auffassung, daß es einen Unterausschuß „Tierschutz“ geben soll. Strittig zwischen uns und, wenn ich es richtig sehe, den beiden großen Fraktionen ist, an welchen Ausschuß dieser Unterausschuß angebunden werden soll. Wir sagen, daß Tiernutzer nicht die berufenen Anwälte des Tierschutzes sind.

(Beifall bei den GRÜNEN).

Wir sagen dies wohl in Übereinstimmung mit der Masse der Tierschützer. Wir meinen nicht, daß beispielsweise die Frage von abgeschnittenen Entenschnäbeln und ähnliches im Bereich der Landwirtschaft besonders gut aufgehoben sind. Von daher

– das ist der Unterschied zu dem hier vorliegenden Antrag – beantragen wir, den Unterausschuß „Tierschutz“ nicht an den Landwirtschaftsausschuß, d. h. an den Ausschuß der Tiernutzer, sondern an den Umweltausschuß anzubinden.

Der letzte Punkt, den wir für notwendig halten: Es gibt Konsens darüber, daß die Zahl der Ausschußmitglieder reduziert werden soll. Dabei geht es um Kostenaspekte, betrifft aber auch Fragen der Effektivität. Wir sind der Auffassung, daß auch die Zahl der Ausschüsse in ihrer Aufgabenstellung – ebenfalls vor dem Hintergrund, daß es aus aktuellem Anlaß einen neuen Ausschuß geben wird, nämlich den Unterausschuß „Tierschutz“ – einer Überprüfung bedarf. Meine Fraktion ist dezidiert der Auffassung, daß es angesichts der Aufgabenstellung, die der Innenausschuß hat, und daß es vor dem Hintergrund, daß CDU und Grüne gemeinsam eine Enquete-Kommission zum Thema Verwaltungsreform einsetzen wollen – wir sind nicht der Auffassung, daß dies ein Thema ist, das man nur der Regierung überlassen könnte –, keinen Bedarf mehr für so etwas wie den Ausschuß für öffentliches Dienstrecht gibt. Das, was dort noch an Petitionen zu behandeln ist, kann mit Sicherheit der Innenausschuß machen. Im Interesse einer sparsamen Tätigkeit des Landtages beantragen wir also, auf den Ausschuß für öffentliches Dienstrecht künftig zu verzichten.

(Beifall bei den GRÜNEN.)

#### **Präsident Milde:**

Danke schön, Herr Trittin. – Das Wort hat der Abgeordnete Wulff (Osnabrück).

#### **Wulff (Osnabrück) (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zur Drucksache 13/10, also zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der gerade begründet worden ist, sprechen. Vor allem möchte ich dem Eindruck widersprechen, daß eine Änderung des § 5 der Geschäftsordnung beabsichtigt sei. Dieser Paragraph soll vielmehr unverändert bleiben, weil die Zusammensetzung des Präsidiums der Repräsentanz der Fraktionen im Landtag entsprechen soll.

Wir wollen die Grünen ernst nehmen, und wir bemühen uns darum. Das setzt aber voraus, Herr Roske, daß nicht nur wir die alten Landtagsprotokolle aufmerksam lesen, sondern daß auch Sie einen Blick in die Landtagsprotokolle über die konstituierenden Sitzungen aus den Jahren 1986 und 1990 werfen. Dann werden Sie unschwer und schnell feststellen, daß es die Fraktion Die Grünen war, die

Wulff (Osnabrück)

in der Vergangenheit gar nicht genug Vizepräsidenten haben konnte.

(Beifall bei der CDU.)

Bereits 1986 wurde eine Erweiterung der Zahl der Vizepräsidenten beschlossen. Besonders der Abgeordnete Schörshusen hat sich dafür ausgesprochen, die Zahl von drei auf vier zu erhöhen. In der Plenarsitzung im Jahre 1990 wurde von SPD und Grünen beantragt, die Zahl der Vizepräsidenten von vier auf fünf aufzustocken. Es war also Ihrem Wunsche entsprechend, weil Sie nach der Stärke Ihrer Fraktion erst dann dran gewesen wären, wenn es zehn, elf oder zwölf Vizepräsidenten gegeben hätte.

Wir wollen diesen 13 Fraktionsmitgliedern ja gerne Rechnung tragen, können aber nicht einsehen, daß diese 13 bei der Repräsentanz im Präsidium das gleiche beanspruchen können wie 67 oder 81 Abgeordnete dieses Parlamentes. Das muß man in Erinnerung rufen.

Ich möchte auch den Abgeordneten Schröder zitieren, der in der ersten Plenarsitzung 1986 darauf hingewiesen hat, daß es guter parlamentarischer Brauch sei, daß die Fraktionen im Präsidium in ihrer jeweiligen Stärke eines Parlamentes repräsentiert sind. Der Abgeordnete Schröder hat dann weiter gesagt, daß diesem Grundsatz entspreche, daß die stärkste Fraktion den Präsidenten und – man höre und staune – einen Vizepräsidenten und die zweitstärkste Fraktion zwei Vizepräsidenten beanspruchen könnte, womit wir ja völlig einverstanden wären.

(Beifall bei der CDU.)

Sie wissen aber, daß wir den § 5 trotzdem nicht ändern wollen, weil wir – auch im Sinne des Minderheitenschutzes – durchaus Verständnis für den Anspruch der Grünen haben, einen eigenen Vizepräsidenten zu haben.

Nur, Herr Roske, Herr Trittin und meine Damen und Herren von den Grünen, Sie hätten gleich unendlich viel Gelegenheit zu zeigen, ob es Ihnen mit der Verringerung des Präsidiums und der Vizepräsidenten wirklich ernst ist. Dann könnten Sie die Geschäftsordnung genau und ernst nehmen, die da in § 5 Abs. 2 lautet, daß die Grünen ausdrücklich beanspruchen müssen, einen Vizepräsidenten zu erhalten, weil ihnen kein Vizepräsident zusteht, und den Schriftführer zum Vizepräsidenten zu deklarieren. Wenn Sie nicht nur nach dem neuzeitlichen Sankt-Florian-Prinzip vorgehen wollen nach dem Motto: Mir ist kein Opfer zu groß, das mein Nachbar für mich bringen kann, dann sollten Sie gleich vorangehen und selbst auf einen Vizepräsidenten gemäß der vorhandenen Geschäftsordnung verzichten. Dann sollten wir es bei vier Vizepräsidenten

belassen, von denen CDU und SPD jeweils zwei zustünden. Es sei denn, Ihr Antrag ist als reiner Show-Antrag zu verstehen, der genausowenig ernstzunehmen ist wie das, was Herr Trittin hier vorgebracht hat.

(Beifall bei der CDU.)

**Präsident Milde:**

Das Wort hat der Abgeordnete Bartling.

**Bartling (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich stimme mit Herrn Trittin in der Zielsetzung überein, daß im Präsidium des Landtages alle Fraktionen des Landtages vertreten sein müssen. In der anderen Frage stimme ich mit Herrn Wulff insoweit überein, als auch wir sagen, daß die Kräfteverhältnisse im Präsidium dem Kräfteverhältnis im Parlament entsprechen sollten. Deshalb sind wir dafür, die bestehende Geschäftsordnung in diesem Punkt so zu erhalten, wie sie uns vorliegt. Hier sehen wir keinen Änderungsbedarf.

Nun komme ich zu den von Herrn Trittin darüber hinaus angesprochenen Fragen. Die Einrichtung eines Unterausschusses „Tierschutz“ kann man sehr unterschiedlich bewerten, Herr Trittin. Man muß sich aber entscheiden. Wir haben uns dafür entschieden, die Behandlung dieser Problematik im Bereich Landwirtschaft zu belassen, und werden auch dementsprechend votieren.

Ich bitte Sie, die Diskussion über die Einrichtung eines Unterausschusses „Grubensicherheit und nukleare Sicherheit“ im Geschäftsordnungsausschuß zu führen, denn wenn wir die Einrichtung so beschließen würden, wie Sie es hier beantragen, dann wäre es ein Unterausschuß des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr. Ich vermute, daß Sie dort auch andere Aspekte einbeziehen wollen. Ich will damit sagen, daß dieses Thema damit nicht vom Tisch ist, sondern daß wir das sorgfältig im Geschäftsausschuß bereden sollten. Wir werden Ihren Antrag allerdings ablehnen, weil er die Geschäftsordnung in dem Sinne verändern würde, wie es von uns nicht gewollt wird.

Von der CDU-Fraktion wird in der Drucksache 13/11 beantragt, einen Unterausschuß „Expo“ einzurichten. Wir werden diesen Antrag ablehnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil wir der Meinung sind, daß die Fragen, die mit der Expo zusammenhängen, jederzeit dort behandelt werden können, wo die Behandlung dieses Themas hingehört, nämlich im Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr. Wenn der Ausschuß für Wirtschaft

und Verkehr der Meinung ist, daß er sich über den Fortgang unterrichten lassen muß, dann ist das gerechtfertigt. Einen solchen Ausschuß halten wir für überflüssig.

(Beifall bei der SPD.)

**Präsident Milde:**

Herr Abgeordneter Eveslage, Sie haben das Wort.

**Eveslage (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich spreche zu den Anträgen in der Drucksache 13/9 und in der Drucksache 13/10. Die CDU-Fraktion nimmt erfreut zur Kenntnis und ist dankbar dafür, daß ihr Wunsch, im Landtag einen Unterausschuß „Tierschutz“ einzurichten, den sie als erste der drei Landtagsfraktionen zu Beginn dieser Wahlperiode vorgetragen hat, von den beiden anderen Fraktionen mitgetragen und unterstützt wird. Die Einrichtung des Tierschutz-Ausschusses haben wir in unserem Regierungsprogramm – das können Sie auf Seite 41 nachlesen – angekündigt, in dem wir uns ausführlich mit dem Tierschutz und mit dem Aspekt eines verantwortlichen Umgangs mit der Schöpfung auseinandergesetzt haben. Zur Bewahrung der Schöpfung gehören auch ein verantwortlicher Umgang mit den Tieren und unser Verhalten. Außerdem muß die Behandlung der Tiere ethischen Grundwerten genügen, die sich aus der Idee von den Tieren als Mitgeschöpfen ergeben. Mitgeschöpflichkeit heißt für uns allerdings – das möchte ich an dieser Stelle deutlich sagen – keinesfalls die Gleichwertigkeit des tierischen und des menschlichen Lebens. Auf tierische Nahrungsmittelproduktion in Niedersachsen können und wollen wir nicht verzichten.

(Beifall bei der CDU.)

Wir sehen vor allem bei den Tiertransporten, bei der Tierhaltung und bei der Zucht von Tieren

(Bontjer [SPD]: Ein Grundsatzreferat zum Tierschutz!)

– ich rede zur Begründung! – und bei den Tierversuchen, daß es hier zum Wohle der Tiere viel zu verbessern gilt. Wir begrüßen und unterstützen deshalb die Absicht, den neuen Unterausschuß dem Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zuzuordnen, weil wir sehen, daß im Bereich der Landwirtschaft in den nächsten Jahren ein wichtiger Schwerpunkt der Auseinandersetzungen um einen sinnvollen Tierschutz liegen wird; nicht nur dort, aber dort in besonderer Weise.

Auch innerhalb der Landesregierung ist der Tierschutz im Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten angesiedelt. Die Anbindung des Unterausschusses „Tierschutz“ an den Landtagsausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sichert also einen unmittelbaren, beiderseitigen Informationsfluß zwischen Landesregierung und Parlament und eine wirkungsvolle Zusammenarbeit im Sinne des Tierschutzes in den Bereichen, wo dies besonders wichtig ist.

Die CDU-Fraktion legt Wert darauf, daß alle Fraktionen im Unterausschuß so vertreten sind, daß sie ein Stimmrecht haben. Wir bestimmen zwar darüber nicht hier im Plenum, weisen aber jetzt schon darauf hin, daß wir Wert darauf legen, daß auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dort mit Stimmrecht vertreten ist.

Lassen Sie mich noch einige Sätze zu dem von den Grünen geforderten Unterausschuß „Grubensicherheit und nukleare Sicherheit“ sagen. Die Grubensicherheit möchten wir beim Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr belassen, wo sie sachlich hingehört. Dem entspricht übrigens auch die Aufgabenverteilung innerhalb der Landesregierung. Deshalb werden wir den Antrag der Grünen ablehnen, in dem die Verlagerung vom Wirtschaftsausschuß auf den Umweltausschuß vorgesehen ist.

Außerdem lehnen wir die Erweiterung der Aufgaben des Unterausschusses um die neue Aufgabe „nukleare Sicherheit“ ab, weil diese Aufgabe vom Umweltausschuß des Landtages bereits seit der Gründung des Umweltministeriums im Jahre 1986 wahrgenommen wird. Wir meinen, daß diese Aufgabe dort bislang wirksam wahrgenommen worden ist, denn wir haben bislang sogar auch aus den Reihen der Grünen keine Kritik gehört. Wir wollen diese Praxis im Umweltausschuß auch weiterhin fortführen. Insofern werden wir den Antrag der Grünen zu diesem Unterausschuß ablehnen.

(Beifall bei der CDU.)

**Präsident Milde:**

Herr Abgeordneter Stock, Sie haben das Wort.

**Stock (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will doch noch einige Sätze zur Begründung unseres Änderungsantrages zur Geschäftsordnung sagen, mit dem wir die Einrichtung eines Unterausschusses „Expo“ beantragen. Wir sind im Gegensatz zur SPD – Herr Bartling hat das hier vorgetragen – nicht der Auffassung, daß der Wirtschaftsausschuß mit seinen turnusmäßigen Sitzun-

Stock

gen und in seiner personellen Zusammensetzung, für die die Findung sicherlich anders vor sich geht, als es mit einem Unterausschuß der Fall sein kann, das richtige Gremium sein könnte. Wir meinen, daß auch mit der personellen Zusammensetzung eines Unterausschusses „Expo“ die Möglichkeit bestünde, insbesondere die Abgeordneten, die aus dem Bereich Hannover, der Stadt und dem Umfeld von Hannover, kämen, besonders zu berücksichtigen. Wir könnten aber auch Abgeordnete sonstiger interessierter Städte – ob Hameln oder Braunschweig, Hildesheim oder Wilhelmshaven – in die Lage versetzen, sich hier in besonderer Weise einzubringen. Denn es sollte uns klar sein, meine Damen und Herren, daß wir vermehrt aus dem Parlament stärkere Signale und Aktivitäten in Richtung einer Schubkraft für die Expo benötigen. Ich meine, es stünde uns gut an, wenn wir beschließen würden, einen Unterausschuß einzurichten, weil wir damit sowohl die Intensität der Behandlung dieses Themas als auch die Diskussion darüber mit denjenigen, die sich hier in besonderer Weise einbringen wollen, besser gewährleisten könnten.

Die Fraktion der SPD meint nun, darüber könne man eventuell später nachdenken. Dies ist natürlich völlig abwegig; denn wir haben schon Zeit genug verloren. Es kann nicht angehen, daß das Thema „Expo“ – das ist in den letzten zwei oder drei Jahren leider der Fall gewesen – so verstanden wird, als sei das in erster Linie eine Aufgabe der Exekutive. Wir als Parlament müssen uns hier gemeinsam einbringen. Ich meine, es wäre ein gutes Signal, wenn wir hier heute beschließen würden, einen Unterausschuß „Expo 2000“ einzurichten. Das wäre ein Auftrag an uns alle und ein Signal an die Öffentlichkeit, daß wir alles tun wollen, um die kurze Zeit von nur noch sechs Jahren bis zur Expo so zu nutzen, daß es für uns alle, für das Land Niedersachsen und insbesondere für uns hier im Parlament, ein Erfolg wird und wir nachher nicht sagen müssen, wir hätten Chancen vertan. Lassen Sie uns also Chancen in besonderer Weise nutzen, indem wir einen Unterausschuß „Expo“ einrichten. Ich bitte Sie sehr herzlich um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CDU.)

#### Präsident Milde:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache über die Geschäftsordnung abgeschlossen.

Ich lasse jetzt über die vorliegenden Änderungsanträge in der Reihenfolge der betroffenen Paragraphen der Geschäftsordnung einzeln abstimmen.

Wir kommen zunächst zu § 5 der Geschäftsordnung. Dazu liegt der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 13/10, Nr. 1, vor, dem Präsidium neben dem Präsidenten und neun weiteren Mitgliedern lediglich drei Vizepräsidenten angehören zu lassen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zu § 10 der Geschäftsordnung. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 13/10, Nr. 2, abstimmen, und zwar in der Reihenfolge der betreffenden Nummern. Nr. 6.1 soll die Fassung „6.1 Unterausschuß ‚Grubensicherheit und nukleare Sicherheit‘“ erhalten. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Des weiteren soll eine Nr. 11.1 mit dem Wortlaut „11.1 Unterausschuß ‚Tierschutz‘“ eingefügt werden. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Bei der Nr. 13 geht es um den Wegfall des Ausschusses für öffentliches Dienstrecht. Wer stimmt hier zu? – Die Gegenprobe! – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 13/11 abstimmen, beim Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr einen Unterausschuß „Expo“ einzurichten. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist abgelehnt.

Nunmehr lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU in der Drucksache 13/9 abstimmen. Hier geht es um die Einrichtung eines Ausschusses „Tierschutz“ beim Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Der Antrag ist mit großer Mehrheit angenommen.

Abschließend lasse ich jetzt über den interfraktionellen Änderungsantrag in der Drucksache 13/8, Nr. 1, insgesamt abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu § 11 der Geschäftsordnung. Dazu liegt der interfraktionelle Änderungsantrag in der Drucksache 13/8, Nr. 2, vor. Wer diesem Ände-

rungsantrag zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Das ist ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Ich lasse jetzt über die so veränderte Drucksache 13/1 – Vorläufige Geschäftsordnung für den Landtag der 13. Wahlperiode – im ganzen abstimmen. Wer die veränderte Drucksache 13/1 annehmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Stimmenthaltungen ist so mit Mehrheit beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich schlage vor, daß wir die soeben beschlossene Vorläufige Geschäftsordnung dem Geschäftsausschuß mit der Bitte überweisen, dem Landtag in absehbarer Zeit einen Vorschlag für die endgültige Fassung der Geschäftsordnung vorzulegen. Wer stimmt dem zu? – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Auch das ist mit Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen jetzt zur

#### **Wahl der Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten sowie der Schriftführerinnen und Schriftführer.**

Nach Artikel 18 Abs. 1 der Niedersächsischen Verfassung wählt der Landtag die Stellvertreterinnen oder die Stellvertreter des Präsidenten und die Schriftführerinnen und Schriftführer.

Wir kommen zunächst zur Wahl der Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten. Nach § 5 Abs. 2 der soeben beschlossenen Geschäftsordnung sind vier Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten von den Fraktionen vorzuschlagen, auf die die zweite bis fünfte Höchstzahl entfallen. Das sind die SPD-Fraktion und die CDU-Fraktion. Auf die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen entfällt nach der zwölften Höchstzahl ein Schriftführer oder eine Schriftführerin, an dessen Stelle die Fraktion einen zusätzlichen fünften Vizepräsidenten bzw. eine Vizepräsidentin vorschlagen kann. Das hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen soeben getan.

(Lachen bei der CDU. – Aller [SPD]: Das ist ja ein Ding!)

Damit sind zwei Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten von der SPD-Fraktion, zwei Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten von der CDU-Fraktion und eine Vizepräsidentin oder ein Vizepräsident von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorzuschlagen.

Die Fraktionen haben ihre Vorschläge schriftlich vorgelegt. Die CDU-Fraktion – auf sie entfällt die zweite Höchstzahl – hat den Abgeordneten

Gansäuer vorgeschlagen, die SPD-Fraktion hat für die dritte Höchstzahl die Abgeordnete Frau Goede vorgeschlagen, die CDU-Fraktion mit der dann folgenden vierten Höchstzahl den Abgeordneten Jahn, die SPD-Fraktion mit der fünften Höchstzahl die Abgeordnete Frau Hammelstein und – wie bereits gesagt – die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Abgeordneten Erwin Jordan als zusätzlichen Vizepräsidenten anstelle des Schriftführers.

Wir kommen nun zur Abstimmung über diese Vorschläge. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Wahl aller fünf Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten in einem Wahlgang widersprochen.

(Fischer [CDU]: Schade!)

Daher müssen wir nun nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung einzeln wählen. Es besteht aber – das ist mir signalisiert worden – Einvernehmen darüber, daß diese Einzelwahl mit Handzeichen und nicht mit Stimmzettel durchgeführt werden soll. Ihr Kopfnicken bestätigt mir, daß dies so ist.

Wir stimmen dann in folgender Reihenfolge ab: Abgeordneter Gansäuer, Abgeordnete Frau Goede, Abgeordneter Jahn, Abgeordnete Frau Hammelstein, Abgeordneter Jordan.

Zunächst stimmen wir über die Wahl des Abgeordneten Gansäuer ab. Wer den Abgeordneten Gansäuer zum Vizepräsidenten wählen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

(Starker Beifall bei der CDU und Zustimmung von Bartling [SPD].)

Herr Gansäuer, ich frage Sie zunächst, ob Sie die Wahl annehmen.

(Gansäuer [CDU]: Ich nehme die Wahl an und bedanke mich sehr!)

Ich gratuliere Ihnen, Herr Gansäuer, zu Ihrer Wahl. Jetzt stimmen wir über die Wahl der Abgeordneten Frau Goede ab. Wer die Abgeordnete Frau Goede zur Vizepräsidentin wählen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Das ist bei zwei Stimmenthaltungen so beschlossen.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Horrmann [CDU].)

Frau Goede, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

(Frau Goede [SPD]: Ja, ich nehme die Wahl an!)

Frau Vizepräsidentin, ich gratuliere Ihnen zu Ihrer Wahl!

Präsident Milde

Nunmehr stimmen wir über die Wahl des Abgeordneten Jahn ab.

Wer den Abgeordneten Jahn zum Vizepräsidenten wählen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Abgeordnete Jahn ist mit großer Mehrheit zum Vizepräsidenten gewählt worden.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD.)

Herr Jahn, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

(Jahn [CDU]: Ich nehme die Wahl an; vielen Dank!)

Herr Vizepräsident Jahn, ich gratuliere Ihnen zu Ihrer Wahl.

(Beifall bei der CDU.)

Jetzt stimmen wir ab über die Wahl der Abgeordneten Frau Hammelstein. Wer die Abgeordnete Frau Hammelstein zur Vizepräsidentin wählen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei einigen Stimmenthaltungen ist Frau Abgeordnete Hammelstein mit großer Mehrheit gewählt worden.

Frau Hammelstein, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

(Frau Hammelstein [SPD]: Ja, ich nehme die Wahl an!)

Frau Hammelstein, ich gratuliere Ihnen zu Ihrer Wahl.

(Beifall im ganzen Hause.)

Abschließend stimmen wir über die Wahl des Abgeordneten Jordan ab. Wer den Abgeordneten Jordan zum Vizepräsidenten wählen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Abgeordnete Jordan ist mit großer Mehrheit und einigen Stimmenthaltungen zum Vizepräsidenten gewählt worden.

(Zurufe von der CDU: Gegenstimmen!)

– Bei Mehrheiten sind immer Gegenstimmen dabei.

Herr Abgeordneter Jordan, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

(Jordan [GRÜNE]: Ich nehme die Wahl an!)

Herr Vizepräsident Jordan, ich gratuliere Ihnen zu Ihrer Wahl.

Es sind nun neun Schriftführerinnen und Schriftführer zu wählen. Das Vorschlagsrecht ergibt sich aus § 5 Abs. 2 der Geschäftsordnung. Die Fraktionen haben folgende Vorschläge eingereicht: die SPD-Fraktion die Abgeordneten Biel, Collmann, Lanclée, Frau Lau, Mientus; die CDU-Fraktion die

Abgeordneten Frau Schliepack, Dr. Stratmann, Thümler und Frau Vogelsang.

Ich halte das Haus damit einverstanden, daß die neun Schriftführerinnen und Schriftführer nach den vorangegangenen Wahlgängen gemeinsam durch Handzeichen gewählt werden. Wer diese neun Kolleginnen und Kollegen zu Schriftführerinnen bzw. Schriftführern wählen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Meine Damen und Herren, ich stelle fest, daß die neun von mir genannten Kolleginnen und Kollegen zu Schriftführerinnen bzw. Schriftführern gewählt worden sind.

Ich frage jetzt die Abgeordneten, ob sie die Wahl zu Schriftführerinnen bzw. Schriftführern annehmen. Ich frage einzeln: Herr Abgeordneter Biel?

(Biel [SPD]: Ja!)

Herr Abgeordneter Collmann?

(Collmann [SPD]: Ja!)

Herr Abgeordneter Lanclée?

(Lanclée [SPD]: Ja!)

Frau Abgeordnete Lau?

(Frau Lau [SPD]: Ja!)

Herr Abgeordneter Mientus?

(Mientus [SPD]: Ja!)

Frau Abgeordnete Schliepack?

(Frau Schliepack [CDU]: Ja!)

Herr Abgeordneter Dr. Stratmann?

(Dr. Stratmann [CDU]: Ich nehme die Wahl an!)

Herr Abgeordneter Thümler?

(Thümler [CDU]: Ja!)

Frau Abgeordnete Vogelsang?

(Frau Vogelsang [CDU]: Ja!)

Ich beglückwünsche Sie alle zu Ihrer Wahl und stelle fest, daß das Präsidium nunmehr vollständig gewählt ist.

Ich danke der Schriftführerin und dem Schriftführer des vorläufigen Sitzungsvorstandes für ihre Amtsführung und bitte die neugewählten Schriftführer, den Abgeordneten Biel und die Abgeordnete Frau Schliepack, jetzt hier mit mir den Sitzungsvorstand zu bilden.

(Beifall. – Die Schriftführer Biel und Frau Schliepack nehmen ihre Plätze ein.)

### Feststellung der Konstituierung des Landtages der 13. Wahlperiode

Meine Damen und Herren, nach der Beschlußfassung über die Geschäftsordnung und nach der Wahl des Präsidiums stelle ich nunmehr fest, daß sich der Landtag der 13. Wahlperiode konstituiert hat.

### Wahl des Ministerpräsidenten

Meine Damen und Herren, nach Artikel 33 Abs. 2 und 3 der Niedersächsischen Verfassung gelten der Ministerpräsident und mit ihm die Landesregierung als zurückgetreten, sobald ein neugewählter Landtag zusammentritt. Das ist heute der Fall. Es ist daher eine neue Landesregierung zu bilden.

Bevor wir zur Neubildung der Regierung kommen, möchte ich dem bisherigen Herrn Ministerpräsidenten und seiner Landesregierung für die in der vergangenen Legislaturperiode geleistete Arbeit den Dank des Hauses aussprechen.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD.  
– Beifall bei Teilen der CDU und den GRÜNEN.)

Wir kommen dann zur Regierungsbildung und beginnen mit der Wahl des Ministerpräsidenten. Artikel 29 Abs. 1 der Niedersächsischen Verfassung lautet: „Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident wird vom Landtag mit der Mehrheit seiner Mitglieder ohne Aussprache in geheimer Abstimmung gewählt.“

Die Fraktion der SPD hat mit Schreiben vom 22. Juni 1994 den Abgeordneten Gerhard Schröder für die Wahl zum Ministerpräsidenten vorgeschlagen. Werden weitere Vorschläge gemacht? – Das ist nicht der Fall.

Es geht jetzt um die Entscheidung über diesen Wahlvorschlag. Gewählt wird nach Artikel 29 Abs. 1 Niedersächsische Verfassung mit Stimmzetteln in geheimer Abstimmung. Wer den Abgeordneten Gerhard Schröder zum Ministerpräsidenten wählen will, kreuzt Ja an, wer ihn nicht wählen will, kreuzt Nein an, wer sich der Stimme enthalten will, kreuzt Enthaltung an. Ich mache darauf aufmerksam, meine Damen und Herren, daß in diesem Falle Stimmenthaltungen die gleiche Wirkung wie Neinstimmen haben.

Die Abgeordneten werden durch den Schriftführer Herrn Biel aufgerufen. Ich bitte die aufgerufenen Abgeordneten, dann einzeln nach vorn zu kommen. Auf der rechten Seite des Präsidiums erhalten Sie ihren Stimmzettel mit Umschlag. Gehen Sie dann bitte einzeln zur Wahlkabine. Nach Ihrer Abstimmung in der Wahlkabine bitte ich Sie, den

Stimmzettel in den Umschlag zu stecken und in die Wahlurne zu werfen.

Ich halte das Haus damit einverstanden, daß ich beauftrage den Schriftführer Herrn Mientus, unterstützt durch einen Beamten der Landtagsverwaltung, den Stimmzettel mit Umschlag auszugeben und die Wählerliste zu führen, den Schriftführer Herrn Thümler, Aufsicht darüber zu führen, daß immer nur ein Abgeordneter zur Wahlkabine geht, und den Schriftführer Herrn Collmann, ebenfalls unterstützt durch einen Beamten der Landtagsverwaltung, die Aufsicht und die Namenskontrolle bei den Wahlurne zu führen.

Meine Damen und Herren, ich bitte alle Abgeordneten darauf zu achten, daß das Kreuz auf den Stimmzetteln korrekt angebracht wird, so daß kein Zweifel an der Gültigkeit ihrer Stimme entstehen kann. Wer den Stimmzettel beschädigt, verändert oder mit Zusätzen oder anderen Kennzeichen versieht, macht ihn ungültig. Es sind daher auch nur die in der Wahlkabine bereitliegenden Kugelschreiber zur Stimmabgabe zu benutzen. Die Verwendung eines anderen Schreibgerätes ist als unzulässige Kennzeichnung anzusehen, die zur Ungültigkeit des Stimmzettels führt.

Für die Dauer der Wahlhandlung bitte ich alle Personen, die nicht Abgeordnete sind, einschließlich der Journalisten und der Kamerateams, den Plenarsaal zu verlassen. Ausgenommen sind die Staatssekretäre sowie die aus dienstlichen Gründen anwesenden Mitarbeiter der Landtagsverwaltung.

Die Abgeordneten bitte ich bis zum Aufruf ihres Namens auf ihren Plätzen sitzenzubleiben und nach Abgabe ihrer Stimme gleich wieder Platz zu nehmen.

Ich appelliere hierbei an Ihre Disziplin. Unnötiges Herumlaufen und Stehen und miteinander Reden stören den Wahlablauf sehr.

Ich bitte nun die drei genannten Schriftführer, ihr Amt zu übernehmen.

Den Kollegen Collmann bitte ich, sich zunächst davon zu überzeugen, daß die beiden Wahlurnen leer sind, und mir das mitzuteilen. – Der Abgeordnete Collmann bestätigt mir, daß die Wahlurnen leer sind.

Ich bitte, die Abgeordneten jetzt namentlich aufzurufen.

(Schriftführer Biel verliest die Namen der Abgeordneten:)

Adam  
Aller  
Frau Alm-Merk  
Althusmann

Präsident Milde

Bachmann  
Bartling  
Beckmann  
Behr  
Biallas  
Biermann  
Biestmann  
Dr. Block  
Boekhoff  
Bontjer  
von Borstel  
Graf von Bothmer  
Brauns  
von Bredow  
Brinkmann  
Buchheister  
Frau Bührmann  
Busemann  
Buß  
Dr. Cassens  
Coenen  
Decker  
Dierkes  
Dinkla  
Dr. Domröse  
Dorka  
Ehlen  
Dr. Eilers  
Frau Elsner-Solar  
Endlein  
Eppers  
Eveslage  
Fasold  
Dr. Fischer  
Fischer  
Funke  
Gabriel  
Gansäuer  
Glogowski  
Frau Goede  
Golibrzuch  
Frau Griefahn  
Groth  
Gruber  
Frau Grundmann  
Frau Hammelstein  
Hampe  
Frau Hansen  
Harden  
Frau Harms  
Frau Hartwig  
Haselbacher  
von der Heide  
Heineking  
Heinemann  
von Hofe  
Hogrefe

Frau Hoops  
Horrmann  
Inselmann  
Jahn  
Frau Jahn  
Jansen  
Jordan  
Jüttner  
Kethorn  
Klare  
Koch  
Frau Körtner  
Kopischke  
Frau Kruse  
Kuhlmann  
Lanclée  
Frau Lau  
Frau Leuschner  
Lindhorst  
Frau Lippmann-Kasten  
Frau Litfin  
Frau Lübben  
Frau Meyn-Horeis  
Möhrmann  
Möllring  
Mühe  
Frau Mundlos  
Nolting  
Oestmann  
Ontijd  
Oppermann  
Frau Ortgies  
Frau Pawelski  
Peters  
Plaue  
Pörtner  
Frau Pothmer  
Frau Pruin  
Rabe  
Räke  
Frau Rasinski  
Reckmann  
Rippich  
Rolfes  
Dr. Roske  
Frau Rühl  
Frau Saalmann  
Schack  
Schirmbeck  
Schlüterbusch  
Schmalstieg  
Dr. Schneider  
Schneider  
Schröder  
Schünemann  
Dr. Schultze  
Schurreit

Schwarz  
Schwarzenholz  
Frau Seeler  
Sehrt  
Senff  
Frau Somfleth  
Frau Stiller  
Stock  
Frau Stokar von Neuforn  
Stolze  
Dr. Stratmann  
Stratmann  
Dr. Stumpf  
Swieter  
Theilen  
Thielke  
Frau Tinius  
Trittin  
Viereck  
Frau Vockert  
Frau Vogelsang  
Voigtländer  
Wallraff  
Dr. Weber  
Wegner  
Wendhausen  
Wernstedt  
Wiesensee  
Wilken  
Dr. Winn  
Frau Wörmer-Zimmermann  
Wojahn  
Frau Wolf  
Wolf  
Wulf (Oldenburg)  
Wulff (Osnabrück)  
Frau Zachow

Der Namensaufruf ist beendet. Ich bitte nun die an dem Wahlverfahren beteiligten Schriftführer Mientus, Thümler und Collmann, nacheinander abzustimmen. Anschließend wählt dann der Sitzungsvorstand.

Meine Damen und Herren, ich frage, ob noch eine Abgeordnete bzw. ein Abgeordneter im Saal ist, die bzw. der noch nicht gewählt hat. – Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Wahl.

Das Wahlergebnis wird in Kürze bekanntgegeben. Ich unterbreche die Sitzung, bitte aber alle Abgeordneten, auf ihren Plätzen zu bleiben. In der Zwischenzeit werden die am Wahlvorgang beteiligten Schriftführer Mientus, Thümler und Collmann sowie die fünf Vizepräsidentinnen bzw. Vizepräsidenten die Stimmen auszählen.

Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 13.34 Uhr.

Wiederbeginn: 13.45 Uhr.

#### Präsident Milde:

Meine Damen und Herren! Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Ich bitte die Fotografen, jetzt mir Raum zu geben. Sie haben genug fotografiert.

(Lachen.)

Meine Damen und Herren von den Medien! Ich möchte nicht zu Zwangsmitteln greifen. Wir wollen jetzt die Sitzung fortsetzen.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren! Ich verwarne Sie zum drittenmal. Ich möchte die Sitzung fortsetzen. Es reicht jetzt doch.

Meine Damen und Herren! Nach der mir vorliegenden Wahlniederschrift hat die Wahl folgendes Ergebnis: 161 abgegebene Stimmzettel, eine ungültige Stimme, das sind 160 abgegebene gültige Stimmen, davon 83 Jastimmen.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, soweit Sie Abgeordnete sind, wieder Platz zu nehmen. Ich wiederhole: 160 abgegebene gültige Stimmen, davon 83 Jastimmen, 76 Neinstimmen, eine Stimmenthaltung.

Gemäß Artikel 29 Abs.1 der Niedersächsischen Verfassung wurde damit der Abgeordnete Gerhard Schröder zum Niedersächsischen Ministerpräsidenten gewählt.

Ich frage den Abgeordneten Schröder, wenn es mir die Medien erlauben, ob er die Wahl annimmt.

(Schröder [SPD]: Ja, Herr Präsident, ich nehme die Wahl an! – Starker, anhaltender Beifall bei der SPD.)

Damit sind Sie, Herr Abgeordneter Schröder, zum Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen gewählt. Ich beglückwünsche Sie und wünsche Ihnen für Ihre Arbeit Glück und Erfolg.

Ich frage Sie, Herr Ministerpräsident, ob Sie in der Lage sind, jetzt Ihr Kabinett vorzustellen.

(Ministerpräsident Schröder: Das bin ich, Herr Präsident!)

– Herr Ministerpräsident, damit haben Sie das Wort.

(Vertreter der Medien versammeln sich vor dem Rednerpult.)

– Meine Damen und Herren von den Medien, ich bin zu Ihnen in diesem Hause sehr großzügig,

Präsident Milde

großzügiger, als das in jedem anderen Landesparlament üblich ist. Ich bitte Sie jetzt, das zu beachten, was wir die Würde des Parlamentes nennen.

**Schröder**, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem mich das Hohe Haus zum Ministerpräsidenten gewählt hat, wofür ich mich sehr bedanke, berufe ich gemäß Artikel 29 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung zu Mitgliedern der Landesregierung:

Herrn Gerhard Glogowski als Innenminister – ihn bestimme ich zugleich zu meinem Stellvertreter –,

Herrn Hinrich Swieter als Finanzminister,

Herrn Walter Hiller als Sozialminister,

Herrn Professor Rolf Wernstedt als Kultusminister,

Herrn Dr. Peter Fischer als Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr,

Herrn Karl-Heinz Funke als Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten,

Frau Heidrun Alm-Merk als Justizministerin,

Frau Helga Schuchardt als Ministerin für Wissenschaft und Kultur,

Frau Monika Griefahn als Umweltministerin,

Frau Christina Bührmann als Frauenministerin und

Herrn Willi Waike als Leiter der Staatskanzlei.

Ich bitte das Hohe Haus, die Landesregierung gemäß Artikel 29 Abs. 3 der Niedersächsischen Verfassung zu bestätigen.

(Starker Beifall bei der SPD.)

### Bestätigung der Landesregierung

**Präsident Milde:**

Danke, Herr Ministerpräsident. Ich lasse jetzt über diese Bestätigung abstimmen. Wer der Landesregierung in der Besetzung, wie sie der Herr Ministerpräsident soeben mitgeteilt hat, die nach der Verfassung erforderliche Bestätigung erteilen will, den bitte ich, sich zu erheben. – Die Gegenprobe! – Ich habe keine Stimmenthaltung entdeckt. Ich stelle fest, daß die erforderliche Mehrheit durch das erste Erheben eindeutig festgestellt werden konnte. Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren. Die Bestätigung der Landesregierung ist damit erteilt. Ich

beglückwünsche die Mitglieder der Landesregierung zu ihrem Amt.

Meine Damen und Herren! Es ist vorgesehen, die Mitglieder der Landesregierung zu Beginn der Nachmittagssitzung zu vereidigen. Zuvor müssen jedoch die Ministerinnen und Minister durch Aushängung der Ernennungsurkunden ernannt werden. Das wird während der Pause geschehen, zu der ich die Sitzung jetzt unterbrechen werde. Das Landtagspräsidium bittet alle Anwesenden zu einem Empfang in die Wandelhalle.

Wir setzen die Sitzung um 15.30 Uhr mit der Vereidigung der Mitglieder der Landesregierung und der Abgabe der Regierungserklärung durch den Herrn Ministerpräsidenten fort. Ich weiß, daß es nur eine kurze Pause ist; aber die Medien und die Technik machen es erforderlich.

Unterbrechung: 13.55 Uhr.

Wiederbeginn: 15.32 Uhr.

**Präsident Milde:**

Meine Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung. Wir kommen zur

### Vereidigung der Landesregierung

Nach Artikel 31 der Niedersächsischen Verfassung haben der Ministerpräsident und die Ministerinnen und Minister vor dem Landtag ein Bekenntnis abzulegen und einen Eid zu leisten. Ich bitte den Herrn Ministerpräsidenten und die Ministerinnen und Minister, jetzt vorzutreten. Ich bitte ferner alle Anwesenden, sich von den Plätzen zu erheben.

Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren, das Bekenntnis und der Eid sind von Ihnen einzeln abzulegen. Ich bitte Sie, nacheinander zu mir heraufzutreten und die Bekenntnis- und Eidesformel zu sprechen. Die Reihenfolge ist: Ministerpräsident Schröder, Innenminister Glogowski, Finanzminister Swieter, Sozialminister Hiller, Kultusminister Professor Wernstedt, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Dr. Fischer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Funke, Justizministerin Alm-Merk, Ministerin für Wissenschaft und Kultur Schuchardt, Umweltministerin Griefahn, Frauenministerin Bührmann und Minister Waike.

Herr Ministerpräsident!

**Schröder**, Ministerpräsident:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, so-

zialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde.

**Glogowski**, Innenminister:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde.

**Swieter**, Finanzminister:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine ganze Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

**Hiller**, Sozialminister:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde.

**Wernstedt**, Kultusminister:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande

widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

**Dr. Fischer**, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

**Funke**, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

**Alm-Merk**, Justizministerin:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde.

**Schuchardt**, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebens-

Frau Schuchardt

grundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

**Griefahn**, Umweltministerin:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde.

**Bührmann**, Frauenministerin:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde.

**Waïke**, Minister:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

**Präsident Milde**:

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen allen in Ihren Ämtern viel Glück und Erfolg. Nehmen Sie bitte auf den Regierungsbänken Platz.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, damit ist die neue Landesregierung verfassungsmäßig gebildet.

**Abgabe der Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten**

Wir kommen jetzt zur Abgabe der Regierungserklärung durch den Herrn Ministerpräsidenten. Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

**Schröder**, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie werden verstehen, daß ich die zweite Regierungserklärung, die ich am Beginn einer Legislaturperiode als Ministerpräsident des Landes Niedersachsen abgebe, mit einem kurzen Blick zurück auf den 13. März 1994 beginne.

(Fischer [CDU]: Das ist lange her!)

– Das ist wahr. – Daß mich der Wahlausgang erfreut hat, wird hier niemanden überraschen, selbst die Gegner nicht. Die Freude gilt nicht zuletzt – ich meine, das sollte uns einen – der eindeutigen Aussage an jegliche Form von Rechtsradikalismus in unserem Land.

(Beifall im ganzen Hause.)

Im übrigen läßt das Wahlergebnis an Deutlichkeit und – ich füge hinzu – an Weitblick nichts zu wünschen übrig. Es hat eine eindrucksvolle – für andere schmerzliche – Bestätigung der Regierungspolitik gebracht. Einen größeren Stimmenzuwachs, als ihn die rot-grüne Koalition am 13. März dieses Jahres verbuchen konnte, gab es für Regierungsparteien in Niedersachsen zuletzt im Jahre 1970. Damals erreichte die SPD mit dem von mir sehr verehrten Alfred Kubel zum ersten Mal eine absolute Mehrheit – übrigens auch eine Einstimmenmehrheit – mit der Alfred Kubel souverän die vierjährige Legislaturperiode geführt und gemeistert hat. Ich werde mich an das Vorbild von Alfred Kubel halten, eines Mannes, der vor wenigen Monaten seinen 85. Geburtstag gefeiert hat. Ich denke, ich darf ihm im Namen des gesamten Hauses noch einmal nachträglich alles Gute wünschen.

(Beifall im ganzen Hause.)

Ich sagte, und ich bleibe dabei, Weitblick liegt in dem Ergebnis. Das bezieht sich vor allem darauf, daß die frühere Koalition zwar eindrucksvoll bestätigt, die Verantwortung für die nächsten vier Jahre aber ebenso eindeutig den niedersächsischen Sozialdemokraten zugewiesen worden ist. Dennoch hat die neue Regierung die richtigen Schlußfolgerungen aus der Tatsache zu ziehen, daß auch Bündnis 90/Die Grünen gestärkt aus diesen Wahlen her-

vorgegangen sind. Ob die indessen auch die richtigen Schlußfolgerungen ziehen, ist nach dem kurzen Intermezzo heute für mich zweifelhafter geworden.

(Beifall bei der SPD.)

Zuallererst gilt es zu berücksichtigen, daß wir Sozialdemokraten aufgefordert sind, die ökologische Erneuerung weiter als integralen Bestandteil einer aufgeklärten und modernen Wirtschaftspolitik – auf diese kommt es an – zu verstehen. Es muß allen klar sein, allen in diesem Hause und den Menschen in Niedersachsen: Nur eine ökologisch vernünftige Wirtschaft kann zukunftsichere Arbeitsplätze schaffen.

In dem Wahlergebnis, das ich beschrieben habe, liegt deshalb auch der Wunsch nach Kontinuität. Diese Kontinuität gilt es in praktische Politik umzusetzen. Das ist auch ein Grund dafür, daß ich denen, die aus dem Kabinett der letzten Koalitionsregierung ausgeschieden sind, gerne danken möchte.

Danken möchte ich Waltraud Schoppe, einer ungewöhnlich engagierten Frau und Frauenministerin, die Politik gewiß auch als Last, aber vor allen Dingen als Lust begriffen hat und im übrigen einen Frauenpolitik formuliert und durchgesetzt hat, die weit über die Grenzen ihrer eigenen Partei und über die Grenzen der Regierungskoalition hinaus Beachtung und Respekt gefunden hat.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN.)

Ich bitte die verehrte Opposition auch zu verstehen, daß ich Jürgen Trittin danken möchte,

(Zuruf von der CDU: Wofür?)

der im übrigen ganz anders ist, als er gelegentlich dargestellt wird. Ich möchte ihm danken für den Anteil an einer gemeinsamen Politik in den letzten vier Jahren, die gut war für unser Land. Ich füge hinzu: Wenn alle Reden in der Vergangenheit so staatsmännisch gewesen wären wie die heutige Geschäftsordnungsdebatte, hätte das manchen Ärger erspart.

(Beifall bei der SPD.)

Aber ich habe nichts zurückzunehmen von den guten Erinnerungen an die vier Jahre. Ich denke auch nicht daran, etwas davon zurückzunehmen.

Stellvertretend für alle, die in den früheren Koalitionsfraktionen gearbeitet haben, möchte ich mich auch bei Thea Dückert bedanken, die heute nicht mehr in diesem Landtag ist. Ich sage das mit Bedauern, und ich sage es ehrlich. Dann danke ich natürlich dem anderen Fraktionsvorsitzenden, meinem Freund Johann Bruns. Er ist aus eigenem Entschluß von der Landtagsbühne abgetreten. Es wird an anderer Stelle für Sozialdemokraten Gelegenheit

sein, ihm zu danken. Was er für uns und damit auch für das Land geleistet hat, ist, glaube ich, beispielhaft.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, in einer Demokratie gilt es, auch ein Wort für die Gegner zu haben. Der Alterspräsident hat heute morgen schon darauf hingewiesen, daß Wilfried Hasselmann nicht mehr in diesem Landtag ist. Jeder wird verstehen, wenn ich sage, es gibt grundlegend verschiedene Auffassungen zwischen uns und grundlegend andere Politikstile. Aber für die unendlich langen Jahre, die er auf seine Weise gearbeitet hat – von den einen hoch gewürdigt, von den anderen kritisiert –, gehört auch ihm Respekt, meine ich. Den will ich ihm gerne erweisen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU.)

Sei es drum, genug der Erinnerung.

Meine Damen und Herren, ich habe vor vier Jahren in meiner ersten Regierungserklärung als Ministerpräsident des Landes versprochen, die Landespolitik auf einen durchaus eigenen, eben auf einen niedersächsischen Weg zu führen. Wir haben miteinander diese Politik auf die besonderen Stärken des Landes und vor allen Dingen auf die Stärken seiner Menschen aufgebaut. Wir haben sie orientiert am Bedürfnis nach Arbeit, intakter Umwelt, sozialer Gerechtigkeit und – das ist für mich persönlich sehr wichtig – Chancengleichheit. Wir mußten die Verantwortung übernehmen nach einer ununterbrochenen, fast eineinhalb Jahrzehnte langen Phase konservativer und gelegentlich rückwärts gewandter Politik.

Wie sah die Eröffnungsbilanz aus, meine Damen und Herren?

(Frau Vogelsang [CDU]: Besser als die heutige!)

Das Vertrauen in die Zukunftschancen im eigenen Land tendierte gegen null. Die Abwanderung gut ausgebildeter Arbeitskräfte in scheinbar zukunftssicherere Regionen, vor allen Dingen in den Süden der alten Republik, war längst Realität und für diejenigen, die aus der Heimat weg mußten, schmerzliche Realität.

Unsere Aufgabe war es deshalb, diesen Trend durch eine aktive Industrie- und Arbeitsmarktpolitik umzudrehen. Unsere Industrie- und Arbeitsmarktpolitik hat – das läßt sich nicht bestreiten, wenn man nicht lügen will – bundesweit Aufsehen erregt.

(Fischer [CDU]: Die von VW! – Horrmann [CDU]: Insbesondere nach der deutschen Grenzöffnung!)

Schröder

Bei Volkswagen haben wir mit der Viertageweche ein klares Signal gegen die elende Politik der Massenentlassungen gesetzt.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Frau Hoops [GRÜNE].)

Zusammen mit einer modernen und effektiven Konzernführung, zusammen mit den Gewerkschaften ist es gelungen, ein Modell zu entwickeln, das 30 000 Menschen in Lohn und Brot hält, die sonst auf der Straße gestanden hätten. Keine Opposition kann so verbohrst sein, daß sie dies nicht respektierte, weil ich unterstelle, daß es auch ihr um die Schicksale dieser Menschen geht.

(Genau! bei der SPD.)

Ohne einen kämpferischen und aufgeklärten Betriebsrat, ohne die Solidarität der Belegschaft, aber auch ohne die Eigentümerfunktion des Landes Niedersachsen wäre dieses Signal so nicht möglich geworden.

(Beifall bei der SPD.)

Ich sage ein zweites Stichwort. Es heißt Lemwerder. Meine Damen und Herren, wir stehen noch vor Detailverhandlungen. Der Vorstandsvorsitzende der Dasa und ich werden morgen versuchen – leider sehr, sehr früh –, einen Rahmen für diese Details abzustecken.

Aber ich glaube, schon heute läßt sich sagen: Was nur wenige für möglich gehalten haben und einige leider auch nicht gewünscht haben, ist eingetreten. Wir haben die reale Chance – und das wird so kommen –, das Werk und die Arbeitsplätze, um die es uns geht, zu retten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Ich füge hinzu: Es war eine der schönen Erfahrungen in den letzten vier Jahren, daß sowohl die Fraktionsvorsitzende der Grünen als auch der Oppositionsführer, Herr Gansäuer, ihren eigenen und ganz spezifischen Anteil an dieser Rettungsaktion haben.

**(Vizepräsidentin Goede übernimmt den Vorsitz.)**

Es war eine der guten und schönen Erfahrungen, daß es Menschen gegeben hat, die gesagt haben: Wir klammern diese Frage aus dem politischen Meinungskampf aus. – Das könnte, wenn man die Kraft dazu aufbrächte, Beispiel für andere sein.

(Beifall bei der SPD.)

Ich sage: Die Landesregierung steht zu ihrem Wort, wenn notwendig auch Eigentümerverantwortung zu übernehmen. Wir haben das nicht leichtfertig versprochen. Wir wußten immer: Der Erhalt des früheren Dasa-Werks muß sich und kann sich be-

triebswirtschaftlich rechnen und damit rechtfertigen.

Im übrigen: Die in aller Stille und auch nicht sonderlich beobachtet – das wollten wir auch nicht – geführten Verhandlungen mit denkbaren Kunden, für die die Wartung durchgeführt werden kann, sind durchaus erfolgreich. Daß sie sich für die Kunden betriebswirtschaftlich rechnen muß und daß darin Probleme liegen, ist eine Selbstverständlichkeit. Aber: Sie sind erfolgreich abgeschlossen worden. Die noch ausstehenden Einzelheiten werden parallel zu den anderen Verhandlungen geklärt werden.

Gelegentlich habe ich gelesen, Industriepolitik konzentrierte sich nur auf Lemwerder. Das wäre ja schon eine ganze Menge. Nur, das ist nicht so. Ich nenne ein anderes Beispiel: Es ist bedrückend, wenn hier mitten in Hannover ein Traditionsunternehmen wie Pelikan in Schwierigkeiten gerät oder gebracht wird. Natürlich beschäftigt das die Landesregierung, den Wirtschaftsminister und auch den Ministerpräsidenten. Natürlich ist es auch so, daß derartige Verhandlungen gelegentlich nicht auf dem offenen Markt ausgetragen werden dürfen. Ich freue mich jedenfalls, daß in zähen, harten, aber offenen Verhandlungen – in die übrigens von Anfang an die Führung der IG Chemie, Papier, Keramik mit ihrem Vorsitzenden, Herrn Rappe, eingeschaltet war – immerhin erreicht werden konnte, daß wir uns jetzt zusammensetzen und überprüfen, welche Konzepte es gibt, und daß Schließungsentscheidungen jedenfalls so lange nicht stattfinden, wie nicht klar ist, daß sie unumgänglich sind. Und ich sage: Sie sind nicht unumgänglich.

(Beifall bei der SPD.)

Wenn nicht alles täuscht, kann auch hier eine Perspektive entwickelt werden, die sich betriebswirtschaftlich rechnet, regionalpolitisch allemal. Und darauf kommt es an, meine ich. Denn große Unternehmen sind global tätig. Wir – das dürfen wir nicht vergessen – sind regional tätig und müssen die regionalen Konsequenzen globaler Entscheidungen im Auge haben. Daß es sich betriebswirtschaftlich rechnet, ist im übrigen in unserer Industriepolitik – das füge ich hinzu – immer die entscheidende Voraussetzung dafür, daß sich das Land engagiert. Niemand muß hier Ängste haben. Subventionsruinen, geschaffen durch das Engagement der Landesregierung, wird es und darf es nicht geben.

Meine Damen und Herren, die jüngsten Konjunkturdaten weisen für Niedersachsen einen erstklassigen Platz aus. Nur eine Zahl: Bei den Insolvenzen, d.h. den Konkursen, belegt die niedersächsische Wirtschaft gegenüber dem westdeutschen Durchschnitt eine günstige Position. In den ersten drei

Monaten dieses Jahres wurde lediglich ein Anstieg um 5,2 % – das ist schmerzlich genug – registriert, während der Zuwachs in Westdeutschland insgesamt bei 30,5 % liegt. Ich führe das auch auf eine Politik zurück, die wir weiterführen wollen, nämlich auf eine Politik, in deren Mittelpunkt die Pflege des Bestehenden an wirtschaftlicher Kraft steht in der Erkenntnis, daß das, was weg ist, nur unter äußersten Mühen neu aufzubauen ist.

Wir haben deshalb im vergangenen Jahr mit Bürgschaften in einer Größenordnung von rund 1 Milliarde DM rund 17 000 Industriearbeitsplätze erhalten. Dies hat nicht nur Folgen für die unmittelbar betroffenen Arbeitsplätze. Nein, es hat auch Folgen für die Beschäftigung in den Dienstleistungsbereichen. An diesem Punkt zeigt sich wieder einmal, was wir immer betont haben und weiter betonen werden: Es ist allemal sinnvoller, Arbeit zu finanzieren, als Arbeitslosigkeit bezahlen zu müssen.

(Beifall bei der SPD.)

Ebenso bleibt die Landesregierung dabei, dort, wo sie Einfluß hat – gelegentlich hat sie ihn –, all das zu unterstützen, womit durch Umverteilung von Arbeitszeit in einer Krisensituation Entlassungen vermieden werden können.

Meine Damen und Herren! Stellen Sie sich vor, die 30 000 Menschen, die bei Volkswagen einen garantierten Arbeitsplatz erhalten haben, würden dem Arbeitsmarkt, wie man so schön sagt, zur Verfügung stehen: eine soziale wie auch ökonomische Katastrophe für unser Land! An diesem Punkt zeigt sich, daß die ordoliberalen Position, Staat und Wirtschaft dürften nichts miteinander zu tun haben, schrecklich falsch ist.

(Beifall bei der SPD.)

Wir werden diese Form der Kooperation, der abgesprochenen Intervention des Staates in die Wirtschaft und mit ihr fortsetzen; ohne Wenn und Aber! Wir werden sie gegen jede an theoretischen Konzepten des Ordoliberalismus orientierte Kritik verteidigen.

Ich nenne, meine Damen und Herren, noch einen weiteren wichtigen Indikator, der ohne eine aktive Industriepolitik der Landesregierung so nicht denkbar wäre: Im Vergleich zu allen anderen – vor allem natürlich zu den alten – Bundesländern hat Niedersachsen nach Berlin – wir liegen also an zweiter Stelle, wie wir übrigens auch immer angekündigt hatten – in der Rezession die geringsten Arbeitsplatzverluste. Wir haben zwar Arbeitsplatzverluste, was ganz, ganz schlecht ist, aber die geringsten. Allein in Baden-Württemberg gingen doppelt so viele Arbeitsplätze verloren wie in Niedersachsen. Das ist natürlich nicht nur ein Erfolg unserer Politik. Alle

Partner im Wirtschaftsgefüge haben hierzu einen Beitrag geleistet. Einige habe ich bereits genannt. Aber, meine Damen und Herren, aus Überzeugung und weil es die Wahrheit ist, sage ich: Auch die Gewerkschaften, vielfach gescholten, haben einen unerhört wichtigen Beitrag zu dieser Stabilisierung der Situation geleistet.

(Beifall bei der SPD.)

Sie haben durch eine flexible, vorausschauende Struktur- und Tarifpolitik entscheidend dazu beigetragen, daß unser Land nicht noch tiefer in die Krise geraten ist.

Ich sagte – und das ist die Wahrheit –: Unsere Wirtschaftspolitik war erfolgreich! Ich bin gespannt auf die Argumente derer, die sie kritisieren wollen. Wir haben den Negativtrend für Niedersachsen gestoppt und – das sollte uns alle ermutigen – in wichtigen Bereichen umgekehrt. Dies gilt auch und gerade für die Umweltpolitik. Ich werde an anderer Stelle noch darauf zurückkommen. Deswegen hier nur ein Hinweis: Der Ökofonds, den wir in den letzten vier Jahren aufgelegt haben, gehört zu den erfolgreichsten neuen Instrumenten der Landesregierung. Der Ökofonds belegt, daß eine aufgeklärte Wirtschaftspolitik nur mit ökologischer Zielrichtung eine Zukunft hat. Ein Beispiel: Wir haben heute in Niedersachsen den weltweit wichtigsten Produzenten von technisch ausgereiften Windparkanlagen. Vor wenigen Jahren war das noch eine Art – so könnte man sagen – Turnschuhfirma mit 20 Mitarbeitern. Mit Hilfe des Ökofonds haben wir die Entwicklung marktfähiger Techniken unterstützt. Heute beschäftigt der Betrieb mehr als 400 Leute. Ein Beispiel von vielen! Natürlich werden wir – bitte verstehen Sie das durchaus als Ankündigung – ein solch erfolgreiches Programm wieder auflegen. In den letzten vier Jahren hatten wir dafür 250 Millionen DM. Die gleiche Summe wird es wieder sein.

Vor vier Jahren, meine Damen und Herren, hatten wir ebenfalls festzustellen, daß das Erziehungs- und Bildungssystem in außerordentlichen Schwierigkeiten war. Mit ihrem Einstellungsstopp für Lehrer – gelegentlich wird versucht, das vergessen zu machen –, mit Stellenstreichungen hatte die alte Landesregierung schlechte Vorsorge für die sich schon damals abzeichnende Steigerung der Schülerzahlen getroffen.

(Widerspruch bei der CDU.)

– Ich verstehe, daß Sie das nicht gern hören, aber das ist die blanke Wahrheit!

(Beifall bei der SPD.)

Mit dem beispiellosen Fehlbedarf an Kindergartenplätzen und dem Raubbau an unseren Hochschulen

Schröder

hatte die alte Landesregierung, die Landesregierung, die vor uns war, auf einem zentralen Zukunftsfeld landespolitischer Verantwortung gleichsam den Offenbarungseid geleistet.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN.)

Niedersachsen – das darf niemand vergessen! – war das einzige alte Bundesland ohne Lernmittelfreiheit.

(Frau Pawelski [CDU]: Dahin kommen wir wieder!)

Auch diesen Trend mußten wir umkehren.

Meine Damen und Herren, so sehr Sie sich auch aufregen: Wir haben das alles umgekehrt! Wir haben in den letzten vier Jahren 6400 Lehrerinnen und Lehrer neu eingestellt.

(Beifall bei der SPD.)

Wir haben das Kindertagesstätten-Sofortprogramm aufgelegt und 40 000 Plätze gefördert.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN.)

Wir haben die Lernmittelfreiheit eingeführt und ein Fachhochschulprogramm beschlossen, das sich sehen lassen kann.

(Zuruf von der CDU: Kein Beifall!)

Das gleiche gilt für die Politik, die Sie am Anfang so sehr in das Fadenkreuz Ihrer Bemühungen zu nehmen versucht haben. Ich meine die Wohnungspolitik. Bei Durchsicht der mittelfristigen Finanzplanung der Vorgängerregierung mußten wir feststellen, daß für einen weiteren Schwerpunkt der Zukunftsplanung, den Wohnungsbau, nicht eine einzige müde Mark vorgesehen war. Das muß jeder wissen, weil so etwas ja langfristig angelegt ist.

(Beifall bei der SPD.)

Dies, meine Damen und Herren, obwohl absehbar war, daß der Wohnungsmarkt zusammenbrechen würde und bezahlbare Wohnungen für einkommensschwache Schichten längst nicht mehr zu haben waren. Auch hier galt es, einen Trend zu stoppen und umzukehren. Wir haben das geleistet! Insgesamt wurden mehr als 60 000 Wohnungen gefördert,

(Lachen bei der CDU)

und hier vor allem Wohnungen mit bezahlbaren Mieten.

(Beifall bei der SPD.)

Die neuesten Daten weisen das aus. Wenn Sie mir das nicht glauben, dann lassen Sie sich die Daten doch von dem Präsidenten des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes sagen, der einmal

Ihr Schatzmeister war, als es Ihnen finanziell noch besser ging.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD.)

Die Zahlen, die er genannt hat, möchte ich gern wiederholen. Im ersten Quartal 1994 stieg der baugewerbliche Umsatz in Niedersachsen um 15,9% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. In ganz Westdeutschland waren es nur 6%. Den kräftigsten Anstieg verbucht dabei der Wohnungsbau. Hier steht Niedersachsen mit 31,4% Zuwachs gegenüber 21% in den anderen – alten – Bundesländern wahrlich vorn. Die Zahl der Baugenehmigungen stieg im gleichen Zeitraum um 39,6%; in Westdeutschland insgesamt nur um 20,6%. Auch dies, meine Damen und Herren, belegt, daß unsere Politik, anders, als Sie den Menschen glauben machen wollen, wirklich erfolgreich war. Mein Eindruck ist im übrigen – das muß ich sehr deutlich sagen –: Irgend jemand muß das am 13. März gewußt haben, sonst hätte er sich anders entschieden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Von dem, worum es geht, erwähne ich noch einen weiteren Bereich, der mir besonders am Herzen liegt. Das ist das Gleichberechtigungsgesetz. Ich weiß, daß die Opposition

(Frau Pawelski [CDU]: Das zuerst eingebracht hat!)

bis zum Schluß geglaubt hat, daß wir diesen wichtigen Reformbereich nicht wirklich durchsetzen könnten.

(Frau Pawelski [CDU]: Hätten wir es nicht eingebracht, hätten Sie das auch nicht gemacht!)

Wir werden jetzt dafür Sorge tragen, daß dieses Gesetz Wirklichkeit wird.

Verehrte Frau Pawelski, weil Sie einen Zwischenruf gemacht haben, will ich Ihnen etwas sagen: Es wäre doch ganz schön, wenn Sie in Ihren Bereichen, nämlich in der Kommunalpolitik, und wir, soweit wir Einfluß haben – viele andere haben in der Kommunalpolitik keinen Einfluß –,

(Zuruf von der CDU: Sie auch nicht!)

dafür sorgen würden, daß diese verzögernde Klage-rei gegen ein für die Frauen wichtiges Gesetz aufhört. Das wäre doch gut.

(Beifall bei der SPD.)

Wenn wir das zusammen hinkriegen, dann komme ich auch nicht in die Verlegenheit, Ihnen gelegentlich aufzulisten, welche politischen Mehrheiten mit welchen Klagen gegen dieses so enorm wichtige Gesetz für die Frauen in Niedersachsen Front gemacht haben. Wenn wir es nicht zusammen hinkom-

men, dann muß ich es leider tun, aber nicht im Rahmen meiner Regierungserklärung.

Wir werden jetzt dafür Sorge tragen, daß dieses Gesetz Wirklichkeit wird. Wir schaffen damit die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen im öffentlichen Dienst und erhoffen uns dadurch auch eine Vorbildfunktion für die Wirtschaft. Und wir wollen diese Vorbildfunktion. Wir haben keinen Zweifel daran, daß das Gesetz mit der Niedersächsischen Verfassung und dem Grundgesetz vereinbar ist. Das Bundesverfassungsgericht hat in mehreren Entscheidungen deutlich gemacht, daß das materielle Verständnis von Gleichberechtigung einer formalen Gleichberechtigung der Geschlechter vorzuziehen sei. Der Gesetzgeber ist also berechtigt, faktische Nachteile für Frauen in den Lebenswirklichkeiten – da gibt es sie ja noch – auszugleichen. Ich finde: Er ist dazu nicht nur berechtigt, sondern er ist sogar dazu aufgerufen. Wo immer Frauen unterrepräsentiert sind, sollen sie bei gleicher Eignung – so will es unser Gesetz – bevorzugt werden. Von einer Klage gegen dieses Gesetz kann ich deshalb nur abraten; politisch und auch juristisch.

Alles in allem: Was wäre geschehen, wenn wir zur Beseitigung der immensen Defizite bei Bildung, Ausbildung, im Umweltschutz und beim Wohnungsbau in der vergangenen Legislaturperiode nicht massiv in die – auch finanziell unterlegte – Offensive gegangen wären? Das muß ich dann gelegentlich auch Kritikern sagen, die jetzt meinen, sie könnten sich von der Politik der letzten vier Jahre in einem schlanken Atemzug davonschleichen.

(Beifall bei der SPD.)

Verehrter, lieber Herr Roske, so einfach, wie Sie das machen, wird das nicht zu haben sein.

Alles in allem: Welch ein sozialer Zündstoff hätte sich angesammelt, wenn wir nicht gehandelt hätten? Ich würde mir wünschen, daß Sie auch stolz darauf sind, daß wir gehandelt haben. Es war doch alles in allem eine Investition in die Zukunft des Landes und damit der Menschen und insbesondere der Kinder.

Ich habe nicht die Absicht, meine Regierungserklärung auf die Fehleinschätzungen vor 1989 zu beschränken. Nur soviel: Es war – wenn ich mich recht erinnere – Herr Waigel, der von der festen Überzeugung ausging, daß die Vereinigung der beiden deutschen Staaten gleichsam aus der Portokasse zu finanzieren sei.

(Wulff [Osnabrück] [CDU]: Sie erinnern sich falsch!)

– Ich war dabei, als diese Verhandlungen geführt worden sind, und ich war dabei, als es um schmale 40 Milliarden DM ging und Herr Waigel den Mi-

nisterpräsidenten erklärte, das sei es nun gewesen. Das hat er wirklich gemacht. Ich werfe ihm das ja gar nicht vor.

(Wulff [Osnabrück] [CDU]: 1989 waren Sie doch gar nicht dabei! – Weitere Zurufe von der CDU.)

– Sehen Sie, das haben Sie schon gemerkt. – Es war der Bundeskanzler, der Waigel mit dem Hinweis assistierte, Steuererhöhungen seien nicht notwendig, um die Kosten der Einheit zu finanzieren. Das mit den „blühenden Landschaften“ lasse ich mal beiseite; ich war gerade da. Es wird sie geben, irgendwann, auf jeden Fall aber später, als die Einbildungskraft derjenigen hergibt, die es damals versprochen haben. Es wird diese blühenden Landschaften geben, und es muß sie geben, nicht aus der Portokasse, aber mit 150 Milliarden DM jährlichen Transferzahlungen von West nach Ost. Ich erwähne diese Zahl, weil die Auswirkungen auf die Finanzkraft des Bundes einerseits und aller Länder andererseits das entscheidende politische Problem sind, vor dem wir stehen.

(Beifall bei der SPD.)

Wer nicht begreift, daß die begreiflicherweise gemachten Fehleinschätzungen – wer hat damals denn Daten gehabt? – uns heute neu beschäftigen müssen, der macht Politik an den Realitäten vorbei.

Wir haben zur Kenntnis zu nehmen, daß ein früher sicher geglaubter Regelmechanismus nicht mehr funktioniert. Wir beobachten, daß die Arbeitslosigkeit weiter ansteigt, und zwar unabhängig von konjunkturellen Zyklen. Alle Prognosen gehen davon aus, daß ungeachtet der günstigen ökonomischen Daten bis 1996 weitere 500 000 Menschen in Deutschland arbeitslos werden – die Arbeitsplätze also weg sind –, und zwar selbst dann, wenn sich die Konjunktur verbessert. Die Folgen sind dramatisch und betreffen sowohl unsere als auch Ihre Politik. Die erste direkte Folge der Rezession ist, daß die Steuereinnahmen immer spärlicher fließen. Das spüren die öffentlichen Haushalte. Für die Landesfinanzen hat die ökonomische Krise in vielerlei Weise direkte Auswirkungen.

(Möllring [CDU]: Warum tun Sie dann nichts?)

– Sie haben doch kritisiert, was der Finanzminister getan hat, wenn ich Sie richtig verstanden habe.

Allein aufgrund der letzten Steuerschätzung vom 20. Mai dieses Jahres werden wir die Einnahmenschätzungen für die vor uns liegende Legislaturperiode um rund 700 Millionen DM jährlich nach unten korrigieren müssen. Wir verlieren vor allen Dingen – das hätte uns früher ja gefreut – Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich – die gar nichts mit der

Schröder

Wirtschaftskraft des Landes zu tun haben –, weil sich in Süddeutschland der Konjunkturreinbruch am heftigsten vollzieht. Was hier oben ökonomisch gut ist und dort unten schlecht, schadet uns. Diesen Zusammenhang nicht zu begreifen, wäre fahrlässig. Daß Niedersachsen an diesem Einbruch vom eigenen Aufkommen her bislang wenig Anteil hat, ist deshalb – wenn man die Summe betrachtet – kein Trost. Das hilft uns nämlich nicht.

Ein weiteres großes Problem hat sich vom Konjunkturverlauf gelöst und verselbständigt: Das ist die steigende Staatsverschuldung. Zwar hat nie bei einem Konjunkturaufschwung eine Tilgung der im Konjunkturtief aufgenommenen Schulden stattgefunden – das wäre reine Illusion –, aber heute stehen wir vor einer durchaus neuen Situation: Die Verschuldung der öffentlichen Hände hat – auch der Lasten der Einheit wegen – eine Rekordhöhe erreicht. Das hat fatale Folgen: Immer mehr Geld muß für Zinszahlungen ausgegeben werden. Das bewirkt ungeheure Umverteilungen zugunsten der Kapitalgeber. Die Zukunftsbelastungen für die öffentlichen Haushalte nehmen alarmierende Formen an. Die meisten, die in diesem Hohen Hause sind, sind Kommunalpolitiker und wissen das aus eigener Erfahrung.

Zu den ökonomischen Problemen gehört auch, daß von „blühenden Landschaften“ im Osten noch nichts zu sehen ist. Die neuen Bundesländer – –

(Zuruf von der CDU: Dann fahren Sie mal rüber!)

– Ich bin da häufiger, als Ihnen und Ihren Leuten dort lieb ist. – Die neuen Bundesländer – nehmen Sie mir wenigstens das ab; oder wollen Sie das etwa auch bestreiten? – werden noch jahrzehntelang auf Transferzahlungen aus dem Westen angewiesen sein.

In diesem Jahr enden die Zahlungen aus dem Fonds „Deutsche Einheit“. – Mir liegt daran, die Dimension klarzumachen, weil das die Dimension unserer Probleme bestimmt, meine Damen und Herren. – Ab 1995 sind die neuen Bundesländer vollständig in den Finanzausgleich einbezogen. Bitte verstehen Sie alle, was das bedeutet. Für Niedersachsen heißt das: Unsere Leistungen werden, nachdem sie im laufenden Jahre schon die stattliche Summe von 2,5 Milliarden DM erreicht haben, nochmals um 1,7 Milliarden DM auf dann über 4 Milliarden DM jährlich ansteigen. Ich sage es noch einmal, meine Damen und Herren: Wir haben, um die deutsche Einheit zu finanzieren – was wir wollen und worüber wir uns nicht beklagen, was aber in die Köpfe hinein muß – über 4 Milliarden DM jährlich weniger für Ausgaben zur Verfügung, als wir zur Verfügung hätten – so wenig wünschenswert das wäre –,

wenn die Situation eine andere wäre. Diese mehr als 4 Milliarden DM fehlen uns für die Landespolitik. Das begrenzt die politischen Möglichkeiten in einer entscheidenden, gelegentlich dramatischen Weise.

Auch ein Blick auf die Ausgaben unseres Landeshaushalts verdeutlicht eine andere gefährliche Entwicklung für die Staatsfinanzen. Ein Beispiel – auch das kennen Sie doch alles von zu Hause; hier leugnen Sie es, warum denn nur? –: Mußte der Sozialminister im Jahr 1990 noch 1,6 Milliarden DM Sozialhilfemittel bereitstellen, werden es in diesem Jahr bereits 2,5 Milliarden DM sein. Meine Damen und Herren, das ist eine Steigerung um 56 %. Die hat auch etwas mit unterlassener Industriepolitik in Deutschland zu tun.

(Beifall bei der SPD.)

Wir haben ein dreifaches Problem: die Einnahmen sinken, während gleichzeitig die Ausgaben, vor allen Dingen in den sozialen Bereichen, explosionsartig ansteigen – und das vor dem Hintergrund sprunghaft steigender Leistungen zur Finanzierung der deutschen Einheit. Das ist die ungeschminkte Wahrheit über das Finanzsystem im Jahr 1994 und den folgenden Jahren.

Bereits in der letzten von uns vorgelegten Mittelfristigen Planung haben wir für Niedersachsen deutlich auf den dringenden Handlungsbedarf hingewiesen. Wir haben eine ehrliche Bilanz vorgelegt. Wer sie nicht nur aufmerksam gelesen, sondern in ihrer Dimension auch verstanden hat, weiß: Jede Politik, die Geld aus unserem Landeshaushalt kostet, steht – das sage ich insbesondere der Mehrheitsfraktion, meiner Fraktion also – in den nächsten vier Jahren unter einem gnadenlosen Finanzierungsvorbehalt. Wer das nicht begreift und begreifen will, macht Politik an den Realitäten vorbei. Mit mir wird das nicht zu machen sein; ich sage das sehr deutlich.

(Möllring [CDU]: Das ist aber keine neue Erkenntnis! – Wulff [Osnabrück] [CDU]: Das hätten Sie mal die letzten vier Jahre so machen müssen!)

Was ist angesichts dessen zu tun, meine Damen und Herren? Die Belastungen der arbeitenden Bevölkerung sind bereits hoch genug. Dies beschränkt die Einnahmemöglichkeiten aus Steuern und Abgaben. Auch Kreditfinanzierungsmöglichkeiten sind bekanntlich Grenzen gesetzt.

(Zuruf von der CDU: Wo denn?)

In der letzten Legislaturperiode haben wir konsequent den Anteil neuer Schulden am Haushalt gesenkt. – Sie haben das nicht verstanden.

(Beifall bei der SPD.)

Das ist auch erklärlich, weil Sie einer rationalen Debatte ja nicht zugänglich sind.

(Zuruf von der CDU: Dann erklären Sie uns das doch einmal!)

– Ich will Ihnen das gerne erklären. 1987, unter meinem Vorgänger, betrug die Kreditfinanzierungsquote des Haushalts 11,9 %; in diesem Jahr sind es 6,1 %.

(Sehrt [CDU]: Ein Jahr herausgenommen!)

Dies, meine Damen und Herren, läßt sich errechnen, und, bei aller Liebe, das kann man nicht verdrängen, weil es die Wahrheit ist.

(Beifall bei der SPD. – Möllring [CDU]: Warten wir einmal die Haushaltsrechnung ab!)

Ich kündige an, daß wir diese Politik einer begrenzten Schuldenaufnahme verstetigen wollen.

(Beifall von Aller [SPD].)

Das heißt auf der anderen Seite: Wir müssen unsere Ausgaben kürzen. Dafür müssen und werden wir jeden Posten auf den Prüfstand stellen. Übrigens habe ich in den Zeitungen gelesen, daß der frühere Koalitionspartner das gelegentlich als die Aufkündigung von Reformpolitik diffamiert. Das ist nicht zulässig, und zwar deshalb nicht, weil es jetzt darum geht, unter den angekündigten und beschriebenen Bedingungen Reformpolitik zu machen. Wenn die Worte, die ich da gelesen habe, als „einfach weiter so“ verstanden werden sollten, muß man „stopp“ sagen, weil das nicht geht; denn die Bedingungen haben sich geändert. Wer meint, er könnte sich Oppositionspolitik so einfach machen, daß er sagt, das interessiert mich nicht, wir tun einfach einmal so, als ob es die etwa 4 Milliarden DM für die deutsche Einheit nicht gebe und lasten das den Sozialdemokraten an, der irrt deutlich. Das werden und können wir nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der SPD.)

Die Einsicht, daß sich die Bedingungen verändert haben, hat eine simple Konsequenz. Die etwa 4 Milliarden DM, die wir als niedersächsischen Beitrag von 1995 an für die neuen Länder aufbringen, können wir nicht in Niedersachsen ausgeben. So einfach ist das. Wir müssen zunächst einmal helfen, daß dort die Infrastruktur und die öffentlichen Leistungen ein einigermaßen vergleichbares Niveau erreichen, wie es bei uns selbstverständlich ist.

Es geht also darum, jetzt Bereiche zu finden, in denen wir mit dem erreichten Stand gut leben können, ohne Wirtschaftskraft preiszugeben. Ich nenne hier nur einige Beispiele, wo es für die Interessengruppen zwar jeweils schmerzlich, aber nötig ist.

Erstens die Dorferneuerung. Natürlich könnte jedes niedersächsische Dorf noch schöner werden. Aber schauen Sie sich, weil Sie da ja immer sind, einmal die Dörfer in den fünf neuen Bundesländern an. Wir werden zu akzeptieren haben, daß das, was dort ausgegeben werden muß, um Substanz zu retten, hier nicht zur Verfügung steht.

Zweitens die Stadtsanierung. Auch wenn Abgeordnete – aus welcher Partei auch immer – bei mir auf der Matte stehen und sagen, bei ihnen ist kein Sparen möglich, wird dort gespart werden müssen, meine Damen und Herren. Auch in diesem Bereich steht das, was dort ausgegeben werden muß, um Substanz zu retten, nicht zur Verfügung.

(Zuruf.)

– Natürlich gilt das auch für Ostfriesland, selbstverständlich. Dort leben die solidarischsten Menschen überhaupt. Die begreifen das als allererste.

In den Bereichen werden wir gucken müssen. Wer glaubt, das, was vom Bund nicht mehr zur Verfügung gestellt wird, könnte das Land mal eben aus der linken Westentasche finanzieren, der irrt gründlich.

Drittens der Straßenbau. Wir müssen uns fragen, ob jeder aufwendige Kreuzungsneubau, auch wenn wir ihn gerne hätten, ob jede Straßenverbreiterung wirklich notwendig ist.

(Trittin [GRÜNE]: Pferdeturm!)

– Dazu sage ich gern etwas. Das ist sowas von dringend notwendig, das könnt ihr euch gar nicht vorstellen.

(Beifall bei der SPD.)

Ich fahre da immer lang und bedauere wirklich die Eilenriede, weil die, die da im Stau stehen, viel mehr an ökologisch Wertvollem kaputtmachen, als Sie glauben, Herr Jordan.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU.)

Ich bin für Hingucken im einzelnen. Das werden wir dann miteinander machen. Ich freue mich schon darauf, daß wir diese Fragen hier miteinander austragen, mit Freude, mit Sachkenntnis, aber gelegentlich auch mit einem Schuß Polemik.

Der Katalog, meine Damen und Herren, erreicht natürlich auch die Sozialleistungen. Es ist keine Frage – das ist schmerzlich, für meine Partei insbesondere –, daß wir einige Sozialtransfers daraufhin zu durchleuchten haben, ob sie ganz oder teilweise z.B. durch Leistungen der neuen Pflegeversicherung ersetzt werden können. Wer glaubte, daß wir dies nicht auf den Prüfstand stellen würden, weil es hier um Menschen geht, die uns wirklich am Herzen liegen, der irrt. Auch in diesem Bereich muß Ef-

Schröder

fektivierung des Mitteleinsatzes das Gebot der Stunde sein.

Ich sage es noch einmal: Der Katalog ist längst nicht vollständig, wir werden alle Ausgaben überprüfen müssen, und wir werden das auch tun.

Wir werden das tun, weil wir uns in der Mehrheitsfraktion aufeinander verlassen können. Bedenken Sie bitte aber auch, warum wir so handeln müssen. Ich glaube, es ist ein Akt der Solidarität und der richtig verstandenen Einheit, wenn wir es so machen.

Ich glaube, daß hiermit die finanzpolitische Situation – für manche schmerzlich, für andere überraschend – deutlich gemacht worden ist. Damit ist auch die Größe der von uns liegenden Aufgaben definiert. Das bedeutet aber nicht Stillstand von Politik. Ganz im Gegenteil. Trotz der finanzpolitischen Enge ist die Ausgangsbasis für die nächsten vier Jahre ungleich besser als zu Beginn meiner Amtszeit als Ministerpräsident vor vier Jahren; denn wir haben in die Zukunft investiert und ein hohes Niveau erreicht, so daß wir heute daran gehen können, das Erreichte weitestgehend zu sichern. Die alte Parole „höher, schneller, weiter“ ist nun wirklich vorbei. Nicht nur die Politik und die demokratischen Parteien müssen einen Bewußtseinswandel durchmachen, sondern auch – das wird für uns alle entscheidend sein – die Interessengruppen werden dies tun müssen. Auch die werden ihre Forderungen überdenken müssen. Ich sage Ihnen: Ich bin es leid, von jeder Interessengruppe abstrakt zu hören, daß man sparen müsse. Wenn es dann aber an die eigene Interessenlage geht, sieht es plötzlich ganz anders aus.

(Möllring [CDU]: Ist das zitierfähig?)

– Das ist absolut zitierfähig. Das ist auch praxisfähig! Das werden Sie erleben, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD.)

Es wird mir auch Freude bereiten, dies deutlich zu machen.

Deshalb werden wir Prioritäten setzen. Das wird vor allem – ich sage es noch einmal – für die Mehrheitsfraktion – denn die wird die Politik bestimmen – eine harte politische Prüfung sein; denn – meine Damen und Herren, liebe Freunde, Ihr müßt Euch darauf einstellen – der Interessendruck der genannten Interessengruppen wird sich weniger auf die Opposition als vielmehr auf die 81 Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion konzentrieren in der Hoffnung: Wenn wir einmal einen haben, dann muß der Schröder.

(Zurufe von der SPD: 83!)

Man soll sich da aber nichts vormachen. Das wird kein Gehör finden. Ganz im Gegenteil. Wir werden es miteinander schaffen, weil wir es schaffen müssen. Nur wenn wir es schaffen, wird es gelingen, den bestehenden Verteilungskampf, der auch ein Kampf zwischen den Interessengruppen ist, auf eine rationale, auf eine vernünftige Grundlage zu stellen, auf eine Grundlage, die wirklich am Gemeinwohl orientiert ist. Die zentralen Anforderungen und Bedürfnisse der Menschen an die Politik kreisen heute um wenige existentielle Fragestellungen:

Erstens. Wie sichern wir Einkommen und Auskommen im ersten Arbeitsmarkt für alle, die arbeitsfähig und arbeitswillig sind?

(Beifall bei der SPD.)

Zweitens. Wie gestalten wir Bildung und Ausbildung so, daß die Menschen in einem sich rasant vollziehenden Strukturwandel mit ständig steigenden Anforderungen an Qualifikation und Information bestehen können?

Drittens. Wie sichern und erweitern wir die Teilhabe der Menschen an den kulturellen Möglichkeiten, die Gesellschaft und Staat anbieten?

Viertens. Gelingt es uns, den Produktivitätsfortschritt und die Entwicklung neuer Techniken so zu organisieren, daß wir unseren Planeten, der allein Lebensgrundlage der Menschen ist, nicht total zerstören?

Wie können die Lebensrisiken der Menschen so abgesichert werden, daß die Gesellschaft finanziell nicht überfordert wird und dennoch eine an der Würde der Menschen orientierte soziale Sicherheit gewährleistet ist?

Das sind die Fragestellungen, vor denen wir stehen. Auf diese Fragen müssen wir Antworten geben.

Waren die Bedingungen der deutschen Einheit vor allem in ihren ökonomisch-sozialen und ihren ökologischen Auswirkungen schon nicht hinreichend erkannt worden, so galt dies nicht minder für die internationale Entwicklung und erst recht nicht für die Erkenntnis, daß die alte Bundesrepublik insgesamt auf die neuen Herausforderungen nicht hinreichend vorbereitet war. Das muß sich ändern, meine Damen und Herren. Etwas ändern muß sich auch daran, daß wir nicht kapiert haben, daß die Arbeitsplatzsituation bei uns enorm verschärft worden ist aufgrund der Tatsache, daß wir nicht mehr nur in Fernost, sondern jetzt auch vor unseren Toren arbeitswillige und arbeitsfähige Menschen haben, die zu Preisen produzieren und produzieren können, von denen man hier einfach nur träumen kann. Ich glaube, daß diese Fragen – wie schaffen wir es, Auskommen und Einkommen durch Arbeit

zu sichern? – unter diesen neuen globalen Voraussetzungen nach wie vor eine zentrale Aufgabe der Politik, insbesondere der Wirtschaftspolitik sind.

Was können wir mit den Möglichkeiten der Landespolitik tun? – Sie werden nicht überrascht sein, wenn ich sage, daß die globalen Rahmendaten nicht nur in einem Land gesetzt werden. Wir werden aber mit den Möglichkeiten der Landespolitik auf diese Herausforderungen reagieren.

Wichtigste Neuerung im Arsenal wirtschafts- und industriepolitischer Instrumente war in der zurückliegenden Legislaturperiode die Einführung einer an der Ökologie orientierten Wirtschaftsförderung. Ich habe über den Ökofonds schon geredet. Er ist hier schon vielfach kritisiert worden. Gleichwohl: Er hat sich bewährt. Er hat mit dazu beigetragen, daß in Niedersachsen die Wachstumsbranchen Umweltwirtschaft und Umwelttechnik im Bundesländer-Vergleich sehr, sehr gut dastehen.

So hat sich die Zahl der umweltwirtschaftlichen Unternehmen in Niedersachsen in den letzten drei Jahren nach Angaben des Niedersächsischen Instituts für Wirtschaft von 1 400 auf mehr als 2 200 Betriebe, also um genau 50%, erhöht. Damit sind in Niedersachsen rund 45 000 Menschen in diesem Bereich beschäftigt. Hierin liegt der Grund dafür, daß wir den Ökofonds in gleicher Höhe weiterführen wollen und werden.

(Beifall bei der SPD.)

Zukunftsbezogene Wirtschaftspolitik muß heute die Grundlagen für Arbeitsplätze von morgen schaffen. Diese Arbeitsplätze werden nicht mehr die gleichen sein, die wir heute kennen. Anders ausgedrückt: Die Anforderungen an Qualifikation, Know-how und an Flexibilität werden im Zuge der internationalen Arbeitsteilung deutlich steigen. Deswegen sind unsere wichtigsten Lebensgrundlagen im ökonomischen Bereich nach wie vor Wissen und Können. Sie werden in Zukunft noch bedeutsamer werden. Unsere Technologiepolitik werden wir deswegen im Gegensatz zur Bundesregierung, die die Forschungsförderung ja kürzt, deutlich verstärken.

Für dieses Ziel wird die Landesregierung in dieser Legislaturperiode 400 Millionen DM einsetzen. Im engen Dialog mit der Wirtschaft werden wir die besonders zukunftssträchtigen Handlungsfelder Mikroelektronik, die Produktionstechnologie, die Verkehrs- und Automobiltechnik, Umwelt- und Biotechnologie sowie die weiter expandierenden Kommunikationstechniken fördern. Auch die Modernisierung des Handwerks wird darin einbezogen sein.

Wissenschaft und Technologieentwicklung haben ihren Ruf als Garanten des Fortschritts verloren,

meine Damen und Herren. Darüber hinwegzusehen wäre ganz falsch. Die öffentliche Debatte verknüpft Wissenschaft mit der Tatsache, daß sie mitunter mehr Probleme schafft, als sie zu lösen in der Lage ist. Nicht der Nutzen, sondern die Risiken von neuen Techniken beschäftigen die Leute. Die gesellschaftliche Kontroverse um die Kernenergie ist nur ein Beispiel. Sie ist fast nahtlos übergegangen in die Auseinandersetzung über die Gentechnik. Ich behaupte, meine Damen und Herren – es ist wichtig, daß wir alle dies miteinander begreifen –, daß sich diejenigen auf dem Holzwege befinden, die denken, sie könnten z. B. die Gentechnikentwicklung nach der alten Überzeugung weiterbetreiben, daß der Nutzen die Risiken schon überwiegen werde. Diese Form von Fortschrittskonsens gibt es nicht mehr. Sie ist endgültig aufgezehrt. Gentechnik hat das Potential, gesellschaftliche Bezüge bis in die intimste Privatsphäre zu beeinflussen: beim Essen, bei Krankheiten, bei der Zeugung. Gentechnik geht unter die Haut, und dies im Wortsinn, meine Damen und Herren. Darin liegt ihr hoher Bedarf an gesellschaftspolitischen Wertentscheidungen. Um sie treffen zu können, darf sich der öffentliche Dialog über diese Fragen nicht in Horrorszenarien auf der einen Seite, aber auch nicht in Verharmlosungen auf der anderen Seite erschöpfen.

(Beifall bei der SPD.)

Damit Chancen und Risiken abschätzbar und demokratische Kontrolle möglich bleiben, benötigt die Öffentlichkeit verlässliche und zugleich verständliche Informationen. Hier tragen die Wissenschaft und die Medien eine gleichermaßen hohe Verantwortung, die Politik aber auch.

Mein Vorschlag ist daher – das ist besprochen mit denen, die auf diesem Sektor tätig sind –, den Streit um die Gentechnik aus den engen Expertenzirkeln herauszuholen. Wir werden deshalb in dieser Legislaturperiode Foren bereitstellen – als Landesregierung in Zusammenarbeit mit denen, die auf diesem Sektor forschen –, auf denen die Kontroverse zwischen den Machern und den Mahnern ausgetragen werden kann. Und wir werden dafür sorgen, daß alle gesellschaftlichen Gruppen, die sich hier einmischen wollen, sich daran auch beteiligen können. Wir werden dafür sorgen, daß diese Debatte ergebnisoffen geführt wird, weil sie ergebnisoffen geführt werden muß. Es wird, meine Damen und Herren, wieder einmal kein einfacher Weg sein. Er wird denen nicht reichen, die prinzipiell der Meinung sind, alles in diesem Bereich sei von Übel, und erst recht nicht denen, die meinen, alles sei nur schön, weil es neu ist. Es ist aber ein notwendiger Weg, zu dem es nach meiner Überzeugung keine Alternative gibt.

Ein weiteres Beispiel für die Bereiche, die die Politik der Landesregierung in den nächsten Jahren begleit-

Schröder

ten wird, ist die Energiepolitik. Für eine lebenswerte Zukunft hat die Energiepolitik ein besonderes Gewicht.

(Zuruf von der CDU: Das sind Aussagen!)

Leider läßt die Bundesregierung seit Jahren eine schlüssige und – ich weiß wirklich, worüber da zu reden ist – zukunftsbezogene Konzeption vermissen; es gibt sie nicht. Es haben ja gelegentlich Leute versucht, ihr eine solche aufzudrängen; das ist aber leider aus Schwäche auf der anderen Seite nicht gelungen. Wenn die Bundesregierung weiterhin dem Energiesparen und regenerativen Energien so gut wie keine langfristige Bedeutung zuerkennt, Kernenergie und die deutsche Steinkohle hingegen für die bedeutsamsten Zukunftsenergien hält, dann ist das ebenso falsch wie gefährlich.

(Beifall bei der SPD.)

Falsch ist es, weil für eine solche Zukunft die industriellen Partner fehlen. Ich darf daran erinnern: Die Energieversorger selbst waren es, die den Illusionen einer Ausbauoption Kernenergie eine Absage erteilten und damit dem ideologischen Hätschelkind „Zukunft Atom“ im wahrsten Sinne des Wortes die Rote Karte zeigten.

(Oestmann [CDU]: Warum denn wohl?)

– Ja, die sind vernünftiger als Sie; das ist doch klar! Das ist der Grund.

(Beifall bei der SPD.)

Die Energieversorger selbst waren es, die aufzeigten, daß eine einfache Fortschreibung der bisherigen Kohlepolitik in die Zukunft auf ökonomische Grenzen stößt, übrigens zum Nachteil des Standortes Deutschland. Außerdem: Wer weiterhin auf deutsche Steinkohle und Kernenergie – und nur auf diese beiden – setzt, handelt ebenfalls nicht gerade zum Vorteil Niedersachsens. Diese Politik bedeutet, daß Niedersachsen sämtlichen Atommüll aufnehmen soll, und sie bedeutet ferner, daß die niedersächsischen Stromverbraucher Jahr für Jahr 800 Millionen DM netto an die Kohleländer zur Verstromung deutscher Steinkohle zahlen. Diese Politik bedeutet, daß niedersächsische Stromverbraucher die Kosten für die Zukunftsenergien und deren Entwicklung alleine zahlen müssen. Das ist verkehrt, meine Damen und Herren!

Ich will hier nicht mißverstanden werden. Ich erteile der deutschen Steinkohle keine generelle Absage. Es wäre fahrlässig, das zu tun. Aber Niedersachsen muß abwägen zwischen dem Solidaritätsbeitrag zum Strukturwandel in den Kohleländern – für den wir sind – und den energiepolitischen Vorteilen hier in unserem Land.

Die langfristige Sicherung der Energieversorgung kann nur im Konsens mit der Gesellschaft betrieben werden, nicht gegen sie. Darum will und wird die Landesregierung im Einvernehmen mit den großen Energieversorgern dieses Landes zu einer Verständigung zwischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen kommen. Das Thema Energiekonsens steht also weiter auf der Tagesordnung, und zwar notwendigerweise, denn die Investitionsentscheidungen, die hier getroffen werden müssen, sind so langfristiger Natur, daß es fahrlässig wäre, die Konsensangebote, die gemacht worden sind, zurückzuweisen. Das gilt ausdrücklich auch dann, wenn es die eigene Partei und die eigenen Gruppen betrifft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Andererseits ist klar: Bei Sicherheitsfragen läßt sich diese Landesregierung nichts abhandeln. Der Name Gorleben gehört nach meiner nach wie vor bestehenden Auffassung schon jetzt auf die Liste der in den Sand gesetzten Milliarden-Investitionen.

(Beifall bei der SPD.)

Und ich will auch eine Prognose wagen: Wenn die Fragen der Langzeitsicherheit bei Konrad nicht geklärt werden, dann kommt dieser Schacht zu den Fehlinvestitionen noch hinzu. Bisher sind diese Fragen nicht geklärt; das muß jedem und jeder in diesem Hause klar sein.

Weiter ist klar: Auch für diese Landesregierung ist der Ausstieg aus der Kernenergie ein nicht verhandelbares Ziel. Dieses Ausstiegsziel werde ich auch persönlich weiter verfolgen. Wir wollen, daß die Kernkraftwerke zum frühestmöglichen Zeitpunkt stillgelegt werden,

(Schwarzenholz [GRÜNE]: 2050?)

und wir erwarten, daß die niedersächsischen Stromversorger ihre Investitionspolitik entsprechend den politischen Vorgaben der Landesregierung einrichten. Uns geht es um den Aufbau einer neuen Energieerzeugungsstruktur. Wir wollen mehr Kraft-Wärme-Kopplung, einen Ausbau von Nah- und Fernwärme, einen Ausbau der regenerativen Energien, insbesondere der Wind- und der Sonnenenergie. Hier liegt die Zukunft der Energieversorgung, technisch, aber auch politisch und gesellschaftspolitisch. Allen, die an einer solchen zukunftsorientierten Energieversorgung mitwirken wollen, biete ich Zusammenarbeit an, namentlich der niedersächsischen Energiewirtschaft. Alle diejenigen, die das nicht wollen, werden mit der entschiedenen Gegnerschaft der Landesregierung rechnen müssen.

(Fischer [CDU]: Wie ist denn Ihre Zeitschiene?)

Wenn die Energiewirtschaft erklärt, daß sie die energiepolitischen Ziele der Landesregierung in ihren Unternehmungsplanungen respektiert, dann wird die Landesregierung die einzelnen konkreten Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele im Konsens mit diesen Energieunternehmen festzulegen versuchen; wenn nicht, gibt es halt Auseinandersetzungen.

Zu den zentralen Aufgabenfeldern niedersächsischer Landespolitik werden wie bisher Fragen der Automobilindustrie gehören, nicht nur weil der größte niedersächsische Arbeitgeber Volkswagen heißt, sondern weil die Frage, wie wir Mobilität in einer Industriegesellschaft organisieren, schlicht eine Zukunftsfrage ist. Aber es geht auch um die Arbeitsplätze von heute. Mobilität in der Industriegesellschaft hat für die Menschen hier existentielle Bedeutung. Kritiker der Automobilgesellschaft mahnen, daß die gesellschaftlichen Kosten dieser Form der Mobilität inzwischen gefährliche Ausmaße annehmen. Dies wirft nicht nur neue Fragen für die Hersteller auf, was die ökologische Konzeption künftiger Autogenerationen angeht; auch die Politik ist gefragt. Von daher war es selbstverständlich, daß die Landesregierung die zwischen Volkswagen und Preussag zustande gekommene Vereinbarung über den Aufbau eines gemeinsamen Recyclingsystems aktiv – ich meine das wirklich so, wie ich es sage – begleitet hat. Volkswagen strebt an, die Wiederverwertbarkeit seiner Autos von jetzt etwa 70 % auf knapp 90 % zu steigern. Dies wird aber tausende Tonnen von Sondermüll ersparen, dies wird darüber hinaus neue Arbeitsplätze schaffen und zudem Ressourcen in der Zukunft sparen.

Wir müssen die Mobilitätsbedürfnisse einer Industriegesellschaft organisieren. Alle Lösungen müssen sich aber daran messen lassen, daß noch über 40 % der niedersächsischen Industriearbeitsplätze direkt oder indirekt von der Automobilindustrie abhängig sind und diese ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit behaupten muß. Meine Damen und Herren, hier liegt einer der Punkte, über die wir sicherlich gelegentlich kontrovers diskutieren werden, und zwar in erster Linie unter dem Gesichtspunkt: Wie kriegen wir Ökonomie und Ökologie zusammen?

Aber wer einmal die ökonomische Dimension, die ich eben genannt habe, begreift, der kann diese Debatte nicht mehr so einseitig führen, wie sie gelegentlich geführt wird.

(Lindhorst [CDU]: Von der SPD!)

Alle Teillösungen müssen sich der Tatsache stellen, daß viele Menschen im Flächenland Niedersachsen ihren Arbeitsplatz oder ihre Freunde eben doch nur mit dem Auto erreichen können. Politik, die diese

Realität ignoriert, muß scheitern. Auch hier gilt, meine Damen und Herren: Ein Arbeitsplatz, der nicht mehr vorhanden ist, oder ein Mobilitätsangebot, das für den einfachen Bürger nicht mehr bezahlbar ist, trifft unmittelbar diejenigen, für deren Interessen diese Landesregierung eintritt.

(Beifall bei der SPD.)

Mobilität – ich sage es noch einmal – darf nicht zu einem Privileg für das obere Drittel der Einkommenspyramide werden.

(Beifall bei der SPD.)

Das Land Niedersachsen ist Großaktionär bei Volkswagen. Allen Privatisierungsdebatten erteile ich noch einmal und immer wieder eine eindeutige Absage.

(Beifall bei der SPD.)

Unser Einfluß dort hat ein spezifisches Gewicht, jedoch nicht auf Managemententscheidungen, was deren Sache ist. Aber da der Versuch, das Volkswagengesetz zu ändern und damit den Einfluß des Landes zu verringern, gescheitert ist, wofür ich mich auch bei den Bundespolitikern der Opposition ausdrücklich bedanke, ist klar, daß wir Mitverantwortung zu übernehmen haben, was die Ökologisierung der Produktion in diesem so wichtigen Bereich angeht.

Zur Mobilität der Zukunft wird aber auch – und dies zunehmend – die Schiene gehören. Mit der Bahnreform haben wir die Chance zur Umgestaltung und Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs. Die Landesregierung wird den Entwurf eines Nahverkehrsgesetzes vorlegen, mit dem die regionale Verantwortung für den öffentlichen Verkehr gestärkt wird und die künftige Organisation und Finanzierung festgelegt werden. Dazu, meine Damen und Herren, brauchen wir die Mitwirkung der Landkreise sowie der Städte und Gemeinden.

Alles in allem: Die Integration von öffentlichem und Individualverkehr wird im Mittelpunkt der Anstrengungen niedersächsischer Verkehrspolitik in den nächsten vier Jahren stehen. Wir werden mit Industrie- und Umweltverbänden staatliche Rahmenbedingungen für verbrauchsarme Fahrzeuge, Verkehrsleitsysteme und die Planung einer modernen Verkehrsinfrastruktur erarbeiten, um so einen Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Minderung zu leisten.

Ich sagte zu Beginn, meine Damen und Herren: Wie sichern wir Auskommen und Einkommen auf dem Arbeitsmarkt für alle, die arbeitsfähig und arbeitswillig sind? In diesem Zusammenhang gewinnen Arbeitsplätze in den Handwerksbetrieben eine immer größere und bedeutendere Rolle. Daher wird die Landesregierung das bewährte Landesdar-

Schröder

lehnsprogramm als Bestandteil der Mittelstandsförderung weiterhin fortsetzen.

(Beifall bei der SPD. – Zurufe von der CDU.)

– Das ist das, was ich versuchte, Ihnen klarzumachen. Wenn Sie jetzt darauf hinweisen, daß etwas gekürzt wurde, sage ich dazu: Das ist ja wahr. Es wird überall gekürzt werden müssen. Haben Sie es immer noch nicht begriffen? Überall wird gekürzt werden müssen, meine Damen und Herren. Wenn Sie es nicht begreifen, sind und bleiben Sie politikunfähig. Das ist Ihr Schicksal.

(Beifall bei der SPD. – Zurufe von der CDU.)

Ich warne die Opposition davor. Sie wird strukturell in einer schrecklichen Minderheit bleiben, was uns freuen kann, euch aber nicht, wenn sie glaubt, mit der Kritik an notwendigen Kürzungen Menschen mobilisieren zu können. Sie sind viel klüger als die Opposition.

(Beifall bei der SPD.)

Darlehnsmitteln, die aus anderen Programmen nicht abfließen – – –

(Frau Pawelski [CDU]: Worauf Sie sich verlassen können! – Zurufe von der CDU.)

Vor der Wahl, verehrter Herr Abgeordneter Wulff, habe ich gehört, daß gesagt wurde, was die rot-grüne Koalition für ein Gespenst ist. Nach der Wahl habe ich von Ihnen die Aussage gehört, Sie finden sie ganz gut. War das so?

(Wulff [Osnabrück] [CDU]: Sie müssen richtig lesen!)

– Vielleicht habe ich es nicht richtig gelesen.

(Wulff [Osnabrück] [CDU]: Wieder einmal!)

Aber an dem ersten Techtelmechtel von heute scheint sich das zur Freude Ihrer Leute zu zeigen. Sie werden es noch lernen.

(Beifall bei der SPD.)

Darlehnsmittel, die aus anderen Programmen nicht abfließen, werden wir zugunsten des allgemeinen Landesdarlehnsprogramms umschichten. Aus diesen Mitteln können auch in Zukunft gewerbliche Investitionen mit besonderer Umweltrelevanz gefördert werden.

Bestandteil der Handwerkspolitik in Niedersachsen bleiben auch die Gemeinschaftsstände des Handwerks auf Messen, die Innovationsberater der Handwerkskammern und die Förderung von Existenzgründungen. Auf dieses Maßnahmenbündel haben wir uns im übrigen mit den Organisationen des Handwerks als eine gemeinsame Handlungsgrundlage weitgehend geeinigt.

(Zustimmung bei der SPD.)

Daß auch die Vereinigung der Handwerkskammern mehr will – wer will denen das denn verdenken!

(Wulff [Osnabrück] [CDU]: Sie haben denen vor der Wahl viel mehr versprochen!)

Aber es kommt doch darauf an, unter veränderten Rahmenbedingungen das zu geben, was ökonomisch notwendig und finanzpolitisch vertretbar ist. Und das wird man dort einsehen.

(Beifall bei der SPD.)

Das wird man – lassen Sie mich es polemisch hinzufügen, obwohl ich bekanntlich zur Polemik kaum fähig bin –

(Heiterkeit bei der SPD)

vor allem auch deshalb einsehen, weil man dort auf Sie nun wirklich keine Hoffnungen setzt. Das kann ich auch verstehen.

(Aller [SPD]: So ist es!)

Ich habe deutlich gemacht, wo ich die zentralen Aufgaben zur Sicherung vorhandener und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze sehe. In diesem Zusammenhang sehe ich mit Sorge, daß auch in Niedersachsen die Jugendarbeitslosigkeit im letzten Jahr zum erstenmal seit Mitte der 80er Jahre wieder angestiegen ist. Der Personalabbau in den Unternehmen führt dazu, daß immer mehr Auszubildende nach Abschluß ihrer Lehre nicht übernommen werden, meine Damen und Herren. Dabei ist es kein Trost, daß der Zuwachs an Jugendarbeitslosigkeit in Niedersachsen geringer ausfällt als in anderen Bundesländern. Es ist wirklich kein Trost. Wir haben, so finde ich, die verdammte Pflicht, jeder einzelnen jungen Frau und jedem einzelnen jungen Mann den Weg in ein selbständiges und selbstbestimmtes Leben zu öffnen.

(Beifall bei der SPD.)

Ich bin, meine Damen und Herren, auch im Gespräch mit der niedersächsischen Wirtschaft und dem niedersächsischen Handwerk. Ich bin davon überzeugt, daß die Landesregierung und die niedersächsische Wirtschaft sowie die Gewerkschaften, die sich in dieser Frage alle sehr aufgeschlossen gezeigt haben, zu einer Vereinbarung kommen werden, die die Perspektiven von jungen Berufstätigen nach der Ausbildung entscheidend verbessern wird. Diese Vereinbarung ist auf Freiwilligkeit und nicht auf Zwang gegründet. Diese Vereinbarung brauchen wir aber, weil wir diese Menschen mit ihrem Schicksal nicht allein lassen.

Zum Beitrag der Landesregierung gehört neben den schon laufenden Programmen für arbeitslose Jugendliche, wie z. B. die Jugendwerkstätten und die regionalen Anlaufstellen für die Vermittlung benachteiligter Jugendlicher, die Übernahme von

Auszubildenden nach Abschluß ihrer Lehre zentral zu fördern. Das Sozialministerium und das Kultusministerium entwickeln derzeit mehrere Modelle. Wir wollen Arbeitsplätze für diese jungen Leute fördern und Stafettenmodelle entwickeln. Wir wollen Betriebspraktika für Arbeitsuchende, die ihre Ausbildung beendet haben, einrichten und damit den Übergang in ein festes Arbeitsverhältnis erleichtern. Wenn diese Initiative gelingt, dann, meine Damen und Herren, kann nach der Viertagewoche erneut von Niedersachsen ein wichtiges, ein positives, ein fortschrittliches Signal ausgehen.

(Beifall bei der SPD.)

Es wird aufgefallen sein, meine Damen und Herren, daß ich lange, für den einen oder anderen vielleicht zu lange, über wirtschaftliche Fragen geredet habe.

(Frau Zachow [CDU]: Aber ohne Inhalt!)

– Bis Sie es verstehen, wird es lange dauern. – Aber eines, meine Damen und Herren, wird doch immer klarer: Ohne das, was wir in den letzten vier Jahren an Erhaltung und Entwicklung im wirtschaftlichen Bereich geleistet haben, wären die Probleme zigmal größer, als sie ohnehin schon sind.

(Beifall bei der SPD.)

Ich habe gelesen, daß es jetzt von seiten der Opposition eine Konkurrenz mit der Landesregierung über die ökonomische Kompetenz geben wird. Dieser Auseinandersetzung sehe ich mit ganz großer Gelassenheit entgegen.

(Beifall bei der SPD.)

Aber, meine Damen und Herren, genauso klar ist: Was wir heute an Reformen versäumen, das werden nicht wir, sondern das werden unsere Kinder bezahlen. Sie sind es, die unsere Schulden bezahlen müssen. Sie müssen ihr Leben mit der Bildung bestreiten, die wir ihnen zukommen lassen. Sie müssen in der Umwelt leben, die wir ihnen hinterlassen. Ihnenbürden wir die Kosten für verschmutztes Trinkwasser, für verseuchte Böden und für den Müll von heute auf.

Sie werden mit einer Nordsee leben müssen, deren Fähigkeit zur Regeneration wir bis an die Grenze belastet haben.

Ich denke, meine Damen und Herren, es ist Zeit, daß wir den Generationenvertrag neu formulieren und praktisch etwas tun, indem wir ihn vollziehen. Das ist eben für uns nicht nur ein Rentenversicherungsvertrag. Nein, der Generationenvertrag beinhaltet nicht nur die Verpflichtung unserer Kinder, uns im Alter zu versorgen. Er beinhaltet genauso unsere Verpflichtung, unseren Kindern die Welt in

einem Zustand zu überlassen, mit dem sie auch fertig werden können.

Die Dimensionen der Umweltprobleme, die wir geschaffen haben, die wir auch in den letzten vier Jahren zwar angegangen, aber natürlich nicht außer Kraft gesetzt haben, sind im Wortsinne atemberaubend. Deshalb empören und verunsichern sie auch viele Menschen.

Unsere Unternehmen müssen sich insbesondere unter den jetzigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schnell auf den jeweils modernen Stand der Verfahrenstechnik anpassen können, denn das macht sie wettbewerbsfähig im ökologischen und wirtschaftlichen Sinn. Sie haben deshalb einen Anspruch darauf, daß der Staat dies auch ermöglicht. Das ist der Grund, meine Damen und Herren, weswegen wir die Genehmigungsverfahren weiter beschleunigen werden. Das werden wir fortsetzen, obwohl wir wissen und die Unternehmen uns bestätigen, daß Niedersachsen schon heute mit die kürzesten Genehmigungsverfahren vorweisen kann.

(Zurufe von der CDU.)

– Sie sollten sich das angucken, anstatt das Land kaputtzureden, wie es Ihre Strategie ist! Das zahlt sich nicht aus!

(Beifall bei der SPD.)

Wir wollen besser werden, aber ohne Abstriche an der Qualität der Verfahren, und ohne Abstriche an der Beteiligung der Betroffenen. Als eines der Instrumente zur Verfahrensbeschleunigung haben sich Antragskonferenzen bewährt. Wir wollen sie auch dort einführen, wo sie gesetzlich nicht vorgeschrieben sind. Ob gesetzliche Regelungen zur Verfahrensdauer oder fiktive Genehmigungen dann sinnvoll sind, wenn in einer bestimmten Phase nichts geschehen ist, werden wir zusammen mit den Betroffenen überprüfen.

Ein Zusammenwirken aller Interessengruppen, der Wirtschaft, der Umweltverbände und der Gewerkschaften mit der Landesregierung kann den Umweltschutz nach meiner festen Überzeugung weit mehr vorantreiben, als wenn es der Staat allein versuchte. Ich meine, wir haben das bewiesen. Die in Niedersachsen durchgeführten Großprojekte, die vor dem Abschluß stehen, zeigen das deutlich. Weil dies ein Modell ist, wie man Probleme zugunsten der Umwelt schnell und effizient lösen kann, weil dies der erfolgreichere Weg ist gegenüber einem, bei dem ein Schutzgebiet erst festgelegt, eine Genehmigung erst erteilt, dann vor Gerichten angefochten wird und schließlich wegen der Rechtsauseinandersetzungen jahrelang gar nichts geschieht, vor allem deshalb meine ich, daß man ein solches, auf Dialog aufbauendes Verfahren nur bevorzugen kann. Vor

Schröder

allem geschieht dann nichts für die Umwelt, wenn man es anders macht. Ich setze nach wie vor auf diejenigen in Niedersachsen, die klug und zukunftsorientiert denken. Ich setze auf die Wirtschaft, die verstehen wird, daß die Verbandsklage, zu der ich mich ausdrücklich bekenne, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der SPD)

eine Chance zur Vermeidung von Rechtsauseinandersetzungen ist. Ich setze auf die Umweltverbände, die im Zuge unserer vierjährigen Erfahrungen gemeinsamer Arbeit inzwischen Vertrauen darin setzen und setzen können, daß die Belange von Umwelt in unseren Entscheidungen eine hohe Priorität genießen. Ich setze auf die Gewerkschaften, die wissen, daß nur umweltfreundliche Arbeitsplätze zukunftssichere Arbeitsplätze sind.

(Beifall bei der SPD.)

Noch in diesem Jahr wird in Niedersachsen eine Messe für Umwelterfindungen stattfinden. Wir haben das angeregt und ermöglicht, um sinnvollen und kreativen Erfindungen ein Forum zu geben und um der Wirtschaft eine neue Börse für entwicklungsfähige Ideen zu bieten.

Meine Damen und Herren, den Nationalpark Harz werden wir für die Bürgerinnen und Bürger entgegen allen Unkenrufen in der Vergangenheit zu einem hochattraktiven und erlebbaren Gebiet machen. Schritt für Schritt werden wir Informationszentren einführen. Es bleibt auch für diese Landesregierung das Ziel, 10 % der Landesfläche für den Naturschutz zu sichern, weil es einfach notwendig ist, so zu verfahren, um vielen der bedrohten Arten das Überleben hier in Niedersachsen zu ermöglichen. Wir streben ein vernetztes System von Schutzbereichen an. Dazu sollen die Möglichkeiten der Stilllegung landwirtschaftlicher Flächen genutzt werden. Auch Teile unserer Staatsforsten werden wir in dieses System einbeziehen. Wir sind stolz darauf, daß bereits heute 14 % der Staatsforsten unter Naturschutz stehen. Den Anteil der Flächen in diesen Bereichen, auf denen die Holznutzung vollständig ruht, werden wir kontinuierlich erhöhen, meine Damen und Herren.

Die Landesregierung wird ihre Anstrengungen im Artenschutz noch einmal verstärken. Die laufenden Programme zur Erhaltung von vom Aussterben bedrohter Tiere und Pflanzen, wie z.B. das Weißstorchprogramm, werden wir fortsetzen. Schutzmaßnahmen für weitere Arten wie Fledermäuse, nordische Gastvögel und seltene Orchideen werden weiterentwickelt. Dabei muß jeder wissen, meine Damen und Herren, daß diese Programme letztlich der Verbesserung unserer gesamten Umwelt und damit immer mehr auch uns Menschen dienen.

Gemeinsam mit unseren Nachbarländern Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Brandenburg und Sachsen-Anhalt werden wir an der Elbe zwischen Lauenburg und Magdeburg ein Großschutzgebietssystem mit einem Nationalpark als Kern ausweisen. Die Landesregierung verspricht sich davon auch wichtige Impulse für diese Region. Dazu gehört selbstverständlich die Entwicklung eines sanften Tourismus. Auch über dieses Vorhaben werden wir mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern intensiv diskutieren und sie über alle Planungen umfassend und rechtzeitig informieren.

(Beifall bei der SPD.)

Die Landesregierung wird die begonnene Ausrichtung des Gewässerschutzes auf die ökologischen Funktionen nachhaltig weiterverfolgen. Dieses Ziel wird Gegenstand der anstehenden Novelle zum Niedersächsischen Wassergesetz sein. Wir gewinnen unser Wasser zu einem großen Teil aus Grundwasser. Deshalb ist der Grundwasserschutz eines der wichtigsten Ziele des Gewässerschutzes. Mit unserem Grundwasserschutzprogramm wollen wir auch langfristig die Versorgung mit reinem und gesundem Trinkwasser sicherstellen.

(Beifall bei der SPD.)

Wir werden, meine Damen und Herren, allen Initiativen entgegentreten – gleichgültig, wo sie ins Leben gerufen werden –, die Grenzwerte für Pflanzenschutzmittel im Trinkwasser lockern und die Zulassungskriterien für diese Mittel erleichtern wollen.

(Beifall bei der SPD.)

Wir werden Wassersparmaßnahmen materiell unterstützen. Die kleineren Wasserläufe haben regional als Lebensadern von Landschaft und Arten einen eminent hohen Stellenwert. In Flüssen und Bächen wollen wir deswegen als erstes Bundesland grundsätzlich die Gewässergüteklasse II erreichen und damit die ökologische Vielfalt sichern, schonen oder wiederherstellen. Generell wollen wir die Ausbringung von Pflanzenschutz- und Düngemitteln in der Nähe von Gewässern unterbinden. Die Gewässer sollen so naturnah wie möglich erhalten werden. Wir werden dafür ein Muster für Unterhaltungsrahmenpläne herausgeben.

Die Sturmflut am 28. Januar hat deutlich gemacht, daß der Küstenschutz insbesondere in unserem Land eine eminent wichtige Aufgabe bleibt. Wir wollen deshalb die dringlichsten Deichbauvorhaben noch in diesem Jahrzehnt abschließen. Wir werden die nötigen Baumittel des Bundes, so es sie gibt – das muß man hinzufügen –, und die des Landes hier konzentriert einsetzen. Die Deichbauten werden die lokalen ökologischen und insbesondere

die sensiblen Verhältnisse des Nationalparks Wattenmeer berücksichtigen.

Die in der zurückliegenden Wahlperiode geschaffenen Abfallgesetze sind nunmehr durch Landkreise und kreisfreie Städte und durch das Land in die Praxis umzusetzen. Beim Sonderabfall bauen wir auf die Verabredungen beim „Abfallgipfel“ mit der niedersächsischen Wirtschaft, einer Veranstaltung, von der jedenfalls auf seiten der damaligen Opposition niemand geglaubt hatte, daß sie jemals zustande kommen könnte. Das heißt, wir werden durch ein Vollzugsprogramm bei der Vermeidung vorankommen, aber auch schnell Entsorgungsanlagen schaffen. Für den zum Jahresende anstehenden Bericht zur Sonderabfallabgabe werden wir deren Lenkungswirkung, aber auch die ökonomische Seite, insbesondere für die kleinen und mittleren Betriebe, untersuchen und berücksichtigen. Der Bericht wird die Basis der dann zu treffenden Entscheidungen in diesem Bereich sein.

In der vor uns liegenden Wahlperiode steht in fast allen Landkreisen und kreisfreien Städten die Entscheidung über das an, was man Restabfallbehandlung nennt.

Die Landesregierung erwartet, daß zunächst die Vermeidungs- und Verwertungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden und auf dieser Grundlage eine Abwägung über die Verfahren stattfindet.

(Wulff [Osnabrück] [CDU]: Rechtslage!)

Soweit sich Kreistage oder Räte für die Verbrennung entscheiden sollten, wird die Landesregierung die vorgesehenen Anlagen nach geltendem Bundesrecht prüfen und, wenn dem geltenden Bundesrecht Genüge getan ist, auch zulassen.

(Oh! bei der CDU. – Fischer [CDU]: Das habt ihr vier Jahre lang vertagt!)

– Ja, was sollten wir denn wohl sonst machen?

(Beifall bei der SPD. – Heiterkeit.)

Das ist ja sehr merkwürdig. Sie scheinen nicht mitbekommen zu haben, daß Ihre Leute Mitte der vergangenen Legislaturperiode die TA Abfall geändert haben, und zwar in einer Weise, in der ich sie nicht hätte ändern wollen. Ihnen wünsche ich nur sehr viel Glück bei der Durchsetzung von Verbrennungsanlagen vor Ort.

(Beifall bei der SPD.)

Aber die Landesregierung bleibt dabei: Mechanisch-biologische Vorbehandlungsverfahren sind unter ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten sinnvoll.

(Beifall bei der SPD.)

Die begonnenen Demonstrationsvorhaben werden wir deshalb auch weiterhin fördern.

(Beifall bei der SPD.)

Wer etwas anderes will – das sage ich allen, die es etwas angeht –, der muß es vor den Bürgerinnen und Bürgern auch verantworten und wird sich nicht hinter der Landesregierung verstecken können, damit dies völlig klar ist zwischen uns!

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, wenn heute Bürgerinnen und Bürger über Landwirtschaft sprechen, dann stellen sie Fragen, Fragen danach, ob sie überhaupt noch etwas ohne Bedenken essen können. Die jüngsten Ereignisse um die Schweinepest und den Rinderwahnsinn geben dafür ein aktuelles Beispiel. Aber nicht nur die Verbraucher sind davon in einem Höchstmaß verunsichert. Auch die Bauern werden durch diese Ereignisse wirtschaftlich schwer getroffen.

Damit müßte eigentlich auch dem letzten klar geworden sein, wohin die Reise in der Landwirtschaft gehen muß. Es wird – davon bin ich überzeugt – nur diejenige Landwirtschaft eine Zukunft haben, die umweltschonend wirtschaftet und die gesunde und unbelastete, hochwertige Lebensmittel anbietet. Dies werden – da bin ich mir sicher – die Verbraucherinnen und Verbraucher nicht nur dringend fordern, sondern sie werden die Politik zwingen, auf ihre Wünsche Rücksicht zu nehmen. Das ist auch vernünftig so.

(Beifall bei der SPD.)

Niedersachsen – auch das ist klar – kann eine solche Entwicklung hin zum vernünftigen Umgang mit diesem Thema nicht allein steuern. Aber wir werden weiter auf Änderung der von Bonn und Brüssel gemachten Vorgaben drängen. Mit unserem Gesetzesentwurf, der die Tierhaltung stärker an die bewirtschaftete Fläche binden soll, und mit den Änderungen im Marktstrukturgesetz zur Umsetzung eines Qualitätssicherungssystems haben wir bereits als Land Niedersachsen wesentliche Initiativen eingeleitet. Das Land als Eigentümer sollte sich überlegen, auf noch mehr landwirtschaftlichen Flächen ökologischen Landbau zu betreiben; denn wir wollen und müssen Vorbild- und Beispielbetriebe schaffen.

Die Regelungen der EU und der Bundesregierung zur Schweinepest haben zu einer schweren Störung des Marktes geführt. Deswegen wurden bisher fast eine Million Schweine getötet, und aus dem Landeshaushalt wurden mehr als 100 Millionen Mark bereitgestellt.

Ich habe gelesen, daß das von einem Teil der Opposition, von den Grünen, kritisiert worden ist. Ich

Schröder

habe auch gelesen, daß die Ausgaben dafür mit Ausgaben verglichen worden sind, die man für die Einstellung von Lehrern hätte machen können. Meine Damen und Herren, so geht das nicht. Wer nicht begreift, daß es in einem Land wie Niedersachsen um Tausende und Zehntausende bäuerlicher Existenzen geht, wer nicht begreift,

(Frau Hoops [GRÜNE]: Was ist denn mit den ökologischen Umstrukturierungen in der Landwirtschaft?)

daß die Dörfer in Gefahr sind, wenn über den Konzentrationsprozeß in der Landwirtschaft hinaus, der eh schon gewaltig ist, durch derartige Dinge ein Betrieb nach dem anderen kaputtgeht, der mag sich vielleicht mit dieser billigen Form der Opposition zufriedengeben; dies hilft aber niemandem in diesem Land.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der CDU.)

Wenn Abgeordnete, zumal von den Grünen, in den Dörfern unseres Landes ernst genommen werden wollen, dann dürfen sie sich eine solche Politik, die ja nicht gegen die Tierfabriken, sondern gegen die kleinen und kleinsten bäuerlichen Betriebe und die Familien dort gerichtet ist, nicht leisten.

(Beifall bei der SPD.)

100 Millionen Mark haben wir also ausgegeben, um denen Perspektiven zu geben, um ihre Existenzen zu sichern. Ich danke dem Landwirtschaftsminister für seine engagierte Arbeit.

(Beifall bei der SPD.)

Ich habe den Eindruck, daß das, was er gemacht hat, zunehmend als Unterstützung für diejenigen verstanden wird, um die es uns geht, und das sind nicht die Schweinebarone im Südoldenburgischen, sondern das sind die kleinen bäuerlichen Betriebe überall im Lande, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD.)

Aber mit dem, was wir gemacht haben – ich muß es sagen –, haben wir die Grenze unserer Leistungsfähigkeit erreicht. Die Ergänzung der EU-Mittel ist eine Bundesaufgabe. Ich sage Ihnen hier ohne Wenn und Aber folgendes: Ich halte es für eine wirklich schändliche Politik, die Niedersächsische Landesregierung dadurch zu erpressen, daß die Bundesregierung sagt: Wenn ihr nicht gegenfinanziert, obwohl es eigentlich eine Marktordnungsmaßnahme ist, die dem Bund obliegt, dann finanzieren auch wir nicht gegen, dann tut es keiner, und dann fallen auch die 70% EU-Mittel weg. Ich halte dies für eine schlimme Politik, und dies werden wir im Bundestagswahlkampf auch jedem Bauern sagen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Wir haben die Bundesregierung nachdrücklich aufgefordert, endlich auch zu ihrer finanziellen Verantwortung zu stehen. Bisher hat sie außer lächerlichen Kleckereien für die Landwirte in Niedersachsen nicht das Geringste getan. Dies wird eine hochinteressante Auseinandersetzung in den nächsten vier Monaten.

(Beifall bei der SPD.)

Damit ist deutlich geworden, wo die Ursachen für das Betriebssterben und für die Vernichtung von Existenzen liegen und wer mit bescheidenen, aber sehr wohl vorhandenen Mitteln hier gegengehalten hat.

Im übrigen sollte für uns eines klar sein: Kein Verständnis darf hier jemand für die Geschäftemacher haben, die illegal Tiere transportieren

(Zuruf von der SPD: Genau!)

und damit aus reinem Profitstreben zur Pestausbreitung beitragen. Auch das hat es gegeben. Dem werden wir einen Riegel vorschieben.

(Gruber [SPD]: Denen werden wir das Handwerk legen! – Beifall bei der SPD und Zustimmung von Gansäuer [CDU].)

Ich habe mich heute morgen übrigens sehr über die Debatte zur Geschäftsordnung gefreut, zwar nicht über die gesamte Debatte, aber über einige Aspekte. Ich habe mich darüber gefreut, wie sehr inzwischen der Tierschutz ernst genommen wird. Ich weiß noch, wie es dazu gekommen ist. Ich will dies jedoch nicht weiter ausführen, weil dann Namen von Personen zu nennen wären, die nicht Mitglieder des Hauses sind.

(Heiterkeit bei der SPD.)

Ich weiß noch, wie es gekommen ist. Ich begrüße es aber, daß jetzt überall Einsicht herrscht.

Wir haben in den vergangenen vier Jahren in der Tat beim Tierschutz Zeichen gesetzt, schwer angefeindet durch die konservative Opposition von damals.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Aber man soll Einsehen ja nie widersprechen und Einsichten schon gar nicht. Wir haben den täglichen Skandal der Schlachtviehtransporte aufgegriffen, und Menschen, die das besonders engagiert getan haben – mich schmerzt das vor allem –, sind öffentlich dafür angegriffen worden. Angesichts der starren Haltung der EU erwarten wir von Bonn – vielleicht helfen Sie mit – eine baldige nationale Verordnung, die endlich kürzere Transportzeiten festsetzt.

Ich habe im übrigen – das wird zu diskutieren sein – kein Verständnis für Pläne, meine Damen und Herren, Schlachthöfe zum Beispiel in Lüneburg und Rosdorf zu schließen. Wir werden dem entgegentreten müssen. Kurze Transportzeiten setzen eine regional ausgewogene Schlachthofstruktur voraus. Wenn es, wie auch immer Eigentümerisch besetzt, Großunternehmen gibt, die etwas anderes wollen, werden sie mit unserem Widerstand zu rechnen haben. Gelegentlich haben einige damit ja schlechte Erfahrungen gemacht.

Meine Damen und Herren, der Tierschutzbeirat, den wir eingeführt haben, hat erstklassig gearbeitet. Aber ich meine, die zusätzliche Schaffung der Institution einer oder eines Tierschutzbeauftragten wird den Tierschutz in unserem Lande noch weiter stärken können. Deshalb wird das geschehen. Dieser Beauftragte wird im Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten installiert. Er wird mit dem bisher existierenden Beirat vertrauensvoll zusammenarbeiten. Er wird dem Minister direkt unterstellt, und er wird darüber hinaus ein eigenes Vortragsrecht im Kabinett erhalten.

Meine Damen und Herren, der Wald als Lebensraum für Tiere und Pflanzen, für den Klimaschutz, aber auch als Erholungsraum für den Menschen ist unverzichtbar. Wir werden daher für die im Eigentum des Landes stehenden Forsten die Nutz- und die Schutzaufgaben des Waldes miteinander verbinden. Dies bedeutet, daß wir die Wälder naturnah bewirtschaften und das Programm „LÖWE“ – so heißt es, glaube ich; „Langfristige ökologische Waldentwicklung“ – umsetzen.

Fast unbemerkt, auch als Folge der Wanderungsbewegung von Ost nach West, hat sich – meine Damen und Herren, das ist wichtig – die Bevölkerungszahl Niedersachsens seit 1990 um mehr als 360 000 Menschen erhöht. Wenn ich sage fast unbemerkt, dann liegt darin zugleich die Feststellung, daß es gelungen ist, eine weitgehend reibungslose Integration zu ermöglichen. Diese Zahl bedeutet aber zugleich, daß alle Planungsdaten für die Bereitstellung von Infrastruktur, also Straßen, Wohnungen, Kindergartenplätze, Schulen, Altenpflegeplätze, überholt sind.

Dennoch haben wir gezeigt: Der Bildungsauftrag des Landes ist bei dieser Regierung und bei diesem Kultusminister in guten Händen.

(Starker Beifall bei der SPD.)

Das gilt von den Kindergärten über die Schulen bis zu den Hochschulen und der Erwachsenenbildung. Das liegt natürlich auch an der engagierten Arbeit der in diesen Institutionen tätigen Frauen und Männer. Auf den Erwerb und den Erhalt ihrer Qualifikation zur Bewältigung der zukünftigen

Aufgaben werden wir deshalb verstärkt besonderes Gewicht legen.

Um die Leistungsfähigkeit im Bildungsbereich zu erhalten, mußten wir neue Grundlagen schaffen. Das ist in der vergangenen Legislaturperiode zum Beispiel mit der Novellierung des Hochschul- und des Schulgesetzes, mit der Einführung der Lernmittelfreiheit, mit der Aufwertung der beruflichen Bildung, mit der vollen Halbtagsschule, mit dem Kraftakt der Lehrereinstellungen, mit dem Ausbau der Hochschulen, mit dem Kita-Gesetz und dem Sofortprogramm zur Schaffung von Kindergartenplätzen geschehen. Eine gewaltige Leistung in nur vier Jahren, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD.)

Schön war es, dabei mitzumachen, nicht?

Auch in diesem wichtigen Politikfeld ist jedoch nicht alles Wünschenswerte mehr machbar. Gewiß wäre es schön, könnten wir noch mehr Lehrerinnen und Lehrer, Dozentinnen und Dozenten einstellen. Doch, meine Damen und Herren, das ist finanziell nicht zu leisten. Sicher ist aber auch, daß Niedersachsen bei den meisten Vergleichszahlen wegen unserer Politik im allgemeinbildenden Schulwesen – und das trotz sprunghaft gestiegener Schülerzahlen – im oberen Viertel der westlichen Bundesländer liegt. Das muß man deutlich sagen. Das gilt für die Schüler-Lehrer-Relation ebenso wie für die Klassenfrequenzen. Obwohl wir nicht zu den reichen alten Bundesländern gehören, haben wir es geschafft, im Bildungsbereich im oberen Viertel zu liegen. Darauf können wir stolz sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Die mangelnde finanzielle Decke zwingt nicht zum Strecken, wie ich glaube, aber zum Sicheinrollen. Zu fragen bleibt aber, ob es gerade im Sinne unserer Kinder vernünftig ist, sie länger in der Schule und mit Hausaufgaben zu beschäftigen als ihre Eltern im Beruf. Die Berechnung des Unterrichtsbedarfs in den allgemeinbildenden Schulen ist bei uns sehr großzügig geregelt. Eine Reduzierung in diesem Bereich erscheint mir ohne Qualitätsverlust möglich.

Ganz sicher ohne Qualitätsverlust ist eine Entbürokratisierung der Antragsverfahren möglich, damit die Kommunen es leichter haben, den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz wirklich schnell zu verwirklichen.

(Zuruf von der CDU: Das sagen wir doch seit drei Jahren!)

– Es muß ja deshalb nicht falsch sein.

(Zuruf von der CDU: Warum haben Sie es denn nicht gemacht?)

Schröder

Beim Kindertagesstättenneubau wird es weniger einengende Vorschriften geben. Die Kinder werden sich genauso wohlfühlen, wenn die Spielfläche einen halben Quadratmeter kleiner ist als bisher.

(Lachen bei der CDU.)

Bei alledem steht für uns fest, meine Damen und Herren, daß Lernen nur dann erfolgreich sein kann, wenn es auch Freude macht. Es gibt Schülerinnen und Schüler, die zwar „Null-Bock“ auf Schule haben, gleichzeitig aber ihre Freizeitaktivitäten zum Beispiel im Sport oder in den Gruppen oder auch am Heimcomputer sehr selbständig gestalten. Selbständigkeit, Eigenverantwortlichkeit und Flexibilität müssen noch stärker als bisher in den Schulalltag Eingang finden. Das wird Auswirkungen auf die Organisation des Lernens in der Schule haben.

Einmal eingeschlagene Schullaufbahnen dürfen nicht zur Sackgasse werden. In diesem Zusammenhang werden wir die Bedeutung praktischer beruflicher Erfahrung noch einmal unterstreichen.

Schon heute kann jede und jeder mit einem Meisterbrief in der Tasche an den Hochschulen des Landes studieren.

(Zurufe von der CDU: Richtig!)

– Richtig? Das haben wir eingeführt, damit das mal klar ist.

(Beifall bei der SPD.)

Die Qualität der beruflichen Bildung entscheidet heute mehr denn je über die Zukunftschancen der arbeitenden Menschen. Ich glaube, das ist uns allen klar.

Die Situation an den Hochschulen ist vergleichbar: Wir sind dabei, einen Nachholbedarf abzubauen, der uns von der konservativen Vorgänger-Regierung vererbt wurde. Neue Schwerpunkte wurden gesetzt. Ich nenne ein paar Beispiele: Frauenforschung, Friedensforschung, der Studiengang Krankenpflegemanagement oder die Ausbildung für Wirtschaftsjuristen an einer Fachhochschule. Ökologische Studiengänge sind ebenfalls hinzugekommen, und sie sind ein großer Erfolg.

Darüber hinaus hat sich die Landesregierung insbesondere um die Situation der Studierenden gekümmert. Wir werden das fortsetzen, meine Damen und Herren. Das betrifft sowohl deren soziale Lage – ich nenne das Stichwort Wohnheimbau und unsere BAföG-Initiative –, das betrifft aber auch die Betreuungsbedingungen an den Hochschulen selbst.

Wir haben – das läßt sich nicht leugnen – neue Wege beschritten. Wir hoffen sehr bald auf Erfolge bei den drei Modellversuchen mit der neuen Haus-

haltsverantwortung der Hochschulen. Dies werden wir dann auch auf die anderen Universitäten übertragen. Wir werden auch künftig längst nicht alle Wünsche nach mehr Geld erfüllen können, auch nicht die Wünsche der Hochschulen. Um so wichtiger ist es, daß wir die Hochschulen in die Lage versetzen, die Mittel eigenverantwortlich und damit wirksamer einzusetzen.

Wir haben die Fachhochschulen aus ihrem Mauerblümchendasein befreit.

(Beifall bei der SPD.)

Ich meine, das ist insbesondere ein Verdienst von Frau Schuchardt. Das wird auch in jeder Fachhochschule anerkannt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Damit ist es gelungen, zusätzliche Berufsfelder zu erschließen, die Ausbildung praxisnäher zu gestalten und auch für Studentinnen attraktiver zu machen.

Das beschreibt die Richtung für die Zukunft: Die Landesregierung wird noch intensiver als bisher den Dialog zwischen Forschung, Hochschulen und Wirtschaft organisieren und dabei weiterhin die Bedeutung der Grundlagenforschung betonen. Selbstverständlich wird die enge Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung fortgesetzt.

Aber, meine Damen und Herren, es geht auch um kulturelle Belange. Wir wollen die Möglichkeiten kultureller Teilhabe sichern und verbessern. So gilt es, auch dafür neue Wege zu gehen. Mit der Gründung der Kulturstiftungen in Oldenburg und Braunschweig haben wir das getan.

Übrigens: Während andere Theater schließen, bauen wir welche. Das ist kein schlechter Grundsatz für eine aufgeklärte Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Mit den Theaterneubauten in Braunschweig, Oldenburg und Lüneburg werden Provisorien und Engpässe beseitigt. Jetzt kommt es darauf an, die innerbetrieblichen Theaterstrukturen neu und effektiver zu organisieren.

(Möllring [CDU]: Haben Sie Hildesheim schon gestrichen?)

– Daß Sie über den Kreis nicht hinaus denken, weiß ich.

(Wulff [Osnabrück] [CDU]: Hochmut kommt vor dem Fall!)

Wir haben in Niedersachsen eine lebendige und dichte Kulturlandschaft. Sie wäre ohne die kreative Mitarbeit von ehrenamtlich Tätigen in allen Bereichen – von der Literatur über die Musik, von der

Malerei und der Bildenden Kunst bis hin zum Theater – überhaupt nicht denkbar. Dieses Engagement fördern wir, wo wir können, gerade in den weiterzuführenden soziokulturellen Zentren des Landes.

Wie sehr kulturelles Engagement zu einer elementaren Verbesserung der Lebensqualität führt, läßt sich am Beispiel von Emden und der von Henri Nannen gegründeten Kunsthalle anschaulich betrachten. Unsere Museumslandschaft ist damit um eine zusätzliche Attraktion reicher, die auch dem Fremdenverkehr zugute kommt. Das, was das Land gegeben hat, hat es gerne gegeben und wird es weiter geben, meine Damen und Herren.

Gleichberechtigte Teilhabe ist auch das Leitmotiv unserer Sportpolitik. Wir werden insbesondere Bemühungen von Vereinen unterstützen, Behinderte, ältere Menschen und ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger in ihre Arbeit zu integrieren. Unsere Unterstützung gilt dabei den vielen Ehrenamtlichen, ohne die Sport- und Jugendarbeit nicht möglich ist.

(Beifall bei der SPD.)

In der Sozialpolitik hatten wir einen großen Nachholbedarf abzutragen. Nach vier Jahren können wir mit Fug und Recht sagen: In der Altenpolitik, in der Behindertenpolitik, in der Politik für Schwule und Lesben, in der Aids-Hilfe, in der Schuldnerberatung, in der Gesundheitsförderung, in der Sozialhilfe und in der Drogenpolitik hat Niedersachsen nicht nur zu den anderen Ländern aufgeschlossen. Nein, wir haben auch Beispiele gesetzt und Vorbildliches entwickelt.

Meine Damen und Herren, auch das gilt es deutlich zu machen: Ich habe noch im Ohr, wie sehr der Niedersächsische Sozialminister, mein Freund Walter Hiller, von Ihnen am Anfang der Legislaturperiode kaputtgemacht werden sollte.

(Beifall bei der SPD. – Lachen bei der CDU.)

Nach vier Jahren erfolgreicher Arbeit zeigt sich: Sie hatten Unrecht. Er hatte Recht. Deswegen arbeitet er weiter.

(Beifall bei der SPD. – Fischer [CDU]: Mein Gott Walter!)

Zu den Beispielen, die wir gesetzt haben, gehört für mich insbesondere das weite Feld der Selbsthilfe und der Ehrenamtlichkeit, ohne die Sozialpolitik nicht zu denken ist. Darum werden wir die freien Träger der Wohlfahrtspflege, die sozialpolitischen Initiativen und Selbsthilfeorganisationen auch in Zukunft nach Kräften fördern.

(Frau Schliepack [CDU]: Was heißt denn „nach Kräften“?)

Wir werden dafür sorgen, daß Mädchen ihren gerechten Platz in unserer Gesellschaft finden können. Mädchenspezifische Jugendarbeit und Hilfen zur Ausbildungs- und Berufswahl werden Schwerpunkte sein. In den Arbeitsförderungsprogrammen des Landes sollen Mädchen und Frauen angemessen berücksichtigt werden.

(Frau Pawelski [CDU]: Was heißt „angemessen“?)

– Das erzählen wir Ihnen dann im Konkreten, wenn Sie es wissen wollen.

(Lachen bei der CDU. – Fischer [CDU]: Das ist das ganze Problem der Regierungserklärung!)

Der Anteil älterer Menschen in Niedersachsen steigt in den nächsten Jahren weiter an. Ziel unserer Politik für die ältere Generation bleibt es, durch die Förderung altengerechter Wohnungen und neuer betreuter Wohnformen Selbständigkeit im Alter zu erhalten und Heimunterbringungen zu vermeiden. Wir haben deshalb bereits damit begonnen, das Pflegeversicherungsgesetz umzusetzen und eine flächendeckende und leistungsfähige Versorgungsstruktur von Einrichtungen zu schaffen. Im Vordergrund steht dabei der Ausbau der ambulanten Pflege.

Die Landesregierung will mithelfen, die Strukturen unseres Gesundheitswesens so zu verändern, daß Menschen nicht als Aktenvorgang verwaltet werden. Deshalb wollen wir die Stellung der Hausärzte stärken und in Gesundheitskonferenzen Modelle besserer Zusammenarbeit erproben. Es ist notwendig, die Ursachen von Erkrankungshäufungen zu erforschen. Wir richten deshalb ein Zentrum für medizinische Register in Niedersachsen ein. Dort sollen auch angeborene Fehlbildungen erfaßt werden. Außerdem wird sich die Landesregierung für die Anerkennung naturheilkundlicher Verfahren einsetzen und die Einrichtung eines stationären Zentrums für Erfahrungsheilkunde und Umweltmedizin in Niedersachsen unterstützen.

Seit 1990 haben wir die Finanzierung des Krankenhausbaus auf eine verlässliche Grundlage gestellt.

(Beifall bei der SPD.)

Das war nach dem Chaos, das wir vorgefunden hatten, wirklich nötig.

(Beifall bei der SPD. – Widerspruch bei der CDU.)

Zusagen für Krankenhausinvestitionen ohne Absicherung im Landeshaushalt – das war die Politik des Vorgängers von Herrn Hiller – hat es bei uns im Gegensatz zu früher nicht gegeben. Es wird sie auch in Zukunft nicht geben. In diesem Jahr stellen wir

Schröder

dafür 234 Millionen DM an Barmitteln zur Verfügung. Niemals zuvor ist in Niedersachsen mehr Geld für den Krankenhausbau ausgegeben worden als in der zurückliegenden Legislaturperiode. Aber auch in diesem Bereich werden wir neue Prioritäten setzen und uns bei der Verbesserung der stationären medizinischen Versorgung auf Geriatrie, Krebsbehandlung und Unfallchirurgie konzentrieren.

Der Behindertenbeauftragte des Landes Niedersachsen, den wir eingeführt haben, hat sehr gut gearbeitet.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN.)

Wir werden ihn deshalb stärken in all dem, was er braucht. Um ihrer besonderen Verpflichtung gegenüber Behinderten gerecht zu werden und die Vorbildfunktion des öffentlichen Dienstes zu verdeutlichen, wird die Landesregierung den Stellenpool umgehend verwirklichen und so die Beschäftigungsquote von Behinderten beim Land noch einmal deutlich steigern. Ziel unserer Politik mit Behinderten bleibt es, ihnen und anderen benachteiligten Bürgern die volle gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

(Beifall bei der SPD)

und ihnen Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Lebens- und Arbeitsformen zu eröffnen.

Meine Damen und Herren, ich habe bereits auf die Leistungen im Wohnungsbau hingewiesen. Daß das ein außerordentlich erfolgreicher Weg war, beweisen die Zahlen, erfolgreicher als in jedem anderen Bundesland.

(Beifall bei der SPD.)

Wir werden uns damit aber nicht zufriedengeben, meine Damen und Herren. Wir wollen das Bauen noch einmal beschleunigen – das heißt, wir wollen es auch vereinfachen –, ohne dabei die Rechtssicherheit für Bauherren zu verringern. Wir führen bereits Gespräche mit den Verbänden der Wirtschaft und anderen über die Entrümpelung der Bauordnung. Wir werden die Genehmigungsverfahren abkürzen, auch um das Bauen billiger zu machen. Die ökologische Funktion, die Bauen auch hat, werden wir aber nicht aus dem Auge verlieren.

Die konzertierte Aktion Bauen und Wohnen, die wir gegründet haben, hat sich bewährt. Sie wird fortgesetzt, meine Damen und Herren.

(Wulff [Osnabrück] [CDU]: In welchem Umfang?)

Die Landesregierung hat mit der Polizeireform eine grundlegende Neuorganisation der Polizei eingeleitet. Übrigens: Die Leistungen, die in diesem Bereich von den Polizeibeamten unter schwierigsten

Bedingungen erbracht werden – und zwar keineswegs mit Bezahlungen, die man sich erträumt –,

(Zustimmung von Sehrt [CDU])

sind von uns gewürdigt worden. Wir werden das auch fortsetzen. Wir wollen eine bürgernahe Polizei, die bei der Verfolgung der Kriminalität sowie bei der Abwehr von Gefahren noch effizienter arbeitet.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, es hat wohl wenige Innenminister gegeben – gleichgültig, wo man hinguckt –, die so präzise, so nachdrücklich und so sehr in Übereinstimmung mit den Betroffenen Reformaufgaben angepackt haben wie der Niedersächsische Innenminister Gerhard Glogowski.

(Starker Beifall bei der SPD.)

Die gestiegenen Anforderungen an die polizeiliche Aufgabenerfüllung erfordern eine qualifizierte Aus- und Fortbildung. Der Einstieg in den Polizeiberuf ist deshalb künftig grundsätzlich nur über das Studium an einer Fachhochschule möglich.

(Sehrt [CDU]: Ab wann?)

Die zweigeteilte Laufbahn soll in Niedersachsen bis zum Jahre 2005 eingeführt werden, um auch die vorhandenen Beamtinnen und Beamten der Polizei höherqualifiziert einsetzen zu können. Die dafür notwendige Umwandlung von Stellen des mittleren Polizeivollzugsdienstes in Stellen des gehobenen Dienstes werden wir Zug um Zug vornehmen.

Wir tun dies auch, weil wir damit ihren hohen beruflichen Einsatz anerkennen.

Gleichzeitig wird dieses Programm bewirken, daß Aufgaben, die nicht von Vollzugspersonal verrichtet werden müssen, künftig soweit wie möglich durch die Verwaltung wahrgenommen werden. Die angespannte Finanzlage des Landes wird auch die Polizei dazu zwingen, alle Rationalisierungsmöglichkeiten zu nutzen und sparsam zu wirtschaften, ohne die Leistungsfähigkeit zu reduzieren. Einen Ansatz dafür bietet beispielsweise die Neuorganisation des Beschaffungswesens.

Die Wahrung der inneren Sicherheit ist eine Aufgabe, die im übrigen nicht allein von der Polizei bewältigt werden kann. Insbesondere die Verhütung von Straftaten ist nicht nur eine staatliche, sondern auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie ist eine Aufgabe für uns alle. Hinschauen, nicht wegsehen ist deshalb gefragt.

(Beifall bei der SPD.)

Die Landesregierung wird die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die Eindämmung von Kriminalität organisieren. Zu diesem Zweck werden

wir ressortübergreifende Konzepte vorlegen zur Zurückdrängung von Jugendkriminalität, Drogenkriminalität und anderen speziellen Deliktbereichen. Wir werden die Einrichtung von zunächst kommunalen Präventionsräten initiieren und prüfen, ob Entkriminalisierungskonzepte, die Abstufung polizeilicher Verfolgungspflichten, die Förderung informeller Konfliktregelungen und eine Ausweitung des Täter/Opfer-Ausgleichs im Erwachsenenstrafrecht zur Kriminalitätsverhütung beitragen können.

Die Gewalt indessen – vor allem gegen Kinder und Frauen – werden wir weiterhin entschieden bekämpfen; auch mit Aufklärungskampagnen und Notruf- sowie Schutzeinrichtungen.

In der Rechtspolitik gilt es, durch die Rationalisierung von Verfahrensabläufen die Funktionsfähigkeit der Rechtspflege zu verbessern. Der Rechtsstaat darf nicht nur gerecht sein wollen. Nein: Er muß auch effizient sein. Es geht nicht an, meine Damen und Herren, daß Menschen heute acht bis zehn Jahre auf ein Endurteil warten.

(Zustimmung bei der SPD.)

Das hat mit effektivem Rechtsschutz nichts mehr zu tun. Die Landesregierung wird deshalb aktiv an länderübergreifenden Reformen mitwirken. Es gilt, das Prozeßrecht aller Gerichtszweige und das Gerichtsverfassungsgesetz nach Entlastungs- und Vereinfachungsmöglichkeiten zu durchforsten.

(Zuruf von Frau Schliepack [CDU].)

– Ich dachte, Sie seien für eine Einschränkung des Personals in den Landesbehörden. Es ist schon merkwürdig, was Sie so alles zwischendurch mehr fordern.

Gute Erfahrungen haben wir mit den Schiedsverfahren im Zivilrecht und der Schlichtungsstelle für Arzthaftungsfragen gemacht. Wir werden Gespräche mit dem Ziel führen, auch in anderen Bereichen Schiedsstellen einzurichten, um die Gerichte zu entlasten.

Meine Damen und Herren, durch den Asylkompromiß hat sich die Zahl der Asylsuchenden auch in Niedersachsen sehr verringert. Während im zweiten Halbjahr 1992 noch 24 224 Menschen hier einen Asylantrag stellten, waren es im Vergleichszeitraum 1993 nur noch 9 904 Menschen. Das bedeutet natürlich auch, daß wir den personellen und sächlichen Bedarf der Behörden, die für die Verfahren nach dem Ausländerrecht und dem Asylverfahrensrecht zuständig sind, den gesunkenen Bewerberzahlen anpassen können.

(Frau Vockert [CDU]: Tolle Leistung der Landesregierung!)

Die bewährte soziale Betreuung der Flüchtlinge, die erheblich zur Konfliktvermeidung beigetragen hat, werden wir erhalten.

(Beifall bei der SPD.)

Die Aufforderung, im Bewußtsein leerer Kassen mit Vernunft und Weitblick an die Einleitung und Umsetzung von Reformen zu gehen, richten wir natürlich nicht nur an andere. Auch die Arbeits- und Aufgabenstrukturen in der Landesverwaltung können in der heutigen Form nicht erhalten bleiben. Ich sage das ohne jede Beschönigung. Wenn Niedersachsen sich seine Politik der sozialen Gerechtigkeit weiter leisten will – wir wollen, daß sich das Land das leisten kann –, dann kann es sich seinen Verwaltungsapparat in seiner heutigen Form so nicht mehr leisten. Beides zusammen und die Kosten der Einheit dazu können wir nicht mehr bezahlen. Ich sage das voller Ernst auch den Beschäftigten in der Landesverwaltung. Wenn wir unsoziale und ungerechte Radikallösungen vermeiden wollen – das wollen wir –, dann sind wir auf ihre Hilfe, auf ihr Engagement und auch auf ihre Opferbereitschaft angewiesen.

(Frau Schliepack [CDU]: Wie dürfen wir das verstehen?)

Ich will, meine Damen und Herren, keine Radikallösungen. Ich werde nicht, wie dies eine kleine, nicht mehr im Landtag vertretene Partei im Wahlkampf verlangt hat, 10 000 Stellen im Landesdienst einfach streichen. Es ist unsinnig, eine solche Forderung zu stellen. Noch unsinniger wäre es aber, sie zu realisieren.

(Beifall bei der SPD.)

Aber gerade wenn wir das nicht wollen, dann müssen wir auch in der Verwaltung ein Sparvolumen realisieren, das alle bisherigen Sparauflagen selbst des gestrengen Finanzministers Hinrich Swieter übertrifft. Also wird er sich noch weit unbeliebter machen müssen, als er dies mit seinem Haushaltserlaß schon getan hat.

Ich behaupte, meine Damen und Herren, daß das auch geht. Das Potential in der Landesverwaltung ist soweit wie möglich auszuschöpfen. Das wird eines der zentralen Reformvorhaben der Landesregierung in den kommenden vier Jahren sein. Wir werden vier Dinge tun: Wir werden die Aufgaben der Landesverwaltung reduzieren, wir werden den Verwaltungsaufwand minimieren, wir werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu motivieren haben, und wir werden den Einsatz der Landesmittel optimieren müssen.

Eine Verwaltungsreform funktioniert indessen nicht als von oben angeordnete Reform. Sie kann nur als kontinuierlicher Lern- und Verbesserungs-

Schröder

prozeß verstanden werden. Deshalb kann ich Ihnen jetzt auch keinen abgeschlossenen Maßnahmenkatalog für die nächsten Jahre verkünden. Aber ich kann Ihnen einzelne Maßnahmen nennen, die bereits feststehen und die deutlich machen sollen, was wir wollen.

Wir werden das Bundesratsministerium auflösen. Wir werden das Justizvollzugsamt in Celle auflösen. Wir werden die Gerichtstage in der Arbeitsgerichtsbarkeit abschaffen. Wir werden mit der neuen Geschäftsordnung für die Ministerien die Aufgaben verringern, den Verwaltungsablauf vereinfachen und beschleunigen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mehr Verantwortung übertragen. Wir werden die Ministerialzulage binnen fünf Jahren abschmelzen. Wir werden die Fortbildung für die Beschäftigten in der Qualität und Breite des Angebots verbessern. Wir werden weiteren Behörden und Institutionen eine eigenverantwortliche Haushaltssteuerung auf der Grundlage von Kosten- und Leistungsrechnungen zubilligen, um zu einem wirksameren Mitteleinsatz und zu echten Kostenvergleichen auch mit privaten Anbietern zu kommen. Wir werden neu und ganz gezielt das Landesrecht von Gesetzen bis zu Erlassen durchsehen, um dann entbehrliche Vorschriften zu streichen und so schnell Handlungsspielräume zu schaffen.

(Beifall bei der SPD.)

Das, meine Damen und Herren, sind nur erste Schritte einer großen Aufgabe. Bei weiteren Schritten – ich sage das so – hoffen wir auch auf eine konstruktive Mithilfe der Opposition, der wir in dieser Frage ausdrücklich eine offene Zusammenarbeit anbieten. Wir werden zusätzlichen Sachverstand von außen hinzuziehen. Aber vor allem werden wir uns auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stützen, denn sie wissen am besten, wo es in der Verwaltung klemmt. Sie sind aber bisher – das ist auch ein Stückchen Selbstkritik – nicht ernst genug genommen worden.

Wenn bei Toyota durchschnittlich zwei Arbeitskräfte pro Jahr ebensoviele Verbesserungsvorschläge machen – nämlich 120 – wie alle 220 000 Beschäftigten der niedersächsischen Landesverwaltung zusammen,

(Frau Pawelski [CDU]: Das ist aber Äpfel mit Birnen vergleichen!)

dann bedeutet das ja nicht, daß unsere Beschäftigten ideenloser wären. Es beweist nur, wie sehr sie bisher durch bürokratische Fesseln demotiviert worden sind.

(Fischer [CDU]: Unter Ihrer Regierungsverantwortung!)

– Nur unter meiner Regierungsverantwortung. Das ist völlig klar. – Für das Vorschlagswesen werden wir deshalb materielle Anreize schaffen.

Vergleichbare Reformvorhaben gibt es bereits bei verschiedenen kommunalen Gebietskörperschaften. Wir werden die Kommunalverwaltungen bei ihren Bemühungen unterstützen. Ich fordere die dort Verantwortlichen ausdrücklich auf, uns Bescheid zu geben, wo immer Landes- oder Bundesgesetze sie bei einer Arbeit, die effektiver und vernünftiger ist, behindern. Wir sind gern bereit, über Abhilfe zu reden; sei es durch Gesetzesänderungen oder durch die Einführung von Experimentierklauseln. Wo das nicht möglich ist, weil die Gesetzgebungskompetenz bei anderen liegt, sollten wir uns darauf verständigen, daß das Land seine Kommunalaufsicht so ausübt, daß eine effiziente, flexible und bürgernahe Verwaltung gewährleistet ist.

Meine Damen und Herren, der Landtag hat sich im Rahmen einer Enquete-Kommission – der Präsident hat darauf hingewiesen – intensiv mit der Reform des Kommunalverfassungsrechts beschäftigt. Wenn ich das richtig verstanden habe, war das der Hauptpunkt einer größeren Oppositionspartei während des niedersächsischen Wahlkampfes.

(Zuruf von der CDU: Einer der Hauptpunkte! – Bartling [SPD]: Das war euer Fehler!)

– Einer der vielen Hauptpunkte. Der politisch herausgehobene Streitpunkt war wohl die Frage der Führungsstruktur in den Kommunen, in der öffentlichen Debatte unter dem Stichwort „Eingleisigkeit oder Doppelgleisigkeit der Verwaltungsführung?“ ein bißchen verkürzt, aber bei den Interessierten dramatisch diskutiert.

(Fischer [CDU]: Joke, zuhören!)

Die Entscheidung dieser Frage – das hat die Enquete-Kommission bewiesen – wirft eine Reihe von vielfältigen Folgeproblemen in dem fein zisierten System der Kommunalverfassung auf. Das habe ich aus dieser Debatte gelernt. Wenn ich Stellungnahmen kommunalpolitischer Vereinigungen, die mir nicht so sehr nahestehen, richtig verstanden habe, dann haben das andere auch schon lernen müssen. Aber ich wußte es auch schon vorher.

(Stock [CDU]: Was wußten Sie nicht eher als alle anderen?)

– Daß andere das lernen würden. – Sie sollte deshalb nicht vorschnell getroffen werden und sich insbesondere – da beziehe ich mich ausdrücklich auf das, was der verehrte Herr Landtagspräsident heute morgen gesagt hat – auf eine besonders breite Zustimmung des Hohen Hauses stützen können.

(Beifall bei der SPD.)

Das ist eine Erwartung, die die Kommunalpolitiker – von denen es in allen Fraktionen wahrhaft bedeutende gibt – an uns haben. Sie werden uns nachdrücklich daran erinnern, wenn wir ihr nicht nachkommen. Schon deshalb komme ich der Erwartung natürlich nach.

(Stock [CDU]: Ich habe den Eindruck, Sie nehmen das Thema gar nicht ernst!)

– Ich nehme das außerordentlich ernst, aber gerade wenn man das Thema ernst nimmt, macht es doch Sinn, auch jemanden wie Herrn Stock in die Diskussion dieses Themas einzubeziehen. Auch Sie sollten vielleicht einen kleinen Beitrag dazu leisten.

(Stock [CDU]: Welch Freude, Herr Ministerpräsident!)

– Jetzt stellen Sie sich vor, wir würden zusammen eine Kommunalreform vereinbaren, und Sie werden dann Bürgermeister in Melle und ich in Immensen. Das wäre doch was.

(Beifall bei der SPD. – Zuruf von der CDU: In hohem Alter!)

– Aber erst in sehr hohem Alter. – Ich hoffe, ich habe deutlich gemacht, daß das zwar ein wichtiges Thema ist, aber eines, das wirklich den ganzen breiten Konsens dieses Hohen Hauses braucht; denn sonst ist diese gewaltige Reform nicht zu wuppen.

(Beifall bei der SPD.)

Ich habe diese Regierungserklärung begonnen mit dem berechtigten Hinweis, daß Niedersachsen heute besser dasteht als vor vier Jahren, als die rot-grüne Koalition mit einem umfassenden Reformprogramm angetreten war, um den Grundstein für eine Erneuerung und Stärkung des Landes zu legen. Die Anforderungen an Politik in den kommenden vier Jahren sind womöglich noch größer, weil es gelingen muß, Sparsamkeit und Innovation auf einen Nenner zu bringen, Handlungsphantasie und operative Phantasie zu entwickeln, um – ich weiß, wie schwierig das ist – mit weniger Geld eine reformorientierte und nach vorne weisende Politik zu verwirklichen.

(Unruhe. – Glocke der Präsidentin.)

Ich habe heute morgen vom Alterspräsidenten gehört – und stimme ihm zu –, daß Niedersachsen nicht nur im Herzen Deutschlands, sondern Europas liegt. Das ist wahr. Unser Land wird sich aber nur weiterentwickeln und gestärkt aus dem immer härter werdenden Konkurrenzkampf der Regionen und Metropolen in Europa heraustreten, wenn Offenheit und Internationalität Grundlage unseres Handelns und unseres politischen Verständnisses bleiben oder werden. Wir handeln als Deutsche in Europa. Ich warne vor einem zu beobachtenden

Rückfall in die Kategorien des Nationalstaates. Was in unserer Macht steht, um rückwärts gewandte Entwicklungen abzuwehren und Engstirnigkeit, gepaart mit Fremdenhaß, zu bekämpfen, das – dessen seien Sie sich sicher – werden wir tun. Wir werden einstehen für den sozialen und demokratischen Rechtsstaat und werden die Provokation neonazistischer, von Rassenwahn und Vorurteilen geprägter Vereinfacher ebenso entschieden wie entschlossen und wirksam zurückweisen.

(Beifall bei der SPD.)

Dies um so mehr, als wir im Jahr 2000 Gastgeber der Welt sein wollen. Wir werden mit der Expo 2000 beweisen, daß in Deutschland Menschen – gleich welcher Herkunft, gleich welchen Glaubens, gleich welcher Hautfarbe – willkommen sind. Wir werden das Motto „Mensch, Natur, Technik“ ernst nehmen. Für uns besagt es, daß wir mit der Expo 2000 Antworten und Lösungen für eine umweltverträgliche und nachhaltige Entwicklung unserer Erde für das kommende Jahrtausend anbieten wollen.

(Trittin [GRÜNE]: Ohne Tempolimit!)

– Das ist es eben. Ich habe es mir bald gedacht.

(Möllring [CDU]: Herr Trittin wollte ins Protokoll kommen!)

Wenn man indessen einen Geßler-Hut zum Maßstab der Entwicklung in der Ökologie macht und sich daran orientiert, dann kann man nur zu Fehlurteilen kommen, Herr Trittin.

(Beifall bei der SPD. – Trittin [GRÜNE]: Das hast du jetzt viel zu inhaltlich genommen!)

Darauf vor allem wird die Landespolitik ausgerichtet sein, denn wir wünschen, daß die Expo 2000 für die Region, für unser Land und für Deutschland ein ökonomischer Erfolg wird. Ich sage das ebenso unumwunden wie umgekehrt: Niemand muß Angst haben, daß das Ökonomische die anderen Themen dominiert. Das wird niemand der Beteiligten wollen. Wir werden selbstverständlich auch Kunst und Kultur als integrale Bestandteile dieser Expo 2000 in das Konzept einbetten. Kunst hat immer die Aufgabe, den Zeitgeist in Frage zu stellen und Reflexionsmedium für den Zustand unserer Welt zu sein. Das wird auch in diesem Fall so sein. Aber eines muß genauso klar sein: Spaß soll es auch machen.

(Beifall bei der SPD.)

Wenn die Expo nicht auch ein großes Fest für die Menschen wird, hätten wir am Ende etwas falsch gemacht.

Schröder

Wir werden den Rat und die Mitarbeit von vielen – übrigens nicht nur von Deutschen – brauchen und nutzen. Ich wünsche mir für die Zeit bis zur Expo – die mindestens so wichtig ist wie das Ereignis selbst –, daß sich sehr viele durch konstruktive Kritik und Mitarbeit an diesem Prozeß beteiligen; wenn kein Ausschuß kommt, Herr Stock, dann auch außerhalb von Gremien. Wir jedenfalls sind nicht ängstlich, auf Kritik und Ratschläge einzugehen und daraus das Beste zu machen.

Hannover wird in einem geeinten Europa mit Städten wie Amsterdam, London, Paris und Mailand konkurrieren müssen. Dieses Ereignis wird auf ganz Deutschland ausstrahlen. Stadt und Land können den Schub an Internationalität, den die Expo mit sich bringt, sehr gut gebrauchen.

Auf dem Weg dahin wird diese Landesregierung alles tun, damit Niedersachsen ein guter Gastgeber sein kann. Ich hoffe, meine Damen und Herren, Sie

haben gemerkt, daß es dazu einer Politik bedarf, die beides braucht: Vernunft und Weitblick. Sie werden sie kriegen. – Vielen Dank.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD. – Fischer [CDU]: Zugabe! – Klare [CDU]: Jetzt geht es los!)

**Vizepräsidentin Goede:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten für die Abgabe der Regierungserklärung.

Morgen beginnen wir die Sitzung um 10.15 Uhr mit der Aussprache zur Regierungserklärung. Ich weise noch einmal darauf hin, daß sich der Ältestenrat morgen um 9.30 Uhr zu seiner ersten Sitzung trifft.

Schluß der Sitzung: 18 Uhr.